# vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS

UND THEODOR ESCHENBURG

# AUS DEM INHALT

ARNOLD BERGSTRAESSER
Zum 20. Juli 1963

GÜNTER MOLTMANN

Goebbels' Rede zum totalen Krieg

EDGAR R. ROSEN

Viktor Emanuel III. und die Innenpolitik des ersten Kabinetts Badoglio

DOKUMENTATION

Hitler über die Justiz - Ein Tischgespräch

NOTIZEN

BIBLIOGRAPHIE

# VIERTELIAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

#### HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann und Paul Kluke

# Schriftleitung:

DR. HELMUT KRAUSNICK München 27, Möhlstraße 26

# INHALTSVERZEICHNIS

AUFSATZE	
Arnold Bergstraesser .	Zum 20. Juli 1963
Günter Moltmann	Goebbels' Rede zum totalen Krieg am 18. Februar 1943
Edgar R. Rosen	Viktor Emanuel III. und die Innenpolitik des ersten Kabinetts Badoglio im Sommer 1943 . 44
DOKUMENTATION	
Hitler über die Justiz – l	Das Tischgespräch vom 20. August 1942
(Lothar Gruchmann) .	
BIBLIOGRAPHIE	6

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 453651. Preis des Einzelheftes DM 7.- = sfr. 8.05; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 24.- = sfr. 26.40 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 19.-. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen.

Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlags gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer
10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M.,
Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der
Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser
dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen
zu erteilen.

Diesem Heft liegen das Inhaltsverzeichnis 11. Jahrgang 1963, je ein Prospekt des Verlages Vandenhoeck & Ruprecht und der Deutschen Verlags-Anstalt Stuttgart bei.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
viertellahrshefte für
Zeitgeschichte

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

12. Jahrgang 1964

1. Heft/Januar

#### ARNOLD BERGSTRAESSER

## ZUM 20. JULI 19631

Am 20. Juli 1944 erfuhr die Welt außerhalb des deutschen Herrschaftsbereiches zunächst nichts anderes, als was die nationalsozialistischen Machthaber des Deutschen Reiches über die Tat der Widerstandsbewegung zu berichten für gut hielten: Eine Gruppe von "Reaktionären" war mit ihrem Unternehmen gescheitert, das die politische und militärische Führung Deutschlands an sie selbst bringen sollte. Höchstens, daß man in der späten Endphase des Zweiten Weltkriegs, die seit Stalingrad und erst recht seit der alliierten Landung im besetzten Frankreich als solche eindeutig erkennbar war, noch ein Wort hinzufügte, um die Unerbittlichkeit des Siegerwillens zu stärken: Die Adligen und Offiziere, die den Versuch einer gewaltsamen Beendigung der Diktatur Adolf Hitlers gemacht hatten, seien dabei von der Absicht geleitet gewesen, den alliierten Gegnern in später Stunde den Sieg und seine Vollstreckung noch aus den Händen zu winden<sup>2</sup>.

Mitten im Kampf, mitten in noch währenden militärischen und psychischen Anstrengungen mußte auch bei freiheitlichen Völkern, denen der Krieg an sich als verabscheuungswürdig, mindestens als das schlechthin Außergewöhnliche erschien, die Kraft der Vorstellung selten sein und wortlos bleiben, die befähigt, das innere Geschehen beim Feinde zu fassen. Auch war das Gefühl nicht trügerisch, das manchen gerade in der Bewegung des Widerstandes schon damals die eigentümlich deutschen, für den Fremden nicht unmittelbar verständlichen Kräfte spüren ließ: eine Unbedingtheit des ethisch begründeten politischen Willens, hervorgerufen und gesteigert gerade durch den Gegensatz zu Verbrechen, deren Ausmaß freilich noch keineswegs allgemein bekannt war; eine Universalität der ethischpolitischen Verpflichtung, die um so weniger glaubwürdig klang, weil sie auch dem nationalpolitisch verengten und vereinfachten Denken außerhalb Deutschlands widersprach, das 1944 viel mehr noch als heute die Gesinnungen der Welt beherrschte; eine Treue schließlich gegenüber dem geistig Eigensten, vor dem sein verführerischer Verderber als der schlimmste Feind der Zukunft dieses Eigenen sich enthüllen mußte, eine Treue also, in der sich der Glaube aufrecht erhielt gerade im Widerstand gegen die Handlungen der Machthaber und ihre laute Verkündung.

Weil aber all dies nur der nachdenklichen Besinnung begreiflich wird, eben darum mußte es Jahre dauern, bis wir selbst lernten, uns an das Licht zu halten, das



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Rede, die anläßlich der Gedenkstunde am 20. Juli 1963 in der Stauffenbergstraße in Berlin gehalten wurde.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Diese Interpretation erhält sich bis heute, zuletzt bei Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem – A report on the banality of evil, New York 1963.

während der inneren Katastrophe der nationalsozialistischen Herrschaft und der äußeren des Zweiten Weltkriegs in unserer Mitte entzündet worden war. Es mußte lange dauern, bis die Welt jenseits der Grenzen zu verstehen begann, daß mit dem Aufstand gegen die innere Eroberung des deutschen Volkes durch den Widergeist des Unrechts auch für sie selbst und ihre Zukunft Bedeutsames geschehen war. Inzwischen haben längst die Zeugnisse der Männer und Frauen des Widerstands, inzwischen hat längst die historische Forschung Mißdeutungen aufgelöst, die von außen oder innen kommend dem Verständnis des 20. Juli und damit seinem fortzeugenden Gedächtnis entgegen wirken. Längst wissen wir, daß ohne Unterschied der sozialen Herkunft, des Berufes, der Glaubensüberzeugung und der politischen Grundauffassung Einsatz und Opfer des Lebens gebracht worden sind. Längst weiß die Welt, daß eine schwere Entscheidung des Gewissens, und zwar des lange Jahre hindurch verletzten und gequälten Gewissens, jene Gesinnung bestimmt hat, die sich an dem heute zum neunzehnten Mal wiederkehrenden Tag zum Handeln verdichtet hat und danach dem Leiden unterworfen worden ist. Nur zu wünschen ist die weitere Erhellung von Entstehung, Verumständung und Verlauf des Widerstandes in der Epoche des Nationalsozialismus. Das Bild von Gedankenwelt, Entschluß, Tat und Leiden des Widerstandes aber besteht. Es wird dauern in Gemüt und Gedenken als vorbildlicher und denkwürdiger Sieg des Geistes über das Gemeine.

Die Gegenwärtigkeit dieses Bildes, ja der sich wiederholende gemeinsame Rückblick fordert von uns die Besinnung darauf, was es uns, den Unsrigen und unseren Nachfahren mitzugeben vermöchte in die Zukunft.

Worin bestand der gemeinsame Geist, der alle Verschiedenheit der Auffassungen und Urteile zu überwölben vermochte? Inwiefern ist aus der deutschen Überlieferung in dieser Tat ein neuer und fruchtbar vergeistigter Trieb hervorgegangen?

Was war der politische Gehalt des ethisch begründeten Entschlusses, dies zu tun? Zeigt sich vielleicht an der Gesinnung des Dienstes, in der sie gedacht und getan wurde, ein Erbe, das uns beistünde in Gefährdungen, die noch vor uns liegen und das hinauswiese über das nur Deutsche seines Ursprungs in das schlechthin Menschliche und seine Zukunft?

. **I** 

Die totalitäre Diktatur des nationalsozialistischen Einparteistaates war möglich geworden durch die der zerstrittenen Weimarer Republik eigentümlichen Schwächen. Zwischen den Verfechtern der Parole "Alles oder Nichts", mit der man in nationalistischer Engigkeit in den letzten Jahren des Ersten Weltkriegs den "Endsieg" zu erzwingen suchte, und den Kräften, die einen Frieden nicht nur der vernünftigen Einsicht, sondern der vorausschauenden Gerechtigkeit erstrebten, war ein tiefer Widerstreit entstanden. Nach 1919 blieb er weiter wuchernd wirksam. Die führenden politischen Persönlichkeiten der Weimarer Republik haben zwar



in schlichter Dienstleistung den Bestand von Volk und Staat zu erhalten verstanden, zunächst gegen die von der politischen Reaktion wie gegen die von der Revolution her drohenden Gefahren sich erfolgreich wehrend. Sie haben den nachhaltigsten außenpolitischen Gegensatz, den zu Frankreich, nicht ohne Fortschritte aufzulösen versucht. Aber sie vermochten den inneren Widerstreit nie in der Tiefe zur Überwindung zu bringen. Er war freilich zugleich sowohl durch den Versailler Vertrag selbst als vor allem durch die Art seiner Deutung und Ausführung am Glühen gehalten worden. Ja, sie haben nicht erreicht, die Auffassung der Politik als Kampf, und zwar als mit List und Gewalt zu führenden Kampf zwischen unversöhnlichen Gegensätzen der Denkweise zu ersetzen durch die gefestigte Einsicht in die sich ankündigende Wandlung der Welt und den Vorrang des inneren wie des äußeren Friedens, des Wissens um die Gemeinsamkeit im Innern und um die Notwendigkeit der Verständigung nach außen. So wurde dieses Staatswesen schließlich zur Beute der sich absolut setzenden äußersten Gegner im innenpolitischen Kampfe. Trotz vielfacher Erkenntnis der drohenden Gefahr fanden die verfassungstreuen Parteien der Weimarer Republik nicht die Kraft, auf den Gemeinsamkeiten zu bestehen, die eine friedliche Bestimmung des politischen Willens ermöglicht und für die innere Einheit wie für die Hoheit des Staates – ein heute ungewöhnliches Wort – eine Rechtfertigung bedeutet hätten.

Die nationalsozialistische Bewegung dagegen hatte als hierarchisch disziplinierter Körper mit skrupellos entschlossener List die Machtergreifung vorbereitet und vollzog sie unter Ausnutzung plebiszitärer und parlamentarischer Formen. Von Monat zu Monat enthüllte sich dann klarer der revolutionäre Gehalt und der jeder Ethik widersprechende Sinn dieses Staatsstreiches. Längst war die nun herrschende Partei zu einem bloßen Instrument des Führerwillens geworden. Längst hatte man damit begonnen, die Würde des Menschen zu verletzen durch den physischen Zwang und den ihn als Drohung verwendenden propagandistischen Terror. Ja, man ging daran, den Menschen "umzuformen" nach den verworrenen Vorstellungen des Usurpators, ohne Ehrfurcht vor der Geschöpflichkeit dieses Wesens und ohne Ahnung von der geistigen Überlieferung, die auch der deutschen Geschichte eine Verpflichtung zu Gerechtigkeit, Humanität und Liebe mitgeteilt hat. So fanden wir uns in einem Gemeinwesen, das keines mehr war.

Im Namen der sogenannten Volksgemeinschaft begann man durch die organisierte innere Überwachung der Gesinnung die Gemeinschaft zwischen den Menschen aufzulösen. Wie es einst die Vaterlandspartei in den letzten Jahren des Ersten Weltkriegs versucht hatte, maßte man sich nun die absolute Interpretation dessen an, was Vaterland bedeutete. Man beugte das Recht im angemaßten Namen des Rechts; ja der, der sich Führer nannte, nahm das sogenannte Recht "in die eigene Hand", gegenüber den eigenen Genossen wie gegenüber solchen, die auch noch im Schweigen ihm gefährlich schienen. Die Übung des politischen Mords aus den ersten Jahren der Weimarer Republik fand eine schauerliche Erneuerung. Man begann, die Doktrin des Antisemitismus zur nationalen Verpflichtung zu erheben und im Namen dieses zoologisch konzipierten Rassenprinzips die eigenen Staats-



Jahrgang 12 (1964), Heft 1 -

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964\_1.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

#### Arnold Bergstraesser

bürger und Volksgenossen zu entrechten und zu verfolgen. Ja, man löste die gegenseitige Treuepflicht innerhalb der Wehrmacht auf, obwohl gerade auf ihr Dienstleistung und Gehorsam des Soldaten beruhen. Den suchte man dann freilich neu zu binden durch den Eid auf die Person des sogenannten "Führers", einen Eid, der verpflichtend sein sollte auch gegen das Gewissen.

In diesen Jahren der zunehmenden, durch die verfügbaren technisch-organisatorischen Mittel gesteigerten Verknechtung begann sich der Widerstand zu sammeln, in der Geborgenheit der Familie, in der still geübten Pflicht der Hilfe, im gemeinsamen Nachdenken unter verläßlichen Freunden, manchmal im Aussprechen eines gewagten Wortes und in der Antwort darauf, ja in der Suche nach Gesichtern, die noch nicht gezeichnet waren von der rohen Dummheit der herrschenden Gewalt. Hier gab es den katholischen Christen, der beim Lesen der anonym gegen die Rassendoktrin Rosenbergs gerichteten Arbeit3 oder bei der Verkündigung der Enzyklika "Mit brennender Sorge"4 zu seinem wahren Selbst hinfand. Hier gab es den Evangelischen, der in der Heiligen Schrift, gestützt von der Kanzelrede der Bekennenden Kirche, wiederum erfuhr, wo die geistige Heimat des Menschen unverlierbar auch mitten in der Verderbnis der Welt zu finden ist. Hier gab es den Humanisten, der, erfahren in der abendländischen wie in der deutschen geistigen Überlieferung, sich, wenigstens sich selbst und seine Nächsten, im stillen Kampf gegen die vordergründige Gegenwart zu erneuern verstand im Geiste der Forderung, "daß gepfleget werde der veste Buchstab und bestehendes gut gedeutet".5 Hier gab es den Sozialisten, der die künstliche, der Freiheit den Atem raubende Zwangsorganisation aller Verbände durchschaute, weil ihn Erziehung und Erfahrung den Klang gelehrt hatten, den wahre menschliche, soziale und politische Solidarität besitzt.

Aber diese Gemeinsamkeiten des Selbstverständnisses im Widerstand waren zunächst zur politischen Ohnmacht verurteilt durch den zunehmend enger werdenden Zwang des totalitären Herrschaftssystems. Die einstigen Kriegsgegner haben zudem, wie England in der Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens, wie Sowjetrußland in macchiavellistischer Wahrnehmung des eigenen territorialen und revolutionspolitischen Vorteils ihrerseits das nationalsozialistische System bis in die Anfänge des Zweiten Weltkriegs hinein gestützt. Und so erwies sich dann, eindeutiger als selbst aufmerksame Leser es erwarten konnten, die Richtigkeit des im Buche "Mein Kampf" Gesagten als der Kern des Denkens und Willens des totalitären Führers auch im Bereiche der internationalen Politik. Die Hybris der Absolutsetzung dieses Willens war nur noch gesteigert worden durch die temporären Erfolge in der Saarabstimmung, in der Remilitarisierung des Rheinlands, in der Angliederung Österreichs und mit dem die Deutschen der Tschechoslowakei dem Reich zuführenden Münchner Abkommen von 1938. Nun verführte dieselbe Hybris die von ihr

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Friedrich Hölderlin, Patmos, Stuttgarter Ausgabe, Bd. II, 1951, S. 72.



<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Studien zum Mythos des XX. Jahrhunderts. Amtliche Beilage zum Kirchlichen Amtsblatt der Erzdiözese Münster 1934.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Papet Pius XI, Mit brennender Sorge (14. 5. 1937), Freiburg 1946.

Ergriffenen zur rücksichtslosen Verfolgung ihrer europäisch-politischen Ziele in blinder Verkennung der Vernunft und in maßloser Geringschätzung des Risikos. Vergeblich versuchten manche Männer des Widerstands und ihnen Nahestehende in diesen Momenten noch hindernd oder warnend einzugreifen. Als der Entschluß gefaßt war, der über den Beginn des Zweiten Weltkriegs entschied, erhob sich bei der damaligen Führung des Deutschen Reiches, den Zwang der Gewissen verstärkend, eine Gesinnung nationaler Überheblichkeit, die nicht allein aller politischen Einsicht widersprach, sondern im verblendeten Vertrauen auf List und Gewalt und in der politischen, ja moralischen Verpflichtung zu sinnloser Vernichtung als fremd erklärter Rassen- und Volksgruppen die Wahrheit des deutschen Antlitzes verwandelte in eine satanische Verzerrung.

In diesen Jahren verdichtete sich das Nein zu dem Staat, zu der Politik, zu dem Wesen des nationalsozialistischen Deutschland, das Nein, aus dem, nach den vorhergehenden vergeblichen Versuchen des ändernden Eingriffs, schließlich die Tat des 20. Juli hervorging. Es war ein Nein des Gewissens, ein Nein der Verantwortung, ein Nein der Scham. Es konnte gesprochen werden, weil es beruhte auf einem gemeinsamen Ja.

II

Worin bestand aber die Gemeinsamkeit dieses Ja? In einem im Nachlaß Ulrichs von Hassell mitgeteilten Grundgesetzentwurf – er trägt den Titel "Gesetz über die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse im Staats- und Rechtsleben" – lautet der erste Satz: "In allen Lebensbeziehungen sollen die Regeln des Anstandes und der guten Sitten oberstes Gesetz des Handelns sein." Eine zentrale Stelle der Kreisauer Dokumente verlangt "Brechung des totalitären Gewissenszwangs und Anerkennung der unverletzlichen Würde der menschlichen Person als Grundlage der zu erstrebenden Rechts- und Friedensordnung". In Goerdelers im Gefängnis niedergeschriebenen Gedanken "Über den künftigen inneren Zustand Deutschlands" heißt es: "Grundlage des staatlichen Wirkens müssen Anstand und Lauterkeit sein, sie müssen auch die Beziehungen der Menschen untereinander bestimmen, und zwar auf allen Gebieten des Zusammenlebens."

Anstand, gute Sitten, Lauterkeit, schließlich die unverletzliche Würde des Menschen, die ja mit dem 1. Artikel das Bonner Grundgesetz einleitet – sind das nicht zu einfach gedachte, allzu konturlose Begriffe, von denen die Grundlage verläßlicher Gemeinsamkeit für die Bildung der politischen Ordnung und des öffentlichen Willens nicht erwartet werden kann? Waren nicht doch etwa die konkreten Vorschläge, die zur Verwaltungsordnung des Reiches, zur Kirchenpolitik, zur Er-



<sup>6</sup> Ulrich von Hassell, Vom anderen Deutschland, 2. Aufl., Wien 1948, S. 309ff.

<sup>7</sup> Theodor Steltzer, Von deutscher Politik, Frankfurt 1949, S. 156f.

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954, S. 555.

ziehungspolitik, zur Durchführung des Prinzips der sozialen Solidarität gemacht wurden, viel wichtiger?

Nein. Die leidende und die denkende Erfahrung des Unrechts, der Unordnung, des Gewissenszwanges, des organisierten Mißtrauens wirft jeden von uns zurück auf die einfachen Grundpostulate der Daseinsführung. Wir entdecken unser sicheres Wissen um die Menschenwürde und gute Sitten gerade an ihrer Verletzung. Eben aus der unvermeidlich gewordenen Unbedingtheit der Verneinung erhebt sich in klarer Einfachheit der consensus der Bejahung des Menschenwürdigen an unserer Bestimmung. Diese gemeinsame Gesinnung hat die Vielheit der geistigen Ahnenschaft der Menschen überwölbt, deren wir heute gedenken. Zugleich hat sie freigelegt, daß für sie der gemeinsame Begriff des Vaterlandes nicht der des physischen gewesen ist, der doch nur die Voraussetzung bilden kann für das eigentliche, immer als Aufgabe gestellte geistige und seelische Deutschland.

Der katholische Priester schreibt im Angesicht des Todes: "Ein Deutschland, in dem die abendländischen Urströme, Christentum, Germanentum (nicht Teutonentum) und Antike nicht mehr quellrein fließen, ist nicht Deutschland und ist kein Segen für das Abendland. "9 Der evangelische Theologe findet Adalbert Stifters Witiko in der Gefängnisbibliothek und rechnet dieses Buch zu "den schönsten, die er überhaupt kennt"<sup>10</sup>, dieses Vorbild des Herrn, der in dienender Sorge Aufmerksamkeit und Mut zur Gründung des ihm anvertrauten Umkreises sammelt, der in der Erscheinung des hochmittelalterlichen Adligen zwischen Deutschen und Slaven wirkend, doch die überhistorische Wirklichkeit des lenkenden Gemeinsinns schlechthin verkörpert. Der Professor der Philosophie sagt vor dem Gericht, das ihn zum Tode verurteilt: "Rückkehr zu klaren, sittlichen Grundsätzen, zum Rechtsstaat, zu gegenseitigem Vertrauen von Mensch zu Mensch, das ist nicht illegal, sondern umgekehrt die Wiederherstellung der Legalität. Ich habe mich im Sinne von Kants kategorischem Imperativ gefragt, was geschähe, wenn diese subjektive Maxime meines Handelns ein allgemeines Gesetz würde. Darauf kann es nur eine Antwort geben: Dann würden Ordnung, Sicherheit, Vertrauen in unser Staatswesen, in unser politisches Leben zurückkehren. Jeder sittlich Verantwortliche würde mit uns seine Stimme erheben gegen die drohende Herrschaft der bloßen Macht über das Recht, der bloßen Willkür über den Willen des sittlich Guten."11 Und ist nicht ebenso der genossenschaftlichen Überlieferung der deutschen Geschichte die kämpferische Persönlichkeit jenes Sozialdemokraten verpflichtet, der Verantwortungsbewußtsein und Selbstzucht von demjenigen verlangt, dem die Staatsbürger die Staatsautorität übertragen? "Eine starke Staatsautorität hat hier dem Volksbewußtsein Grenzen einzuprägen, allerdings in einer Form, die jedem Staatsbürger das Gefühl größter persönlicher Freiheit läßt."12



<sup>9</sup> Alfred Delp, Im Angesicht des Todes, 4. Aufl., Frankfurt 1954, S. 19.

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> Dietrich Bonhoeffer, Widerstand und Ergebung, München 1954, S. 71.

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Inge Scholl, Die Weiße Rose, 2. Aufl., Frankfurt-Hamburg 1955, S. 113.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Eberhard Zeller, Geist der Freiheit, München o. J., S. 68 (J. Leber).

Die Männer des Widerstandes führten ihr Dasein unter dem Gesetz einer nicht selbstbezogenen, sondern einer an das Ganze hingegebenen Leistung des dienenden Gehorsams. Alles war "ein aus der Besinnung und Kraft unserer Heimat, deren tiefe Liebe ich meinem Vater verdanke, aufsteigender Versuch"<sup>13</sup> – so schrieb am Abend nach seinem Prozeß vor dem Volksgerichtshof einer von ihnen, der dann aus Solidaritätsverpflichtung und um der Zeugniskraft des Opfers willen zu vornehm war, die Möglichkeit der Flucht zu ergreifen.

Sollte nicht dieser durch Tat und Leiden besiegelte Glaube an das Vaterland als stetig neu zu erwerbendes Erbteil, das mit den ersten Bildern der Landschaft und den ersten Lauten der Muttersprache unser Eigentum zu werden beginnt, für die Überlebenden und die Nachgeborenen Bedeutung gewinnen? Wäre nicht die in ihm liegende Forderung kritischer, nämlich nach den besten Maßstäben sich richtender geistiger Treue kraftvoll genug, um auch das Wort Vaterland selbst zu reinigen von den Spuren seines Mißbrauchs? Könnten wir nicht am Gedenkbild des 20. Juli lernen, worin denn unser wahrer Stolz heute liegen sollte, nämlich darin, der magnanimitas, der Größe der Gesinnung eine Stätte zu bereiten in einer Zeit, die eher das niedere materielle Begehren als das Streben nach höherer menschlicher und gemeinschaftlicher Erfüllung begünstigt?

Manchmal scheint es, als hätte die Entzauberung des Staates durch Herrschaft und Katastrophe des Nationalsozialismus auch eine Entzauberung des Menschseins zur Folge gehabt. Sollte darum das Wort Schillers ungehört verhallen, das ein Flugblatt des Widerstands in die Erinnerung zurückrief: "Der Staat selbst ist niemals Zweck, er ist nur wichtig als eine Bedingung, unter welcher der Zweck der Menschheit erfüllt werden kann"? Sollten wir versäumen, unser eigenes Vaterland in seiner menschheitlichen Sinnbestimmung zu erfassen, wir, Angehörige eines Volkes, dessen tausendjährige Geschichte im Namen der gerechten Ordnung des Menschendaseins begonnen hat, Angehörige eines Volkes, das auch aus den tiefsten, sich wiederholenden Katastrophen das Wort des rettenden Geistes noch immer zu vernehmen verstand, sollten wir daran verzweifeln, mit diesem Erbe aus Leiden und Geist der Zukunft der Menschheit dienen zu können?

## Ш

Nachdem bald zwei Jahrzehnte seit dem Untergang des Nationalsozialismus vergangen sind, nachdem sich die politische Weltlage grundlegend verändert hat und ihre Spannungen sich in dem geteilten und unter schmerzlichen Verlusten in enge Grenzen zurückverwiesenen Deutschland spiegeln, nachdem wir in der Bundesrepublik in öffentlichen Institutionen leben, die ihrer Idee nach in vieler Hinsicht dem konstruktiven Gehalt entsprechen, der dem Widerstand damals seine Kraft



<sup>18</sup> Adam von Trott zu Solz, bei Zeller, a. a. O., S. 221.

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Nach Scholl, a. a. O., S. 120 (Schiller: Die Gesetzgebung des Lykurgus und Solon).

gab, heute, wo wir uns oft zu verlieren scheinen in der Entfaltung der Wohlstandsgesellschaft, in vordergründigem Streit, in blinder Bejahung oder aber in destruktiver Kritik der politischen Zustände, heute gerade gilt es, die einfache Klarheit der gemeinsamen Grundüberzeugungen des Widerstandes zu sehen und festzuhalten. An ihrer die Gemeinsamkeit begründenden Einheit wird zugleich die sich vielseitig versuchende Kraft unserer geistigen Überlieferung deutlich. Denn nur auf diesem menschlich eindeutigen Grunde konnte sie sich erheben.

Die nachdrückliche Besinnung vor einem der wichtigsten Ereignisse unserer neueren Geschichte verlangt nicht nur das Wissen um den Gedankengehalt des Widerstandes, sondern die eigene Entschlossenheit, unser ganzes politisch-menschliches Geschick im Geiste des damals bewährten Gemeinsinnes selber auf uns zu nehmen. Sie verlangt auch, daß wir den Nationalsozialismus nicht nur abtun als ein falsches politisches System, daß wir seine Politik, wie es dem Rückblick leichter fällt als der Vorausschau, nicht nur historisch-soziologisch deuten und sie ablehnen wegen ihres widersittlichen und übermütig leichtfertigen Spiels mit der Zukunft des eigenen Volkes und der der anderen Völker. Sie verlangt vielmehr von uns, an den Untugenden, die dieses System pflegte und von denen allein es leben konnte, für die Tugenden zu lernen, die wir selbst menschlich und politisch zu pflegen willens sein müssen. Der Widerstand hat eine richtende Bedeutung auch für unsere Gegenwart und Zukunft.

Freilich ist der Nationalsozialismus mit der Katastrophe von 1945 zu Ende gegangen, und er kommt nicht wieder. Aber solche Komponenten des Unverständnisses von Mensch und Welt und des falschen Verhaltens zu Mensch und Politik sind auch heute wirksam, die seine Entstehung nach dem Ersten Weltkrieg und seine Machtergreifung vor drei Jahrzehnten möglich gemacht haben. Seine Herren, unsere damaligen Herren, vermochten eine andere als eine nationalsozialistische Zukunft für das deutsche Volk nicht zu sehen. Sie konnten sich selbst nicht erlauben, auch nur das Denken über eine solche Zukunft zuzulassen, Ihr ehrfurchtsloser Zynismus vor dem Volk, das zu erobern und zu beherrschen sie sich angemaßt hatten, ihre selbsterfundene Meinungskontrolle hielt sie in der Gefangenschaft der falschen Absoluta, an die ihre Denkweise gebunden war. Darum fanden ja nicht allein die Täter des Widerstandes den Tod, dessen sie selber für den Fall ihres Scheiterns gewiß waren. Auch die nur Denkenden, die aus überzeugter Einsicht die Tathandlung verneinten, aber angesichts der hereinbrechenden Katastrophe ihrer Sorge um die spätere Zukunft nachgingen, waren bedroht, und viele von ihnen erlitten den gewaltsamen Tod. Einer, dessen Verhandlung sogar vor dem nationalsozialistischen Gerichtshof sein "Freisein von jedem Zusammenhang mit der Gewaltanwendung" erwies, erkannte es als höhere Berufung, wie er schließlich "als Christ und als gar nichts anderes" verurteilt und zum Tode gebracht wurde<sup>16</sup>.

Damals ging es darum, der Maßlosigkeit nationaler Selbstüberschätzung, der Ehrfurchtslosigkeit vor dem Menschen, vor dem eigenen Volk, vor anderen Völkern,



<sup>15</sup> Helmut Graf von Moltke, Letzte Briefe, 5. Aufl., Berlin 1955, S. 56.

der aus ihr sich notwendig ergebenden doktrinären Verblendung gegenüber der menschlichen, sozialen, politischen und militärischen Wirklichkeit entgegen zu wirken. Die Gespräche, Zeugnisse und Erinnerungen, die uns überkommen sind, enthalten Gedanken für eine des Menschen und seiner höheren Bestimmung würdige Zukunft. Sie waren zugleich vaterländisch und menschheitlich gedacht. Sie entsprangen der Überwindung des tiefen Konflikts zwischen ethischer und nationaler Verpflichtung durch die Überzeugung, daß derjenige lebt für das Vaterland als ein Glied der Menschheit, der entschlossen dem Verrat seiner höchsten Werte widerstrebt. Ein Aufstand des Geistes. Ein Handeln in extremis.

Welche ethisch-geistige Kraft, die den einst zur obersten militärischen Führung berufenen General, aufgewachsen in lebenslanger Bewährung des Gehorsams, innerlich dazu zwingt, führend an dem Versuch sich zu beteiligen, das Unheil zu wenden oder doch wenigstens die Quelle des Unrechts zu verriegeln. <sup>16</sup> Welche innere Festigkeit des jugendlichen Offiziers, der nach gescheiterter Tat mit dem Rufe fällt: "es lebe unser heiliges Deutschland! "17 Es ist nötig, die ganze Schwere dieses Konfliktes nachzuerleben, um die Leistung zu ermessen, die in seiner Überwindung liegt.

Die Gedanken des Widerstandes über die Zukunft waren freilich begleitet von der Einsicht in die Begrenztheit des menschlichen Erkennens und Handelns. Aber sie waren getragen von der Überzeugung, das menschliche Geschöpf könne seine Fähigkeiten entfalten zur geistigen, ja zur religiösen Gebundenheit, zur mündigen Einsicht in die Verhältnisse seines Daseins, zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit, zur friedlichen Bestimmung des gemeinschaftlichen Willens, zum Frieden unter den Völkern und aus all diesen Gründen zu einer Ordnung der Freiheit.

Einmütigkeit ist an diesen Gedanken erkennbar, soweit sie die Wiederherstellung des Rechts und insbesondere der Grundrechte und ihrer institutionellen Garantien betreffen und ebenso hinsichtlich der Integrität des Beamtentums; "Freiheit der Meinung, des Gewissens, der Religion, der Lehre, des Körpers müssen gegen jeden Eingriff, den nicht der Richter kraft Gesetzes verfügt, geschützt, aber durch Verfassung und Gesetz unter das Gemeinwohl geordnet werden." 18 Dies Denken um das Gemeinwohl wurde als Aufgabe freiheitlicher Institutionen unter verantwortungsbewußter und der Wahrhaftigkeit verpflichteter Anteilnahme der Öffentlichkeit verstanden. Darum wurde verlangt, beginnend in frühen Jahren den Staatsbürger zum wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verständnis der Gegenwart zu erziehen. Einmütig wird gefordert die Anteilnahme aller Schichten des Volkes "an den materiellen und geistigen Gütern des Lebens" 19. Weitgehende Einigkeit bestand auch in der Bejahung der persönlichen Verantwortungsfreudigkeit und



<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Ludwig Beck, Studien, Stuttgart 1955; darin: Hans Speidel, Ludwig Beck, die menschliche Erscheinung.

<sup>17</sup> Zeller, a. a. O., S. 236.

<sup>18</sup> Ritter, a. a. O., S. 553.

<sup>19</sup> Von Hassell, a. a. O., S. 310.

ihrer rechtlichen, sozialen und erzieherischen Voraussetzungen im Bereiche des wirtschaftlichen Lebens.

Freilich blieben bis zum Einbruch des nach dem 20. Juli völlig erzwungenen Schweigens Gegensätze unausgetragen hinsichtlich der Formen, vermöge deren die Forderung der sozialen Solidarität ins Werk gesetzt und mit dem Prinzip der selbständig verantwortlichen Wirtschaftsführung versöhnt werden sollte. Konservativ und sozialistisch begründete Ideen kamen eher zu einer Verständigung untereinander als mit der liberalen Gesellschaftslehre<sup>20</sup>. Die wirtschaftliche Zukunft wurde sogar von Carl Goerdeler in viel höherem Grade sozialistisch gesehen<sup>21</sup>, als über sie in der Bundesrepublik später entschieden wurde. Manches aber, was diese Gedanken auf sozialpolitischem Gebiet vorschlugen, hat seinen Eingang in die Gesetzgebung der vergangenen eineinhalb Jahrzehnte gefunden.

Einmütigkeit herrschte darüber, daß das Ende nationalstaatlicher Isolierung gekommen und ein föderativer europäischer Zusammenschluß geboten war. Freilich war man sich klar, daß nach dem zu erwartenden Zusammenbruch Jahre der Not und des Hasses zu durchmessen sein würden, bevor wir uns die Freiheit erarbeiten könnten, mitzuwirken an unserem Teil an einer gemeinsamen übernationalen Zukunft<sup>22</sup>.

Vieles an den Gedanken des Widerstandes ist auch heute noch und gerade heute für uns wesentlich. Vor allem aber ist es die Grundgesinnung, die es festzuhalten gilt. Denn sie ruft uns auf zur Erhebung über das Alltägliche des politischen Streites und zur Erneuerung unserer geistigen Kräfte. Sie erhält uns wachsam gegenüber der Gefahr der Resignation, die doch nur dem zynischen Macchiavellismus den Weg bereitet. Sie stellt uns unter die letzten Maßstäbe, vor denen auch wir selber richtbar sind.

Gleich wie in einem Kristall hat sich in der Bewegung des Widerstandes das Beste unserer Überlieferung gesammelt und nicht allein zur Überwindung der Not von damals. Vielmehr kräftigt uns seine Strahlung zum Bestehen jeder gegenwärtigen und künftigen Not.

Wer darf danach also verzagen vor der gestellten Aufgabe? Hieße es nicht illusionär über das Leben denken, wenn man glaubte, aus der Katastrophe der totalitären Diktatur hätte sich das menschlich, ja das sozial und politisch Vollkommene erheben können? Wissen wir nicht, daß der Kampf der Männer und Frauen des Widerstandes immer geführt werden muß, daß jedes Gemeinwesen zu jeder Epoche dieser kritischen und konstruktiv verantwortungsbewußten Hingabe aus Gemeinsinn bedarf, der Reinigung des Trüben also durch das Werk des Geistes?

Darin aber liegt die richtende Forderung, welche die Gegenwärtigkeit der Freunde und Gefährten von damals an uns Heutige und an die Zukünftigen stellt. Sie sollte aufs Aufmerksamste gehört und auf das Lebendigste bewahrt werden. Eine kurze Strecke Weges von diesem Ort zieht sich die widernatürliche Grenze



<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> Vgl. Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Frankfurt-Hamburg 1958.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Ritter, a. a. O., S. 559f.

<sup>22</sup> Ritter, a. a. O., S. 570ff.

hin, mitten durch die einstige Hauptstadt des Deutschen Reiches, die Grenze, hinter der noch immer 17 Millionen Deutschen – jetzt von einer anderen totalitären Diktatur, aber im Ganzen schon drei Jahrzehnte lang – die Selbstbestimmung entzogen bleibt. Doppelt wichtig ist es, die Erinnerung des Widerstandes gegenwärtig zu halten, weil auch die besten Institutionen der rechtsstaatlichen Freiheit uns nicht schützen vor ihrem Mißbrauch, es sei denn, wir hielten selber fest an dem Wissen um ihren menschlichen Sinn, es sei denn, wir setzten uns endlich instand, in allen freien Deutschen das Verständnis für dieses politische Grundwissen erzieherisch zu wecken. Wann immer in der Welt – und wie oft geschieht es, auch auf unserem eigenen Boden von Freund und Gegner – das Recht gebeugt und die Gerechtigkeit verraten wird, ist es unsere Sache, auch dann, wenn uns versagt ist, unmittelbar zu helfen.

Darum geht es, daß nicht umsonst war, was im Widerstand gedacht wurde und geschehen ist.

Darum geht es, daß wir nicht aufhören, um das Maß zu ringen, das wir in unserer durch extreme Höhen und Tiefen verlaufenden Geschichte gesucht haben. Denn ohne diese Einsicht und ohne dieses Maß werden wir nicht fähig sein, die Zukunft zu bestehen.

## IV

Wenden wir uns aber zum Beschluß dieses Gedenkens weg von der geschichtlichen Stunde des 20. Juli 1944, von der geistigen Form, welche die Menschen des Widerstandes aus der deutschen und der weiteren abendländischen Überlieferung kommend geprägt hat, von dem politischen Gehalt ihres um eine heile menschheitliche Zukunft kreisenden Denkens und auch von ihrer richtenden Bedeutung für unsere Gegenwart. Wenden wir uns stattdessen noch einen Augenblick ihrem eigenen geschöpflichen Schicksal zu. Dann sehen wir sie als stellvertretend für viele Tausende, ja auch für die Millionen unschuldig Leidender. Dann tritt uns aus vielen der erhaltenen Zeugnisse Eines entgegen, nämlich die Tatsache, daß sie sich nicht mehr als die Führenden ihres eigenen Daseins, sondern als die in ihren Gedanken, in ihren Handlungen, in ihren Leiden, in ihrem Geschick Geführten erkannten. Hier ist die Rede von dem inneren Müssen, das den Widerstand erzwang<sup>28</sup>. Hier wird von der tiefen Diesseitigkeit des Christentums gesprochen, in der man erst lerne zu glauben. "Wenn man völlig darauf verzichtet hat, aus sich selbst etwas zu machen . . ., dann nimmt man nicht mehr die eigenen Leiden, sondern das Leiden Gottes in der Welt ernst, ... und so wird man ein Mensch, ein Christ."24 Hier werden Tränen vergossen im Angesichte des Todes, nicht aus Furcht und nicht aus Trauer, sondern vor Dankbarkeit und Erschütterung über diese "Dokumentation Gottes", als die das Dasein sich rundet, "wenn wir", so steht es in diesem Briefe zu lesen, "plötzlich erkennen, daß er ein ganzes Leben hindurch am Tage als Wolke



<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Z. B. Huber in Scholl, a. a. O., S. 112ff.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Bonhoeffer, a. a. O., S. 248 f.

und bei Nacht als Feuersäule vor uns hergezogen ist, und daß er uns erlaubt, das plötzlich, in einem Augenblick, zu sehen."<sup>25</sup> Und hier wird das Geheimnis der Geburt und der Erneuerung der Welt an der engsten, der zartesten Verbindung zu einem anderen Menschen erkannt. Von dorther wird dann das Wort verstanden: "Hätte ich der Liebe nicht, so wäre ich nichts."<sup>26</sup>

Von welchen unserer Zeitgenossen als von ihnen dürften wir sagen, es gelte für sie die Rede des Apostels Paulus von sich selbst, bei der wir in nachdenklicher Dankbarkeit so fühlen, als käme sie aus ihrem eigenen, nun schon lang verschlossenen Munde: "Ich habe einen guten Kampf gekämpft, ich habe den Lauf vollendet, ich habe Glauben gehalten; hinfort ist mir beigelegt die Krone der Gerechtigkeit, welche mir der Herr an jenem Tage, der gerechte Richter, geben wird, nicht mir aber allein, sondern auch allen, die seine Erscheinung liebhaben." <sup>27</sup>



Jahrgang 12 (1964), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964\_1.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Moltke, a. a. O., S. 58.

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Vgl. ebd., S. 57 (1. Korinther 13).

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> 2. Timotheus 4, V, 7 u. 8.

# GÜNTER MOLTMANN

## GOEBBELS' REDE ZUM TOTALEN KRIEG AM 18, FEBRUAR 1943

Ist es in der Regel eine wesentliche Aufgabe des Historikers, sich mit einer verwirrenden Vielfalt von Initiativen, Ideen und Konzeptionen zu befassen, deren wechselseitige Beeinflussung und Durchdringung zu analysieren und ihre Wirksamkeit in der Politik zu untersuchen, so trifft das nur bedingt auf denjenigen zu, der es mit der Geschichte des Dritten Reiches zu tun hat. Besteht doch im totalitären Staat eine verbindliche Ideologie, nach der alle Bereiche des öffentlichen und, so weit irgend möglich, auch des privaten Lebens "ausgerichtet" werden. Für den Forscher tritt damit das ideengeschichtliche Moment zurück hinter der dringlicheren Frage, wie es möglich war, daß diese eine Auffassung durchgesetzt werden konnte. Er muß herausarbeiten, welche Methoden der geistigen "Gleichschaltung" angewandt wurden und wie sich die Bevölkerung angesichts der totalitären Beeinflussung verhielt.

Neben einem zu verschiedenen Zeiten verschieden großen Maß von äußerem Zwang war die Massensuggestion ein wesentlicher Faktor des nationalsozialistischen Herrschaftssystems. Die Propaganda steigerte sich vor allem dann, wenn machtpolitische Krisen die Gefolgschaft in ihrer Treue zur Führung irrezumachen drohten. So unternahm das Regime nach der Niederlage von Stalingrad eine seiner größten Propagandaaktionen, um die Enttäuschung und Ernüchterung des Volkes zu überwinden und es weiterhin so fest wie möglich an die Führung zu binden. In einer Massenkundgebung im Berliner Sportpalast am 18. Februar 1945 forderte Reichspropagandaminister Goebbels seine Zuhörer auf, sich freiwillig zum "totalen Krieg" zu bekennen.

In der zeitgeschichtlichen Literatur wird die Goebbels-Kundgebung unter verschiedensten Gesichtspunkten betrachtet und unterschiedlich interpretiert. Einig ist sich die Mehrzahl der Autoren in der Feststellung, daß Goebbels in der Art, wie er die Akklamation seines Publikums zum totalen Krieg provozierte, außerordentliches demagogisches Geschick bewiesen habe. In einigen der populären Monographien über den Zweiten Weltkrieg wird darüber hinaus die Ansicht vertreten, daß die Alliierten mit ihrer am 24. Januar 1943, dreieinhalb Wochen vor der Sportpalast-Kundgebung, aufgestellten Forderung nach bedingungsloser Kapitulation den Boden für die Bereitschaft der deutschen Bevölkerung zum totalen Krieg bereitet hätten: "Wenn schon die Staatsmänner... die bedingungslose Übergabe verlangten..., wo sollten die Massen des deutschen Volkes dann noch in dieser Stunde einen Ausweg sehen?" Oder, wie es auf eine knappe Formel gebracht wurde: "Jedenfalls konnten Roosevelt und Churchill mit ihrer Forderung nach bedingungs-



<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Walter Görlitz, Der zweite Weltkrieg 1939-1945, Bd. I, Stuttgart 1951, S. 417. Diese Behauptung steht in seltsamem Kontrast zu einer ummittelbar vorangehenden Feststellung, daß die Katastrophe von Stalingrad eine große innenpolitische Wende eingeleitet habe, indem die militärische Résistance im Heer wieder auflebte (415).

loser Kapitulation einem Demagogen wie Goebbels gar keinen größeren Gefallen tun, um dessen Durchhalteparolen zu beleben."<sup>2</sup>

Eine gründlichere Analyse der Kundgebung gab Walter Hagemann als Vertreter der Wissenschaft von der Publizistik<sup>3</sup>. Aus seiner Blickrichtung steht naturgemäß die psychologische Technik der Goebbelsschen Propaganda im Mittelpunkt. Sein Resümee lautet: "Die Rede war eine der besten, die Goebbels seit 1933 gehalten hat. Sie arbeitete mit allen erprobten Requisiten der Massensuggestion und wurde durch sorgfältigste Auswahl der Teilnehmer und sorgfältigste Regie wirksam unterstützt." (S. 472). Was die Teilnehmer anbetrifft, so habe Goebbels vor einem "weltanschaulich gleichgestimmten Auditorium" gesprochen, das aus der "alten Berliner Parteigarde" und einigen tausend bewährten Anhängern, die "mittels Sammeltransporten aus allen deutschen Gauen" herangeführt waren, bestanden habe und das "im Hinblick auf die beabsichtigte Demonstration instruiert" worden sei (S. 464). Die "Regie" habe darin bestanden, daß die Halle durch ein riesiges Spruchband geschmückt gewesen sei, daß die meisten Hörer aus optischen Gründen Zivil statt Uniform tragen mußten, daß sich Lieder, Beifall, Zwischenrufe, Demonstrationen und Sprechchöre passend eingefügt hätten (S. 465). Hagemann gibt dann einige Auszüge der Goebbels-Rede wieder, die er teils mit guten psychologischen, teils mit oberflächlichen polemischen Glossen versieht. Die Gesamtwirkung der Rede schätzt er im Unterschied zu anderen Autoren recht skeptisch ein: Nicht nur auf Nazi-Gegner, sondern auch auf "innerlich Abseitsstehende" im In- und Ausland und selbst auf "gesinnungsverwandte" Rundfunkhörer habe das "hysterische Schreien und Kreischen der Massen befremdend, ja, abstoßend" gewirkt und sei als "Symptom der fortschreitenden geistigen Auflösung des Regimes" gewertet worden (S. 473).

Alliierterseits wurde seinerzeit der Propagandaerfolg keineswegs so skeptisch beurteilt. Das belegt z. B. eine Untersuchung von Alexander L. George<sup>4</sup> über die Einschätzung der deutschen Propaganda bei den Alliierten. Auch er ist im übrigen der Ansicht, daß die Kundgebung "sorgfältig von Goebbels in Szene gesetzt" worden sei: Genug Anhänger seien versammelt worden, um ihm als "wirksame Claque" zu dienen. George sieht jedoch eine offenkundige Fehlinterpretation, die auch bei der alliierten Auswertung unterlaufen sei, in der Annahme, daß Goebbels nur die Stimmung für einen neuen Stil des Krieges aufpeitschen wollte, der vom national-

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Alexander L. George, Propaganda Analysis, A Study of Inferences Made from Nazi Propaganda in World War II, Evanston, Ill., und White Plains, N. Y., 1959, S. 69.



<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Rudolf Fiedler, Im Teufelskreis, Krieg ohne Frieden, Der zweite Weltkrieg und seine Folgen, München 1960, 145. Eine Koppelung von Unconditional Surrender und Sportpalast-Kundgebung findet sich auch in der Goebbelsbiographie des ehemaligen persönlichen Referenten des Reichspressechefs Otto Dietrich, Werner Stephan, Joseph Goebbels, Dämon einer Diktatur, Stuttgart 1949, S. 256f. Vgl. auch Günter Moltmann, Die Genesis der Unconditional-Surrender-Forderung, Wehrwiss. Rundsch., 6 (1956), S. 118 (zur Korrektur unten, Anm. 53).

<sup>\*</sup> Walter Hagemann, Publizistik im Dritten Reich, Ein Beitrag zur Methodik der Massenführung, Hamburg 1948, S. 464–475.

sozialistischen Regime bereits beschlossen war. Man habe übersehen, daß Goebbels seine Position als Propagandaminister habe nutzen wollen, um höchste Politik nach seinen persönlichen Ansichten zu formen und seinem persönlichen politischen Ehrgeiz zu frönen. Damit ist eine Deutung der Hintergründe berührt, die nicht neu ist. George beruft sich auf das Tagebuch Rudolf Semlers, des Pressereferenten von Goebbels, aus dem 1947 Auszüge veröffentlicht wurden<sup>5</sup>. Die Bedeutung der Kundgebung im Zusammenhang mit Position und Karriere des Propagandaministers fand naturgemäß stärkere Beachtung bei den Goebbels-Biographen<sup>6</sup>. Gestützt auf Semlers Aufzeichnungen und auf erhaltene Fragmente von Goebbels' eigenem Tagebuch, zeichneten sie das Intrigenspiel unter den führenden Nationalsozialisten um die Jahreswende 1942/43 im "Kampf hinter dem Thron" nach und stellten die Sportpalast-Kundgebung in einen funktionalen Zusammenhang mit Goebbels' Ambitionen auf den zweiten Platz im Staate. Gegen Bormann, Keitel und Lammers, die Hitler mit der Ausarbeitung der Richtlinien für den totalen Krieg beauftragt hatte, und gegen Ribbentrop und Rosenberg habe Goebbels eifersüchtig gestrebt, sich selbst in den Vordergrund zu schieben und mit Hilfe von Göring, Speer, Funk und Ley die Initiative für die Mobilisierung der Massen in die Hand zu nehmen. Jedoch sei es ihm trotz des Erfolges im Sportpalast 1943 nicht gelungen, sich bei Hitler stärker durchzusetzen. Erst nach dem 20. Juli 1944, als Goebbels zum "Bevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz" ernannt wurde, habe er das erreicht, was er seit langem erstrebte.

Nun bilden freilich die beiden divergierenden Interpretationen – hie Goebbels als intriganter, aber erfolgloser Karrieremacher, dort der Minister als erfolgreicher Promotor des Regimes für die Steigerung der Kriegsleistungen – keine echte Alternative. Trotz der zugespitzten Formulierungen bei George lassen sich beide Deutungen sehr wohl miteinander vereinbaren, und es bleibt nur die Aufgabe, abzugrenzen und die Akzente richtig zu setzen. Aber der kurze Überblick über die unterschiedlichen Aspekte zeigt doch, daß noch manche weiteren Unklarheiten bestehen, die eine zusammenhängende Erörterung ratsam erscheinen lassen. Weder sind die Gründe für die begeisterte Bereitschaft des Publikums ausreichend geklärt, noch ist die propagandistische Raffinesse des Veranstalters befriedigend analysiert. Auch die Motive und Intentionen des Demagogen und sein Verhältnis zu Hitler – dem Auftraggeber oder dem Überraschten? – können schärfer erfaßt werden.

Obwohl die Akten des Reichspropagandaministeriums nur in Überresten erhalten und auf verschiedenste Archive verstreut sind<sup>7</sup>, ist die Quellenlage für eine Detail-



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Rudolf Semler, Goebbels -- the Man next to Hitler, with an introduction by D. McMachlan and notes by G. S. Wagner, London 1947, S. 68f.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Curt Rieß, Joseph Goebbels, Eine Biographie, Baden-Baden 1950, S. 345; noch stärker Roger Manvell und Heinrich Fraenkel, Doctor Goebbels, His Life and Death, London 1960, deutsch: Goebbels, Eine Biographie, Köln/Berlin 1960, S. 275–310. Eine ausgewogene Darstellung gibt neuerdings Helmut Heiber, Joseph Goebbels, Berlin 1962, S. 528 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Vgl. Records of the Reich Ministry for Public Enlightenment and Propaganda, Guides to German Records Microfilmed at Alexandria, Va., No. 22, Washington, The National

studie günstig. Unlängst neu zum Vorschein gekommene Tagebuchblätter von Goebbels aus der Zeit der Kundgebung (14. bis 23. Februar 1943) haben eine sehr bedauerliche Lücke in den erhaltenen Aufzeichnungen (21. Dezember 1942 bis 28. Februar 1943) teilweise gefüllt<sup>8</sup>. Niederschriften und Erinnerungen von Mitarbeitern Goebbels', die bereits publiziert worden sind<sup>9</sup>, sowie neuerliche Auskünfte von Mitarbeitern und von Journalisten, die an der Kundgebung beobachtend teilnahmen<sup>10</sup>, geben wertvolle Aufschlüsse. Überdies sind Tonaufnahmen erhalten, die es nicht nur möglich machen, Abweichungen des Sprechtextes vom offiziellen Wortlaut<sup>11</sup> festzustellen, sondern die akustische Seite des Vorgangs überhaupt authentisch nachzuerleben<sup>12</sup>. Die rhetorische Gestaltung der Rede und die Reaktion der Zuhörer lassen sich hier im Detail analysieren. Eine wertvolle Ergänzung dazu

Archives, National Archives and Records Service, General Service Administration, 1961; Übersicht über die Bestände des Deutschen Zentralarchivs Potsdam, Schriftenreihe des Deutschen Zentralarchivs Nr. 1, Berlin 1957, S. 111. Weitere Bestände befinden sich im Hauptarchiv in Berlin-Dahlem und im amerikanischen Document Center in Berlin.

<sup>12</sup> Eine Tonaufnahme, die etwa die letzten zwei Drittel der Rede umfaßt, befindet sich bei der British Broadcasting Corporation in London, eine Kopie davon im Lautarchiv des Deutschen Rundfunks, Frankfurt/Main, archiviert unter Nr. 53 A 688. Nach dankenswerter Auskunft von Herrn Dr. M. Kunath, Leiter der Abt. "Wort" im Lautarchiv, handelt es sich dabei um eine sogenannte Schwarzpressung der seinerzeitigen Reichs-Rundfunk-Gesellschaft, die mittels Ballempfang, d. h. mit einem Rundfunkempfänger an einem weiter entfernt liegenden Ort, aufgenommen wurde. Gelegentliche Störgeräusche beeinträchtigen nicht ein durchgehendes Abhören des Redetextes. Seit kurzem besitzt das Bundesarchiv in Koblenz eine vollständige Tonaufnahme (Schwarzpressung), die mit amerikanischen Beutebeständen zurückgegeben wurde (Nr. 120 des Verzeichnisses der Tonträger). Sie war bei Abfassung dieses Aufsatzes jedoch noch nicht regeneriert. Die Authentizität des Tondokumentes wird in gewissem Grade beeinträchtigt durch Tonsteuerung und Kürzung der Beifallsszenen. An seiner Echtheit kann jedoch kein Zweifel bestehen. Zur Quellenkritik von Tondokumenten vgl. Tondokumente zur Zeitgeschichte, Politik und Wirtschaft 1901–1933, hrsg. vom Lautarchiv des Deutschen Rundfunks, Frankfurt/Main, April 1958 (hektographiert), S. 5.



Jahrgang 12 (1964), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964\_1.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Original der bisher bekannten Kriegstagebuchblätter in The Hoover Institution, Stanford University, Palo Alto, California. Einen Bruchteil davon veröffentlichte Louis P. Lochner, Goebbels Tagebücher aus den Jahren 1942–1943, Zürich 1948. Tagebuchaufzeichnungen vom 14.–23. 2. 1943 im Institut für Zeitgeschichte, München.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Stephan, a. a. O.; Semler, a. a. O. Hier unergiebig, weil erst Mitte 1943 voll einsetzend die Tagebuchaufzeichnungen von Wilfried von Oven, Mit Goebbels bis zum Ende, 2 Bde., Buenos Aires 1949 f.

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> Solche Auskünfte finden sich bereits in der Sekundärliteratur verarbeitet. Darüber hinaus liegen dem Vf. briefliche Mitteilungen der Herren Werner Stephan, Dr. Fritz Hippler, Moritz von Schirmeister und Prinz Friedrich-Christian zu Schaumburg-Lippe vor, denen an dieser Stelle gedankt sei. Der Vf. hat ferner den Herren Fritz Sänger, Dr. Hans-Joachim Kausch und Peter Raunau zu danken, die als Pressevertreter an der Sportpalast-Kundgebung teilgenommen haben und bereitwillig Auskunft gaben.

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Vgl. außer den deutschen Zeitungsausgaben vom 19. 2. 1943 auch Alfred-Ingemar Berndt und von Wedel (Hrsg.), Deutschland im Kampf, Nr. 83/84, Berlin Februar 1943, S. 80ff. und Alfred-Ingemar Berndt (Hrsg.), Das Archiv, Nachschlagewerk für Politik, Wirtschaft, Kultur, Jg. 103-108, Berlin 1942-43, S. 975ff., wo jedoch die offiziellen Anmerkungen über Beifall und Zwischenrufe der Zuhörer fehlen.

bilden schließlich die "Deutsche Wochenschau" vom 24. Februar 1945<sup>13</sup> und Pressefotos, die während der Kundgebung angefertigt wurden. Sie ergänzen die akustische Überlieferung vom Visuellen her. Bei der Auswertung dieses Materials ergeben sich freilich Schwierigkeiten, die darin liegen, einen intensiven Erlebnisvorgang, zu dem die historisch wertvolle zeitliche Distanz durch technische Konservierungsmittel wieder aufgehoben ist, nüchtern zu analysieren.

Die Forderung des totalen Krieges wurde bekanntlich nicht erst von Goebbels und auch nicht erst im Zweiten Weltkrieg erfunden. Bereits um die Mitte der 30 er Jahre entstand die "Lehre vom totalen Krieg". Sie wurde besonders intensiv von Luftkriegsstrategen diskutiert, die aus der durch die technische Weiterentwicklung seit dem Ersten Weltkrieg sehr gestiegene Bedeutung der Luftwaffe eine Konzeption entwickelten, nach der auch das Hinterland der kriegführenden Mächte als Kriegsschauplatz anzusehen war<sup>14</sup>. Stärker noch als diese militärstrategische Konzeption dürfte in Deutschland Ludendorffs Buch "Der totale Krieg" (1935) gewirkt haben, das schon zwei Jahre nach seinem ersten Erscheinen eine Auflage von 100000 erreicht hatte. Es ist in diesem Zusammenhang um so wichtiger, weil es Thesen bereits sehr nahekam – bisweilen bis in Formulierungen hinein –, die Goebbels acht Jahre später vortrug<sup>15</sup>.

"Seelische Geschlossenheit ist es, die letzten Endes ausschlaggebend für den Ausgang dieses [totalen] Krieges um die Lebenserhaltung des Volkes ist, kein Staat wird es heute an Rüstungen, an Ausbildung und Ausstattung der Wehrmacht fehlen lassen. Die seelische Geschlossenheit allein befähigt das Volk, der schwerringenden Wehrmacht immer neue seelische Kraft zuzuführen, für die Wehrmacht zu arbeiten und in dem Ungemach des Krieges und unter den feindlichen Kriegshandlungen selbst sieg- und widerstandsfreudig zu sein." (5. 11.) Diese Gedanken Ludendorffs entsprangen weniger militärtechnischen Überlegungen, sondern waren ein Ergebnis seiner völkischen Ideologie. Die Stärke des Volkes, glaubte er, liege in seiner Geschlossenheit. Von daher entwickelte er ein Programm für die Vorbereitung des zukünftigen Krieges: Die "seelische Geschlossenheit des Volkes" müsse "auf dem Wege der Einheit von Rasseerbgut und Glaube und [durch] sorgsame Beachtung der biologischen und seelischen Gesetze und Eigenschaften des Rasseerbgutes" erreicht werden, und in der durch Leiden der Bevölkerung "erzeugten Todesnot des

Vierteljahrshefte 2/1



<sup>18</sup> Archiviert im Bundesarchiv, Kohlenz, unter Nr. 650/1943. Der Quellenwert der Wochenschauaufnahmen wird weit stärker als bei den Tonaufnahmen durch Perspektive und Schnitt beeinträchtigt. Vgl. dazu Fritz Terveen, Der Film als historisches Dokument, Grenzen und Möglichkeiten, Vjh. f. Zeitgesch. Jg. 3 (1955), S. 57ff.; Wilhelm Treue, Das Filmdokument als Geschichtsquelle, HZ Bd. 186 (1958), S. 508ff. Das Rohmaterial, aus dem die Wochenschau vom 24. 2. 1943 zusammengestellt wurde, ist durch Kriegseinwirkung vernichtet worden. Eine Beschreibung der Wochenschau in "Filmkurier", Ausg. v. 24. 2. 1945.

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Hauptvertreter dieser Konzeption war der italienische General G. Douhet mit seinem Buch "La guerra integrale", Rom 1936.

<sup>15</sup> Die folgenden Zitate nach Erich Ludendorff; Der totale Krieg, München 1935, 2. Aufl. 1937.

Volkes und richtiger Einwirkung auf das Volk wird die Geschlossenheit aufrechterhalten, ja sie kann noch inniger werden" (S. 20f., 103).

Ludendorffs Gedanken über Wirtschaftslenkung und Wehrmachtseinsatz im totalen Krieg muten im Vergleich zu den Forderungen, die Goebbels 1943 erhob, freilich noch recht schablonenhaft und an der Vergangenheit orientiert an. Das Argumentieren mit Volk und Rasse aber sollte auch ein Hauptbestandteil der Sportpalast-Rede werden. Vollends war diese Rede ein "richtiges Einwirken auf das Volk" im Ludendorffschen Sinne. Die Verwandtschaft läßt sich bis in die propagandistische Taktik hinein aufzeigen. Nach Ludendorff verlangt "ein mündiges Volk . . . von seiner Regierung Wahrheit, nicht nur über seine Lage im Frieden, es verlangt erst recht Wahrheit über seine Lage im Kriege; sonst ist auch hier den "Unzufriedenen" und Gerüchtemachern zu leicht freie Bahn gegeben" (S. 26). Goebbels erwies sich als gelehriger Schüler, wenn er später einleitend formulierte: "Das im Nationalsozialismus erzogene, geschulte und disziplinierte deutsche Volk kann die Wahrheit ertragen." Wenn er dann doch nicht die volle Wahrheit sagte - Ludendorff hatte das im Ersten Weltkrieg auch nicht getan -, so war das Eingeständnis, daß Deutschland in eine schicksalsschwere Phase des Krieges eingetreten sei, doch dazu angetan, Kritikern Wind aus den Segeln zu nehmen. Zugleich schmeichelte er dem Volk, indem er es für mündig erklärte, offene Worte zu hören und danach zu handeln.

Die nationalsozialistische Bewegung distanzierte sich von Ludendorff, die Lehre vom totalen Krieg aber wirkte weiter. In einer Abhandlung des Chefs des OKW vom 19. April 1938 über "die Kriegführung als Problem der Organisation" hieß es 18: "Es widerspricht den Grundsätzen des totalen Krieges der Zukunft, zu glauben, daß die Aufgaben "Führung des Waffenkrieges", die "Ausrichtung des Propaganda- und Wirtschaftskrieges auf die Ziele des Waffenkrieges" und die "Organisation der kämpfenden Nation zur Unterstützung des Waffenkrieges" getrennt werden können . . . Nur die Einheit und Geschlossenheit von Staat, Wehrmacht und Volk verbürgen im Kriege den Erfolg . . . So sind Wehrmacht, Heimat und Volk durch ihre Wechselwirkung zu einem unteilbaren Ganzen verflochten."

Der Begriff "totaler Krieg" ist freilich nicht klar zu definieren, er kennt mannigfache graduelle Abstufungen. Obwohl sich eine Steigerung des "Totalen" im eigentlichen Sinne des Wortes nicht denken läßt, ist nur dies allein in der Praxis möglich. Das Hineinsteigern ins "Totale" ist von verschiedenen Faktoren abhängig: von der durch die jeweilige Kriegslage gegebenen Notwendigkeit, von den technischen Grenzen, die der Erfassung und Ausschöpfung des nationalen Potentials gesetzt sind, und von der Bereitschaft des Volkes, sich integrieren zu lassen. So kam es, daß während der ersten Phase des Krieges, während der Blitzkriege, zwar der jeweilige Feind in seinem totalen Potential bekämpft und nach der Niederlage ausgebeutet wurde, daß aber innerhalb Deutschlands selbst von einer "totalen Mobilisierung"

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. Nov. 1945 – 1. Okt. 1946, Nürnberg 1947ff., Bd. XXXVIII, Dokument L-211, S. 35ff.



noch nicht gesprochen werden konnte und dementsprechend auch die Vorstellungen davon keineswegs fest umrissen waren. Noch konnte man sich erlauben, den Kriegsbedarf durch eine sehr beschränkte Umstellung der Wirtschaft auf die Kriegsführung bereitzustellen.

Erst das Ende der Blitzkriege und die ersten schweren Belastungen an der Ostfront machten eine umfassende Mobilisierung nötig. Bezeichnenderweise wurde die Umstellung der Kriegsführung aber nur sehr zögernd konzipiert, obwohl die führenden Kreise besser als die breiten Bevölkerungsschichten wußten, was sich abspielte. Aus der ständigen Erfolgspropaganda, die nicht widerrufen werden sollte, und der tatsächlichen Krise des Winters 1941/42, die eine stärkere Mobilisierung erforderte, ergab sich ein Dilemma. Das Ergebnis waren halbe Maßnahmen, die keinen Dauererfolg haben konnten. Wäre es nach Goebbels gegangen, so wäre bereits damals die Proklamation des "totalen Krieges" erfolgt, denn offenbar traute er sich zu, die Wende propagandistisch zu bewältigen. In "immer wiederholten Gesprächen" entwickelte Goebbels seinem persönlichen Pressereferenten, Moritz von Schirmeister, der nach einigen Monaten Kriegsdienst in Rußland am 16. Januar 1942 nach Berlin zurückgekehrt war, "seine Gedanken zum totalen Krieg"<sup>17</sup>. Sein Plan war die "Konzentration der gesamten industriellen Kapazität auf echte und wirkliche Rüstungswirtschaft unter Vernachlässigung bzw. Ausschaltung aller nicht lebensnotwendigen Sparten, damit gleichzeitig Freimachen von Menschen für die Wehrmacht". Schirmeister zufolge habe Goebbels seinen Plan damals Hitler vorgelegt, sei aber dann gescheitert, und zwar "in erster Linie an Göring, der Hitler einredete, das alles sei gar nicht nötig, wir gewännen den Krieg auch so". "Voll Wut" habe Goebbels Schirmeister erklärt: "Das deutsche Volk wird es uns niemals übelnehmen, wenn es durch einige Monate in Lumpen gehen muß; es wird es uns aber nie verzeihen, wenn es sein ganzes Leben hindurch das Leben eines Bettlers führen muß!"18



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Mitteilung von Herrn von Schirmeister, Viña del Mar, Chile, an den Vf. vom 8. 6. 1959. <sup>16</sup> Die erhaltenen Tagebuch-Aufzeichnungen von Goebbels setzen erst mit dem 21. 1. 1942 ein. Einen gewissen Niederschlag haben die zu von Schirmeister geäußerten Intentionen noch in den Eintragungen vom 21. und 23. 1. 1942 gefunden, vgl. Lochner, a. a. O., S. 44f., 48 f. Goebbels sprach am 21. mit Oberstleutnant Martin, dem Verbindungsoffizier der Wehrmacht im Propagandaministerium, über Maßnahmen gegen eine "defaitistische Stimmung im OKW und OKH" und mit seinem Staatssekretär Gutterer über ein Vorgehen gegen "den Defaitismus im Berliner Regierungsviertel allgemein". Weiter verhinderte Goebbels, dem Tagebuch zufolge, Meldungen, die "übergroße Hoffnungen im deutschen Volk erwecken würden . . . Das deutsche Volk soll sich auf die Kriegslage einstellen und nicht sein Herz mit leeren Hoffnungen nähren . . . " Nicht ganz vereinbar mit von Schirmeisters Aussage ist der Satz: "... ich habe beim Führer Gott sei Dank eine absolute Bestätigung des von mir eingeschlagenen Kurses gefunden. Das ist beruhigend und erhebend." Am 23. schrieb er: "Ich bin im Ministerium damit beschäftigt, etwa 300 Beamte für Wehrmacht und Rüstungsindustrie freizugeben und sie durch Frauen ersetzen zu lassen." Und weiter heißt es: ". . . in den sogenannten Regierungskreisen zählen die Miesmacher und Meckerer Legion . . . Gerade sie sind am anfälligsten, und gerade sie muß man deshalb gegen defaitistische Strömungen und Gerüchte abschirmen."

Hinter dieser frühen Initiative von Goebbels mag freilich auch die Absicht gestanden haben, sich persönlich innerhalb der nationalsozialistischen Führungsgruppe in den Vordergrund zu schieben. In einer totalen Mobilisierung aller Kräfte für einen Krieg im neuen Stil witterte er als Propagandaminister naturgemäß eine persönliche Chance. Aber die Tatsache, daß er bereits mehr als ein Jahr vor der Sportpalast-Rede für den neuen Stil agitieren wollte und dabei vor allem in Göring ein Hindernis fand, mit dem er sich dann doch 1943 gegen Bormann verband, spricht doch gegen die zu enge Interpretation von einem nur funktionalen Zusammenhang der späteren Rede mit dem "Kampf hinter dem Thron" im Februar 1943. Der kontinuierliche Einsatz eines Fanatikers für eine Sache, die schließlich der Selbsterhaltung des ganzen Regimes galt, darf nicht zu einseitig als persönliches Intrigenspiel gedeutet werden.

Wollte Goebbels nach dem mißlungenen Versuch seine Konzeption doch noch durchsetzen, mußte er weitere, stärkere Rückschläge an den Fronten abwarten. Sie waren offenbar die Voraussetzung dafür, daß sich andere führende Persönlichkeiten des Regimes seiner Ansicht anschlossen. Tatsächlich verschlechterte sich ja die Kriegslage schon bald, so daß Goebbels erneut ansetzen konnte. Im Sommer 1942 begannen im Pazifik die Niederlagen Japans, im Oktober setzte der erfolgreiche britische Gegenschlag in Nordafrika ein, im November landeten alliierte Truppen in Marokko und Algerien, und - schlimmer noch für Deutschland - nach dem Steckenbleiben der deutschen Offensive im Kaukasus schloß die Rote Armee die deutschen Truppen bei Stalingrad ein. Es war dasselbe Jahr, in dem Ludwig Beck in der Berliner Mittwochsgesellschaft über die "Lehre vom totalen Krieg" sprach und dabei Ludendorffs Vorstellungen von der absoluten Notwendigkeit einer totalen Kriegsführung zerpflückte<sup>19</sup>. Sein Vortrag gipfelte in der Feststellung: "Leider müssen wir für die Gegenwart . . . uns die Frage vorlegen, ob der heutige totale Krieg noch zu einer Unterscheidung zwischen Kriegen gebildeter und ungebildeter Völker berechtigt", in der Warnung: "Wehe aber, wenn die Politik nicht nur im Fahrwasser des totalen Krieges bleibt, sondern sogar zu seinem aktiven Wegbereiter wird", und in der Forderung: "Die Überwindung der Lehre vom totalen Krieg als einem unentrinnbaren Faktum setzt also letztlich einen neuen sittlichen Idealismus voraus."

Die Ausführungen Becks galten freilich nicht für einen radikalen Fanatiker, der dazu noch so viel Scharfsinn besaß, daß er im Rahmen seiner Ideologie konsequent folgern und demagogisch äußerst geschickt operieren konnte. Angesichts der schweren Krise an den Fronten war wieder an eine Steigerung der Kriegsanstrengungen zu denken, und das propagandistisch noch nicht abgenutzte Schlagwort vom "totalen Krieg" konnte nun um so eindrucksvoller benutzt werden. Goebbels' Entschluß zur abermaligen Initiative datiert bereits – entgegen der Meinung einiger Biogra-

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Ludwig Beck, Studien, hrsg. und eingeleitet von Hans Speidel, Stuttgart 1955, S. 227 bis 258, bes. S. 253, 255, 258. Vgl. auch Wolfgang Foerster, Generaloberst Ludwig Beck, Sein Kampf gegen den Krieg, Aus nachgelassenen Papieren des Generalstabschefs, München 1953, S. 158ff.



phen<sup>20</sup> – von Mitte Dezember 1942. Damals wurde sich Goebbels über die Bedeutung der Krise von Stalingrad klar<sup>21</sup>. Die Tagebuchaufzeichnungen aus der ersten Dezemberhälfte offenbaren noch keine übermäßige Sorge. Am 16. berichtete ihm Pressereferent Semler, der gerade aus Stalingrad zurückgekehrt war, von den erbitterten Kämpfen. Am 18. und 20. notierte Goebbels fast gleichlautend, daß die Entwicklung um Stalingrad "zu einigen Besorgnissen" Anlaß gäbe. Am 26. war er, Semler zufolge, "sehr bedrückt". Indessen ließ ihn die Erkenntnis von der Krise nicht müßig. Schon Mitte Dezember hatte er Hitler Vorschläge zur Steigerung der Kriegsleistungen an der "Heimatfront" unterbreitet, die dieser bereit war zu akzeptieren<sup>22</sup>. Am 16. wurde die Einführung eines Hilfsdienstes von Jungen und Mädchen der höheren Schulen bei der Luftwaffe besprochen, jedoch stieß die "Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für Frauen ohne Familie und Kinder" noch auf den Widerstand Görings<sup>23</sup>. Am 28. fand eine Besprechung zwischen Goebbels und Bormann statt, auf der eine notwendige Einschränkung des Lebensstandards und "besondere Opfer der oberen Zehntausend" gefordert wurden, um Menschenkräfte und Material für den Krieg zu gewinnen<sup>24</sup>.

So wurde in der zweiten Dezemberhälfte eine Steigerung des Krieges zum "Totalen" hin beschlossen. Der Gedanke an eine aufpeitschende Kundgebung muß Goebbels von Beginn an nahegelegen haben. Hatte er doch bereits am 7. Dezember - noch nicht unter dem Eindruck der bevorstehenden Katastrophe von Stalingrad - notiert: "Wir müßten eigentlich häufiger, als wir das bisher getan haben, in der Öffentlichkeit das Wort ergreifen", und am 12. Dezember: "Man soll dem deutschen Volke ruhig auch einmal den Ernst der Lage klarmachen. "25 Die Überlieferung läßt deutlich erkennen, daß Goebbels eine, wahrscheinlich die treibende Kraft für neue Maßnahmen gewesen ist. Deutlich läßt sich aber auch erkennen, daß jene Gruppierung "hinter dem Thron", die die Auseinandersetzungen der folgenden Monate bestimmen sollte, hier noch nicht klar gegeben war. Göring, der spätere Bundesgenosse, mit dem es im Frühjahr 1942 schon einmal zu einer Annäherung gekommen war<sup>26</sup>, schreckte wie zu Anfang des Jahres vor radikalen Maßnahmen zurück. Andererseits war das Verhältnis zwischen Goebbels und Bormann offenbar noch nicht so gespannt wie in den folgenden Monaten. Semler berichtet im Zusammenhang mit dem Gespräch vom 28. Dezember nichts über Meinungsverschie-



<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Stephan, a. a. O., S. 254; Rieß, a. a. O., S. 345; Manvell/Fraenkel, a. a. O., S. 298. Alle ignorieren die Vorgeschichte im Dezember 1942.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Vgl. Lochuer, a. a. O., S. 217 ff.; Semler, a. a. O., S. 59, 62 (Zitate aus Semlers Aufzeichnungen sind jeweils aus dem Englischen rückübersetzt).

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Semler, a. a. O., S. 62f.

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Aus den unveröffentlichten Teilen des Goebbels-Tagebuches. Vgl. auch die Eintragung vom 17. 12. 1945. Lochner, a. a. O., S. 228. Der Luftwaffenhelfer-Einsatz wurde bekanntlich zwei Monate später ohne Einbeziehung der Mädchen verwirklicht.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Semler, a. a. O., S. 62.

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Lochner, a. a. O., S. 217 f., 220.

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Ebd., S. 136ff. Die frühe Annäherung war jedoch keineswegs so beständig, wie bei Manvell/Fraenkel, a. a. O., S. 280, dargestellt.

denheiten. Zunächst stand zweifellos die stärkere Mobilisierung an sich und nicht ein interner Machtkampf im Vordergrund.

Mit Beginn des Jahres 1943 setzten die Vorbereitungen für die totale Mobilisierung ein, bald gefolgt von einer öffentlichen Propagierung des "neuen Kurses" und offiziellen Verordnungen. Am 4. Januar hielt Goebbels eine Konferenz in seinem. Ministerium ab, die für seine Mitarbeiter "das inoffizielle Signal für den totalen Krieg" bedeutete<sup>27</sup>. Er führte unter anderem aus: "Ich wünsche, daß der Gedanke, daß wir den Krieg nicht verlieren könnten, aus meinem Kopf und aus den Köpfen des Ministeriums verschwindet. Natürlich können wir den Krieg verlieren. Der Krieg kann verloren werden von einem Volk, das sich nicht austrengen will; er wird gewonnen von denen, die sich am stärksten bemühen. Wir dürfen nicht ergeben an den sicheren Sieg glauben, wir müssen uns für ihn entscheiden." Der gegenwärtige Lebensstandard entspreche nicht den Nöten an der Front. Am 6. Januar sprach der "Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz", Sauckel, vor einer Versammlung von rund 800 Mann seiner "Arbeitseinsatzstäbe" in Weimar über den "totalen Arbeitseinsatz für den Sieg" und verlangte an Stelle der Freiwilligkeit Dienstverpflichtungen für Arbeiter aus den besetzten Gebieten "als eisernes Gesetz des Jahres 1943 "28. Mitte des Monats gründete Hitler das Dreier-Komitee, bestehend aus dem Chef der Reichskanzlei, Lammers, dem Leiter der Parteikanzlei, Bormann, und Keitel als Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, um die Maßnahmen für den totalen Krieg zu veranlassen<sup>29</sup>. Goebbels sollte beratend hinzugezogen werden. Am 27. Januar wurde die "Verordnung über die Meldung von Männern und Frauen für Aufgaben der Reichsverteidigung" im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Männer im Alter von 16 bis 65 und Frauen von 17 bis 45 Jahren hatten sich bis zum 31. März in den Arbeitsämtern einzufinden. Vergnügungsstätten, Bars, Süßwarenläden, die Bijouterie- und Juweliersbranche und andere Erwerbszweige wurden stillgelegt.

Am 30. Januar, unmittelbar vor dem Fall Stalingrads, verlas Goebbels in einer Sportpalast-Versammlung eine Proklamation Hitlers, in der es hieß<sup>30</sup>: "Der Heldenkampf unserer Soldaten an der Wolga soll für jeden eine Mahnung sein, das Äußerste zu tun für den Kampf um Deutschlands Freiheit und unseres Volkes Zukunft und damit im weiteren Sinn für die Erhaltung unseres ganzen Kontinents." Goebbels fügte deklamatorisch hinzu: "Aus den Breiten und Tiefen unseres Volkes dringt der Schrei nach totalster Kriegsanstrengung im weitesten Sinne des Wortes an unser Ohr." Am gleichen Tage hielt Göring seine schwache "Leonidas-Rede", und Reichswirtschaftsminister Funk forderte im Völkischen Beobachter Leistungssteigerungen der kriegswichtigen Industrie. Und dann folgten zahlreiche weitere Aufrufe, Anordnungen, Erlasse, Reden, Tagungen und Publikationen, die aufzu-



<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Semler, a. a. O., S. 63 f.

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup> Auszüge in Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, a. a. O., Bd. XLI, Dokument Sauckel-82, S. 225 ff.

<sup>29</sup> Semler notierte das am 18. 1. 1943 in sein Tagebuch, a. a. O., S. 66.

<sup>30</sup> Berndt/Wedel, a. a. O., S. 73. Das Folgende ebd., S. 60.

zählen hier zu weit führen würde. Mit allen Mitteln wurde ein neuer Stil des Krieges kreiert. Und in diese Kampagne hinein fiel als Höhepunkt die Goebbels-Kundgebung vom 18. Februar, deren Entstehen nun genauer zu untersuchen ist.

Erst die Ernennung des Dreier-Komitees führte Goebbels zu personellen Erwägungen bei seinem Bemühen, die Mobilisierung zu forcieren. Semler bezeugt, wie bitter Goebbels' Enttäuschung über die ihm zugedachte untergeordnete Rolle war. Er hätte alles geplant und sollte nun bei der Ausführung nicht stärker mitsprechen<sup>31</sup>. Er beklagte sich bei Hitler und übte von der ersten Sitzung des Komitees am 20. Januar an heftige Kritik an der Unentschlossenheit der Hauptbeauftragten: Die "Bürokraten zerstörten die ganze Konzeption", während er diese in der Öffentlichkeit vertreten müsse. Mit einer Kundgebung wollte er aus eigener Initiative die Sache vorantreiben. Bei Semler heißt das zugespitzt: "Goebbels brütet über einem kühnen Plan. Er will versuchen, auf Hitler Druck auszuüben, indem er in einer Rede im Sportpalast radikale Forderungen aufstellt. Die Menge wird wild Beifall klatschen. Auf diese Weise mag es ihm gelingen, Hitler zu zwingen, den halben Maßnahmen ein Ende zu bereiten. Wenn man den Forderungen nicht entspräche, wäre die Regierung kompromittiert. Der Führer könnte sich das in diesem Zeitpunkt nicht leisten." Aus diesen Aufzeichnungen läßt sich der außerordentliche Ehrgeiz erkennen, der Goebbels in seinem Vorgehen bestimmte. Um sein Konzept zu verwirklichen, beabsichtigte er nicht nur eine Bevormundung Hitlers, sondern auch eine Pression. Der Propagandaminister hielt sich selbst zweifellos für den geeigneten Mann, die Zügel in die Hand zu nehmen.

Offensichtlich war sein Vorhaben aber eng verknüpft mit der Sache, um die es ging. Goebbels hatte – innerhalb der engen Grenzen der nationalsozialistischen Ideologie und Kriegspolitik – früher als andere und radikaler das erfaßt, was in der Krise zu tun war. Jetzt sah er, daß seine Vorstellungen verwässert wurden. Er wußte auch, daß die Steigerung der Kriegsbereitschaft nicht nur eine Sache von Verordnungen war, sondern zentral in das Gebiet der Propaganda hineingehörte, wo er zuständig und befähigt war. So mußte für ihn die Ernennung von Keitel, Bormann und Lammers, die überdies alle ihren Dienstsitz fern im Führerhauptquartier hatten, als politischer und personeller Mißgriff erscheinen. Die Erfahrungen mit dem Dreier-Komitee bestätigten seine Befürchtungen. Bei seiner zunächst empörten, dann berechnenden Reaktion lassen sich also persönlicher Ehrgeiz und ein Fanatismus für die Sache schwerlich voneinander trennen.

Es bleibt zu klären, wie Goebbels' Verhältnis zu Hitler damals war und wie dieser die Sportpalast-Kundgebung aufnahm. Semlers Anmerkung zur Rede vom 18. Februar ("Goebbels ging viel weiter, als es Hitler gebilligt hatte") kennzeichnet das selbständige Vorgehen des Propagandaministers<sup>32</sup>. Aber sein Alleingang darf nicht übermäßig dramatisiert werden. Dafür spricht schon die positive Reaktion Hitlers,



<sup>81</sup> Hierfür und zum Folgenden Semler, a. a. O., S. 66 ff.

<sup>32</sup> Ebd., S. 69. Dazu Rieß, a. a. O., S. 351: "Dies ist ein einigermaßen gewagtes Unternehmen. Hitler schätzt es nicht, vor ein fait accompli gestellt zu werden."

die Goebbels bei einer Unterredung am 3. März erfuhr<sup>33</sup>: "Meine Maßnahmen bezüglich des totalen Krieges werden vom Führer vollauf gebilligt. Er läßt sich in diesem Zusammenhang auf das schmeichelhafteste für mich über meine letzte Sportpalastrede aus, die er als ein psychologisches und propagandistisches Meisterwerk bezeichnet. Er habe sie von Anfang bis zu Ende aufmerksam durchstudiert, auch das Auslandsecho gelesen, und sei zu dem Ergebnis gekommen, daß wir hiermit einen Hauptschlager gelandet hätten. Er ist von der Wirkung geradezu begeistert." Auch wenn man mögliche Übertreibungen und eine Selbstgefälligkeit des Tagebuchschreibers abzieht, bleibt der Eindruck, daß Hitler sich nicht überspielt gefühlt hat, sondern das Vorgehen Goebbels' voll billigte. Semlers Auffassung vom beabsichtigten fait accompli wird übrigens nicht von allen Mitarbeitern Goebbels' geteilt. Schirmeister zufolge sprach Goebbels "selbstverständlich erst nach Autorisation durch Hitler . . . Goebbels hat während des ganzen Krieges niemals in solch entscheidenden Fragen ohne ausdrückliche vorherige Zustimmung Hitlers gehandelt. "34 Stephan, der zwar keine authentische Auskunft darüber geben kann, ob Goebbels in diesem Fall Weisungen von höherer Stelle hatte, nimmt auf Grund seiner Einblicke in die Propagandatätigkeit des Ministers "als sicher an, daß er [Goebbels] nach der Stalingrad-Katastrophe alle Einzelheiten ausführlich dem "Führer" vorgetragen und dessen Zustimmung erhalten hat"35.

Um die Frage nach der Autorisation befriedigend beantworten zu können, muß man ein wenig weiter ausholen. Ohne Zweifel hat trotz der räumlichen Entfernung zwischen Propagandaministerium und Führerhauptquartier während des Krieges stets ein enger Kontakt zwischen Goebbels und Hitler bestanden. Über die Möglichkeit, durch Telefon, Fernschreiber und Kuriere eine Verbindung herstellen zu können, hinaus nahm Goebbels häufig Anlaß, um persönlich bei Hitler vorzusprechen. Aus den erhaltenen Tagebuchaufzeichnungen Goebbels' allein lassen sich schon neun Begegnungen in den Jahren 1942 und 1943 nachweisen. Gedanken konnten also intensiv ausgetauscht, Vorschläge gemacht und Weisungen erteilt werden. Eine nennenswerte Friktion zwischen Goebbels und Hitler wird in den Tagebüchern nirgends sichtbar, statt dessen aber eine treue Gefolgschaft Goebbels' und, darüber hinaus, eine zunehmende Arbeitsteilung. Hitler trat seit 1942 immer seltener öffentlich auf. Hatte er in den ersten vier Kriegsmonaten fünf, im Jahre 1940 neun und 1941 noch sieben große Reden gehalten, so waren es 1942 nur noch fünf. Ohne Kontakt mit der Bevölkerung begnügte er sich mehr und mehr damit, über den Rundfunk zu sprechen oder Proklamationen zu verlesen oder gar verlesen zu lassen. Dabei wahrte er sich eine unnahbare Stellung an der Spitze der Staats- und Parteihierarchie und setzte sich weniger einer Kritik aus, die im Hinblick auf die sich verschlechternde militärische und politische Situation und auf die verzweifelten Gegenmaßnahmen des Regimes sich regen konnte. Die Einsetzung des unfähigen Dreier-Ausschusses braucht kein Affront gegen Goebbels gewesen zu



<sup>83</sup> Lochner, a. a. O., S. 259.

<sup>&</sup>lt;sup>84</sup> Mitteilung an den Vf. vom 8. 6. 1959.

<sup>35</sup> Mitteilung an den Vf. vom 14. 5. 1959.

sein, sondern wird vielmehr aus dem engen Blickfeld des im Führerbunker lebenden Hitler zu verstehen sein.

Auf dem Feld der Propaganda nahm Goebbels entsprechend der zunehmenden Isolierung Hitlers mehr und mehr die Rolle seines Vertreters ein. Dabei ergab sich von selbst, daß er mehr Bewegungsfreiheit und größere Möglichkeiten zur eigenen Initiative erhielt. Aus dem Funktionär, der Weisungen befolgte, wurde der Anreger, gelegentlich auch der "wohlwollende" Korrektor – niemals aber der scharfe Kritiker oder Rebell. Goebbels ließ auf dem Feld der Propaganda alle anderen Funktionäre hinter sich, distanzierte sich hier und da intern von ihnen und wurde Schrittmacher, indem er seine eigenen Formulierungen entwickelte und verkündete. Sein persönlicher Aufstieg bedeutete aber nicht, daß er seine Abhängigkeit von Hitler in Frage stellte. Wenn er auch andere nicht mehr um Rat fragte, so bat er doch immer wieder um Anregungen "von oben". Seine Besuche im Führerhauptquartier stärkten sein Selbstvertrauen. Die Faszinationskraft Hitlers auf Goebbels hielt mit nur geringfügigen Schwankungen bis zum Ende an.

Über die Ausarbeitung der Sportpalastrede sind heute mancherlei Einzelheiten bekannt<sup>36</sup>. Am Nachmittag des 14. Februar diktierte Goebbels den Text und machte sich noch am selben Abend an die Korrektur. In der Absicht, "ein Meisterstück seiner Redekunst" zu liefern, überarbeitete er die erste Fassung in den folgenden Tagen noch mehrmals. Am 17. Februar milderte er "einige allzu scharfe Stellen" ab und ließ die Partien, die die Außenpolitik betrafen, vom Auswärtigen Amt durchsehen. Dann hatte er den Eindruck, daß die Rede "einen großen Wurf" darstelle, und war überzeugt, daß ihr "ein großer Erfolg" beschieden sein würde. Hitler, der sich damals in seinem Hauptquartier in der Ukraine bei Winniza aufhielt, konnte die Übertragung der Kundgebung wegen Arbeitsüberlastung nicht hören. Er bat um nachträgliche Vorlage des Wortlautes. Das schloß jedoch nicht aus, daß er schon frühzeitig über Absicht, Konzeption und Grundlinien der Ausführungen unterrichtet worden war und pauschal seine Zustimmung erteilt hatte. Am 18. Februar bemerkte Goebbels, daß es zur Zeit schwer sei, mit Hitler unmittelbare Verbindung aufzunehmen, daß das aber auch nicht unbedingt nötig sei, da "die Richtlinien für die innere Politik und auch für die äußere Propaganda" ziemlich festlägen.

Es ist auch nicht recht einzusehen, welche bedeutsamen Abstriche Hitler hätte machen sollen. Man könnte an Vorbehalte bezüglich der ungeschminkten Darstellung der Krise denken, aber gerade das wurde von ihm im nachträglichen Gespräch mit Goebbels gebilligt<sup>37</sup>. Die Einzelheiten der Rede gingen überwiegend nicht über das hinaus, was an Maßnahmen tatsächlich erfolgte oder schon erfolgt war. Das Hauptziel, der Nachweis für die Bereitschaft der Massen zum totalen Krieg, war im Grunde schon durch den Goebbels-Kommentar zu Hitlers Proklamation vom



<sup>&</sup>lt;sup>34</sup> Vgl. Goebbels' Tagebuch vom 14.–23. 2. 1943 (ungedruckt) und die Darstellungen bei Manvell/Fraenkel, a. a. O., S. 298 (dort im Anschluß an Semler falsche Datierung: 15. statt richtig 18. 2. 1943); Rieß, a. a. O., S. 351; Heiber, a. a. O., S. 328.

<sup>87</sup> Lochner, a. a. O., S. 259.

26

30. Januar vorweggenommen. ("Aus den Breiten und Tiefen unseres Volkes dringt der Schrei nach totalster Kriegsanstrengung im weitesten Sinne des Wortes an unser Ohr.") Entscheidend für die Kundgebung war weniger der Inhalt als die rhetorische Taktik und die Technik der Suggestion, durch die die Menge zur Akklamation aufgepeitscht wurde. Hier hätte Hitler kaum Direktiven gegeben. Ein Überschreiten oder Mißachten von Weisungen ist also höchst unwahrscheinlich. Goebbels wird bei grundsätzlicher Billigung weitgehend freie Hand gehabt haben, um seine Demagogie nach eigenen Vorstellungen zu entwickeln und auszuführen.

Vor einer Analyse der Kundgebung mag ein kurzer Ausblick auf die folgenden Monate die Erörterung der Zusammenhänge abrunden<sup>38</sup>. Das Goebbels-Tagebuch aus der Zeit der Rede offenbart nur wenig über die interne Auseinandersetzung um die Durchführung der neuen Kriegsmaßnahmen. Den Abend des 18. Februar verbrachte Goebbels im Kreise von Milch, Speer, Ley, Stuckart, Thierack, Staatssekretär Körner und anderen. Es wurde die Meinung vertreten, daß die Kundgebung "eine Art von stillem Staatsstreich" darstellte. Jedoch wurde als Gegner des "Staatsstreiches" nicht diese oder jene Persönlichkeit bezeichnet, sondern die Bürokratie schlechthin. In der Führung würde sich niemand mehr dem totalen Krieg entgegenstellen können. Goebbels hoffte, auch Göring auf seine Seite zu bringen.

Erst Anfang März 1943 zeichnete sich ein "Kampf hinter dem Thron" deutlicher ab. Am 2. März wurde Göring für einen härteren Kurs gewonnen. Man wollte Hitler über den unfähigen Dreier-Ausschuß "die Augen öffnen", und Göring sollte den Ministerrat für die Reichsverteidigung, dem er vorstand, unter Einbeziehung von Himmler, Ley und Speer aktivieren, wobei Goebbels für die Position des stellvertretenden Vorsitzenden ausersehen wurde. Dies Komplott scheiterte jedoch, als sich bei Besprechungen mit Hitler im April herausstellte, daß Görings Autorität weit überschätzt worden war. Goebbels hatte sich auch Illusionen über dessen Energie, Aktivität und Verläßlichkeit gemacht. Trotz dieser Fehlkalkulation fühlte er sich weiterhin für die Fortführung der Kampagne verantwortlich. So weit er sich durchsetzen konnte, wurden weitere Personaleinsparungen beschlossen.

Viel Sorgen bereiteten Goebbels andere Hindernisse, die sich einer radikalen Verwirklichung seiner Vorstellungen in den Weg stellten. Die Aufputschung der Massen gegen eine friedensmäßige Lebenshaltung und Unterschiede in der Befolgung der neuen Direktiven führten hier und dort zu klassenkampfartigen Exzessen. Einige Gauleiter, z. B. v. Schirach, versuchten, offenbar aus lokalegoistischen Interessen, die Maßnahmen in ihren Bereichen abzuschwächen. Vor allem aber versagte die Organisation. Weder beeilte sich die Wehrmacht mit der Rekrutierung der Freigestellten, noch war die Vermittlung der Arbeitspflichtigen in die Rüstungsindustrie durch die Arbeitsämter zufriedenstellend. Der von den hohen Funktionären verkündete neue Kurs wurde nur zum Teil realisiert, weil der bürokratische Mechanismus zu umständlich arbeitete. Noch am 29. September 1943 beschlossen

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> Das Folgende nach Goebbels' Tagebuch vom 19. 2. 1943 (ungedruckt) und Lochner, a. a. O., S. 236ff.



Goebbels und Speer, "jetzt den totalen Krieg durch eine Reihe von weniger sensationell erscheinenden Maßnahmen tatsächlich durchzuführen". Das erscheint als eine recht negative Bilanz. Indessen kann trotz aller Einschränkungen daraus nicht gefolgert werden, daß die Proklamierung des "totalen Krieges" zu Anfang des Jahres völlig erfolglos gewesen sei. Das Regime hatte die Krise von Stalingrad ohne nennenswerte Gefährdung von innen durchstanden, und eine Steigerung der Kriegsanstrengungen in Richtung auf das "Totale" war erfolgt. Dazu hatte die Sportpalast-Kundgebung ein gut Teil beigetragen.

Weitere Einzelheiten über die Art, wie Goebbels seine Rede bis in die Morgenstunden des 18. Februar vorbereitete und wie er sich nach Ende der Kundgebung benahm – von einigen Biographen ausführlich geschildert<sup>39</sup> – sind hier nur insofern wichtig, als sie zeigen, daß er sehr genau um sein Ziel, die Hypnose der Massen, und um die dabei anzuwendenden Methoden wußte. Nach der Kundgebung soll er zu seiner Begleitung gesagt haben: "Diese Stunde der Idiotie! Wenn ich den Leuten gesagt hätte, springt aus dem dritten Stock des Columbushauses, sie hätten es auch getan."<sup>40</sup> Welches waren nun die Methoden, die die Menge so hypnotisierten, daß sie ohne Zögern selbst auf die Fragen "Wollt ihr den totalen Krieg? Wollt ihr ihn, wenn nötig, totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt erst vorstellen können?" und "Seid ihr damit einverstanden, daß, wer sich am Krieg vergeht, den Kopf verliert?" ihre Zustimmung bekundete?

Für die Haltung des Publikums ist zunächst die Frage nach seiner Zusammensetzung wichtig. Hagemanns Bemerkung, daß Goebbels neben der "Berliner Parteigarde" auch "mittels Sammeltransporten aus allen deutschen Gauen einige tausend bewährte Anhänger" habe heranführen lassen und daß die einzelnen Gruppen vorher über ihre Reaktionen instruiert worden seien, daß also eine Claque die Steuerung übernommen habe<sup>41</sup>, würde das Problem zwar sehr einfach lösen, kann aber so nicht unwidersprochen bleiben. Gegen die Teilnahme von Nicht-Berlinern spricht zunächst der tatsächliche Redetext, der an verschiedenen Stellen deutlich auf ein Berliner Publikum zugeschnitten war. Wenn solche Partien im amtlichen Text eingeschränkt wurden, dann zeigt das nur das Bestreben, der Akklamation den Schein größerer Allgemeingültigkeit zu geben. Nach der Rede konnte Goebbels überdies feststellen, daß "die Berliner" sich "phantastisch benommen" hätten und daß die Berliner "das politischste Publikum, über das wir augenblicklich im Reich verfügen," seien<sup>42</sup>.

Hinsichtlich eventueller Vorinstruktionen für Gruppen im Publikum sind die Meinungen von Kundgebungsteilnehmern und Kennern der Situation nicht ganz



<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Stephan, a. a. O., S. 260; Rieß, a. a. O., S. 350 ff.

<sup>40</sup> Rieß, a. a. O., S. 356; ähulich Manvell/Fraenkel, a. a. O., S. 299 f.

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> Hagemann, a. a. O., S. 464. Auch Rieß, a. a. O., S. 351, will wissen, daß "ein paar hundert Mann Claque installiert" gewesen sei, "wie übrigens bei allen seinen [Goebbels'] Reden".

<sup>&</sup>lt;sup>42</sup> Goebbels' Tagebuch vom 19, 2, 1943 (ungedruckt).

einheitlich 48. Stephan hält es für möglich, "daß Funktionäre zur Herzstärkung herbeizitiert worden sind" und "daß der Gau Berlin den einen oder anderen Sprechchor vorbereitet hat". Von Schirmeister meint, "etwas "Claque"... war eigentlich immer bei diesen großen Sportpalast-Kundgebungen ... Ein paar hundert waren dazu nicht nötig". Der ehemalige Leiter der Filmabteilung des Propagandaministeriums, Dr. Fritz Hippler, hält Instruktionen für das Verhalten des Publikums "für unwahrscheinlich", während Friedrich-Christian Prinz zu Schaumburg-Lippe, der seinerzeit selbst Propagandaredner gewesen ist, sogar von einem ausdrücklichen, parteiamtlichen Verbot, "Personengruppen in Versammlungen zu kommandieren", wissen will. Alle sind sich indessen darin einig, daß eine Claque, unabhängig davon, ob sie vorhanden war oder nicht, völlig unnötig war. Denselben Eindruck hatten auch Journalisten, die beobachtend an der Kundgebung teilnahmen.

Der erhaltene Filmstreifen aus der Wochenschau kann das nur bestätigen. Man sieht dort Zuschauer, die in ihrer Masse bereit sind, Beifall zu geben. Sie bedurften keiner Steuerung durch Gruppen aus dem Auditorium, sondern ließen sich das Signal zum Applaus vom Redner geben, der die Erregung geschickt steigerte, bevor er Gelegenheit zur Zustimmung gab. Die Reaktionen, das Aufspringen von den Sitzen, das Armerheben, das Schreien und die Sprechchöre ("Führer befiehl, wir folgen!") kamen unvermittelt aus dem ganzen Saal. Dabei war der Beifall viel mehr eine Selbstbestätigung als eine Anerkennung für den Redner. Die Massen gerieten mehr und mehr in eine rauschähnliche Ekstase, durch die sie sich selbst befriedigten. Hippler bemerkt dazu: "Goebbels hatte seine Kernsätze und Fragen so formuliert und rhetorisch so akzentuiert, daß in dieser historischen Situation [nach Stalingrad] und vor diesem Publikum mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit spontane Akklamationen zu erwarten waren; daß sie an Hysterie grenzende Formen annahmen, war eine Überkompensation der heraufdämmernden Verzweiflungsstimmung."

Wenn so die Frage nach vorhanden gewesener Claque zwar nicht entschieden, aber doch als unwesentlich erkannt ist, bleibt weiterhin die Zusammensetzung des gesamten Publikums zu klären. Goebbels vermerkte im Tagebuch, daß fast das gesamte Reichskabinett, eine Reihe von Reichs- und Gauleitern und fast alle Staatssekretäre anwesend waren. In seiner Rede erwähnte er Speer, Ley und Sauckel, die auch auf dem Filmstreifen erscheinen. Überdies sprach er von den "reihenweise" vor ihm sitzenden Verwundeten, Rote-Kreuz-Schwestern, Eichenlaub- und Ritterkreuzträgern, Rüstungsarbeitern und -arbeiterinnen, Parteiangehörigen, Soldaten, Ärzten, Wissenschaftlern, Künstlern, Ingenieuren, Architekten, Lehrern, Beamten, Angestellten und von den "über das ganze Rund des Sportpalastes verteilten" Frauen, Jugendlichen und Greisen. Er bezeichnete die Anwesenden als

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup> Das Folgende nach Mitteilungen der Herren Werner Stephan (14. 5. 1959), Moritz von Schirmeister (8. 6. 1959), Dr. Fritz Hippler (7. 6. 1959), Friedr.-Chr. Prinz zu Schaumburg-Lippe (25. 6. 1959), Fritz Sänger (24. 5. 1961), Dr. Hans-Joachim Kausch (28. 5. 1962), Peter Raunau (30. 5. 1962) an den Vf.



einen "Ausschnitt aus dem ganzen deutschen Volk" und ließ sich diese Charakterisierung sogleich von ihnen selbst bestätigen<sup>44</sup>.

Das war freilich eine Repräsentation des Volkes, die nicht zufällig so versammelt war. Goebbels selbst bezeichnete die Zuhörer mehrfach als "eingeladen". Die Einladungen waren vermutlich, wie es bei solchen Anlässen üblich war, von den Parteiorganisationen verteilt worden, und zwar nach einem Schlüssel, der sich in Goebbels' Aufzählung widerspiegelte. Lazarette, Wehrmachtsdienststellen, nationalsozialistische Unterorganisationen und Berufsverbände wurden dabei eingeschaltet<sup>45</sup>. Damit war ein Publikum geschaffen, das – auch ohne genaue Direktiven – ein gewisses Maß an Bereitschaft zum "Mitmachen" besaß. Kritiker des Regimes, Desinteressierte oder Enttäuschte gingen nicht, zumindest bildeten sie, wenn sie tatsächlich dabei waren, in der Menge der Konformisten eine verschwindende Minderheit. Mit dieser Zusammensetzung war die Voraussetzung für einen Propagandaerfolg gegeben, wenn freilich auch zum Erreichen der Ekstase noch sehr viel mehr hinzuzukommen hatte.

Bei den Anwesenden, die wegen ihrer Popularität auffielen, also bei Wissenschaftlern, Künstlern und besonders bei Schauspielern, wird man diese Voraussetzung vielleicht nicht so einfach unterstellen dürfen. Es gehörte von Anfang an zur Praxis nationalsozialistischer Propaganda, solche Persönlichkeiten einzuspannen, wobei ein Sich-Versagen unangenehme Folgen haben konnte. Bei aller Verachtung, die Hitler und seine Partei für die Intelligenzschichten des Volkes immer wieder zur Schau trugen, legte Goebbels aus optischen Gründen stets besonderen Wert auf das Erscheinen von führenden Vertretern des geistigen Lebens<sup>46</sup>. Wie sehr indessen auch in diesen Kreisen die Ekstase geteilt werden konnte, zeigt das Beispiel des Schauspielers Heinrich George, der sich während der Kundgebung "vor Begeisterung kaum lassen konnte, auf einen Stuhl stieg und mit seinem Halstuch winkte, das er sich heruntergerissen hatte".

Als zweite günstige Voraussetzung neben der Zusammensetzung des Publikums kam dann die räumliche Atmosphäre hinzu. Das überlieferte Film- und Bildmaterial hat die Szenerie des Vorgangs in Ausschnitten und Totalperspektiven festgehalten. Ein Mittelgang teilte die Zuhörer in zwei Hälften. Vorn befand sich breit die Rednertribüne, nur mit Hakenkreuzfahnen geschmückt, hinter der Rednertribüne hing das einzige Spruchband im ganzen Raum: "Totaler Krieg kürzester Krieg", im übrigen gab es nur eine geringe Ausschmückung durch Girlanden. Der nüchterne Raum entsprach dem Thema der Kundgebung und ermöglichte eine absolute Konzentration der Beteiligten – die Vorbedingung der Suggestion. Hier bewährte



<sup>&</sup>lt;sup>44</sup> Die Entgleisung im Redetext: "Allerdings Juden sind hier nicht vertreten", die logischerweise deren Zugehörigkeit zur Nation involvierte, fehlt im amtlichen Text.

<sup>&</sup>lt;sup>45</sup> Das ergibt sich auch aus den in Anm. 43 genannten Mitteilungen an den Vf.

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup> Für die Kundgebung vom 18. 2. 1943 besonders bezeugt durch die in Anm. 43 genannten Mitteilung Herrn von Schirmeisters. Danach auch das Folgende. Ein Photo im Hamburger Tageblatt vom 19. 2. 1945 zeigt als teilnehmende "Vertreter der Kunst": Eugen Klöpfer, Theodor Loos und Franz Grothe.

sich erneut die seit frühen Jahren entwickelte besondere Fähigkeit der Nationalsozialisten, schon durch äußere Mittel eine starke propagandistische Wirkung zu
erzielen<sup>47</sup>. Zu der optischen Szenerie kam als weiterer wichtiger Faktor das Zusammensein der Menschen in der Masse mit seinen psychologischen Auswirkungen.
Presseberichten zufolge waren 15000 Personen im Sportpalast versammelt<sup>48</sup>. Das
gab den einzelnen Teilnehmern das Empfinden, Teilglied eines großen Organismus
zu sein, der eine geschlossene Willenskundgebung vollzog. Was den Individualisten
in panikartige Stimmung versetzen kann, erzeugt bei Konformisten ein grenzenloses Machtbewußtsein. Durch die Identifizierung der Masse mit dem suggestiven
Redner, durch Entschlossenheit und Zustimmung wurde die gesamte Versammlung
selbst zum Handlungsträger, was sich in der Ekstase manifestierte<sup>49</sup>.

Ein spezifisches Publikum und eine spezifische Atmosphäre waren so die Voraussetzungen für die Rede selbst, die ihrerseits wieder geschickt auf Wirkung berechnet war. Inhalt, Gliederung, Formulierungen, Rhetorik und Gestik waren darauf abgestimmt, das Auditorium mitzureißen. Goebbels begann mit einer Bezugnahme auf seine Rede vom 30. Januar 1943, an der die letzten Verteidiger Stalingrads über den Rundfunk noch teilgenommen hätten, und knüpfte an das Lob der Soldaten die Verpflichtung, das Unglück zu ertragen und zu überwinden. Beiläufig suggerierte er seinen Zuhörern als Dogma, daß ein Volk, das diese Verpflichtung erfülle, unbesiegbar sei. Nach dieser Einleitung versprach er, ein "ungeschminktes Bild der Lage" zu geben, wobei er durch die Bemerkung, daß "das geschulte und disziplinierte deutsche Volk" die "volle Wahrheit vertragen" könne, eine Basis des Vertrauens konstruierte. Möglichen Zwischenfragen, die sich unausgesprochen bei den Teilnehmern erheben konnten, nämlich nach der Schuld für Stalingrad und nach dem Sinn des Opfers, beugte er vor: die Zeit für solches Fragen sei noch nicht gekommen, und die Zukunft werde beweisen, warum Stalingrad "nicht umsonst" gewesen sei. Die Ereignisse im Osten stellten indessen unbestreitbar "eine schwere militärische Belastung" dar. Ihre Bedeutung läge darin, daß der "Ansturm der Steppe gegen unseren ehrwürdigen Kontinent" mit unvorstellbarer Wucht losgebrochen sei. Die Gefahr für Deutschland, den Nationalsozialismus und das Regime interpretierte Goebbels also unvermittelt als abendländische Gefahr, womit er indirekt an Traditionsempfindungen, an Stolz und Verantwortungsgefühl appellierte. Die deutsche Wehrmacht mit den Verbündeten bildeten "den einzigen überhaupt in Frage kommenden Schutzwall", meinte Goebbels und weckte damit zugleich die Vorstellung von einer missionarischen Sendung Deutschlands und seiner Satelliten.

Im folgenden Teil der Rede wurde diese Behauptung dann noch einmal thesenartig ausgeführt: 1. Europa sei der bolschewistischen Weltgefahr ausgesetzt, was

<sup>&</sup>lt;sup>49</sup> Eine gute Charakterisierung solcher Vorgänge bei Adolf Hitler, Mein Kampf, S.536f.; vgl. auch Schmeer, a. a. O., S. 44f.



<sup>&</sup>lt;sup>47</sup> Vgl. Karlheinz Schmeer, Die Regie des öffentlichen Lebens im Dritten Reich, München 1956, S. 122ff.

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup> Vgl. Völkischer Beobachter, 20. 2. 1945. Nach Auskunft der Pressestelle des Sportpalasts faßt die Halle heute im Höchstfell (bei Boxveranstaltungen) 9000 Besucher.

gleichbedeutend mit der "Weltrevolution der Juden" wäre; es drohe eine "bolschewistisch-kapitalistische Tyrannei", das heiße "Terror" und "Anarchie", "Hunger", "Elend" und "Zwangsarbeit". 2. Alle anderen Staaten wären nicht in der Lage, "den motorisierten Roboterdivisionen" entgegenzutreten. In England gewänne der Kommunismus bereits an Boden, und das "Judentum", hier im "plutokratisch-kapitalistischen" Gewande, habe die angelsächsischen Staaten schon weitgehend "durchsetzt". Wieder suggerierte Goebbels ein Dogma: es gäbe nur die Wahl "zwischen einem unter dem militärischen Schutz der Achse stehenden und einem bolschewistischen Europa". Aus diesen zwei Prämissen zog er dann als 3. These die Konsequenz: "Es muß schnell und gründlich gehandelt werden, sonst ist es zu spät." Damit leitete er über zum nächsten Teil der Rede, der den Erfordernissen des "totalen Krieges" gewidmet war.

Bevor Goebbels jedoch Einzelheiten des neuen Lebensstiles erörterte, bereitete er seine Zuhörer auf die Radikalität der Methoden vor: unaufdringlich spielte er mögliche Klassengegensätze aus ("Es muß jetzt zu Ende sein mit den bürgerlichen Zimperlichkeiten . . . Es ist jetzt die Stunde gekommen, die Glacéhandschuhe auszuziehen und die Faust zu bandagieren."), ließ den Zweck alle Mittel heiligen ("Die Frage ist also nicht die, ob die Methoden, die wir anwenden, gut oder schlecht sind, sondern ob sie zum Erfolge führen.") und stellte die Arbeiter als die Treibenden hin, denn sie hätten der Regierung den Vorwurf gemacht, daß diese "zu rücksichtsvoll" vorgehe. Nach einer Wiederholung der bereits an der Frontseite des Raumes stehenden Lockparole: "Der totalste Krieg ist auch der kürzeste!" folgte dann die Anprangerung der Sündenböcke, der Drückeberger und Faulenzer. Geschickt stimmte Goebbels seine Worte auf eine volkstümliche Kritik an gewissen Schattenseiten des öffentlichen Lebens ab: er zog her über Leute, die "in Amüsierlokalen herumsitzen", die "die Pflege ihres Magens als Hauptaufgabe" ansähen, die in Luxus- und Repräsentationsgeschäften herumständen und nichts zu verkaufen hätten, es sei denn gegen Butter oder Eier. Er kritisierte den überflüssigen Schönheitskult in Mode- und Frisiersalons und die Bürokratie, die sich noch wochenlang mit "albernen Arbeiten" wie der Eindeutschung von Fremdwörtern beschäftige. Im Tiergarten könne man morgens noch "Kavalkaden" von Reitern vorbeigaloppieren sehen, in den Kurorten "räkelten" sich "wochenlang" Leute herum und tratschten sich Gerüchte zu, und "arbeitslose Vergnügungsreisende" nähmen die Plätze in der Eisenbahn ein. Freilich sollten - als Trostpflaster - die "geistigen und seelischen Erholungsstätten des Volkes" wie Theater, Kinos, Konzertsäle nicht geschlossen werden (womit zugleich eine Einschränkung der Propagandamöglichkeiten vermieden wurde).

Nach dieser populären Kritik konnte Goebbels wieder ernstere Töne anschlagen und die wichtigsten Maßnahmen, die getroffen worden waren, kommentieren: die Zusammenlegung der Wirtschaft, die Umschichtung (neue Arbeiter in die Rüstungswirtschaft, freigewordene Arbeiter an die Front) und die Frauenarbeitsdienstpflicht. Indem er die Arbeitsfähigkeit der Frauen pries und ihnen Schmeicheleien sagte, konnte er zugleich die Feststellung wagen, daß "ärztliche Atteste . . .



nicht als vollwertig angenommen" würden und auch sogenannte "Alibi-Arbeit" (an der Arbeitsstelle von Verwandten und Bekannten) nicht akzeptiert werden könne. Überdies, und damit nahm er erneut die spätere Akklamation vorweg, wolle das Volk, "daß durchgreifend und schnell gehandelt wird".

Nach der geläufigen historischen Pseudoparallele Zweiter Weltkrieg - Siebenjähriger Krieg setzte Goebbels schließlich zum letzten Teil der Rede mit den zehn Fragen als Höhepunkt an. Die Menge bestätigte den Glauben an den Sieg; die Bereitschaft zum Kampf; die Entschlossenheit zu höherer Arbeitsleistung; den Willen zum totalen Krieg; das absolute Vertrauen zum Führer; die Bereitschaft zur Stärkung der Ostfront durch Menschen und Waffen; die Verpflichtung der Heimat, der Front alles, was zum Sieg nötig sei, zu geben ("Gelöbnis mit heiligem Eid"); die Notwendigkeit der Frauenarbeitsverpflichtung; die Notwendigkeit radikalster Maßnahmen gegen "Drückeberger und Schieber"; die Notwendigkeit einer gleichmäßigen Belastung aller Deutschen in der Heimat. Die Fragen waren psychologisch gut vorbereitet. Goebbels motivierte sie mit angeblichen Behauptungen der englischen und amerikanischen Presse über die mangelnde Kriegsbereitschaft der Deutschen in der Krise. Zwar habe er es nicht nötig, "den Gegenbeweis zu führen", wolle aber doch "zur Steuerung der Wahrheit" Fragen stellen. Die ersten fünf Fragen wurden jeweils noch einmal durch eine provozierende Behauptung, angeblich aus der englischen Presse, eingeleitet. Außerdem machte Goebbels die Zuhörerschaft, soweit das überhaupt bei der längst erzeugten Begeisterung noch nötig war, durch die bereits erwähnte "Feststellung" ihrer repräsentativen Zusammensetzung antwortbereit. Dadurch daß die Teilnehmer zu einer Art Gesamtvertretung des deutschen Volkes erklärt wurden, fühlten sie sich als gewichtige Sprecher. Was nach der Beantwortung der Fragen noch gesagt wurde, war ein befriedigtes, anerkennendes, großsprecherisches Resümee (abermals in die Form eines Gelöbnisses der Heimat gegenüber der Front gekleidet), ein zuversichtlicher Ausblick auf die Zukunft mit dem "greifbar nahe" liegenden Sieg und die nochmalige Formulierung des "Gebots der Stunde" in Gestalt des Körner-Wortes: "Nun Volk, steh auf, und Sturm, brich los!"

Der Inhalt der Rede läßt sich somit kurz auf folgende Formel bringen: Beschwörung der Gefahr, die dem Abendland aus dem Osten drohe – Notwendigkeit von empfindlichen Eingriffen in das private und öffentliche Leben der Bevölkerung – Bestätigung der absoluten Bereitschaft des Volkes zum "totalen Krieg". Dabei fällt auf, daß das oft berufene, von Roosevelt kurz zuvor proklamierte Prinzip der bedingungslosen Kapitulation nicht zur Erzeugung der bedingungslosen Kriegsbereitschaft herangezogen, ja in der Rede überhaupt nicht einmal erwähnt wurde. Schon dadurch wird die These, daß Roosevelt und Churchill in Casablanca Wasser auf die Mühlen der deutschen Propaganda geleitet hätten, fragwürdig. Es lohnt sich, einmal genauer nachzuprüfen, warum von der Casablanca-Formel damals kein Gebrauch gemacht wurde. Die erste Antwort ergibt sich aus der Rede selbst: Goebbels hatte seine Zuhörer vollkommen auf die Gefahr aus dem Osten konzentriert und konnte damit nach der Katastrophe von Stalingrad mehr erreichen



als durch Nennung anderer vager Eventualgefahren in ferner Zukunft. Er sprach zwar auch über angebliche westliche Kriegsziele, aber nur so weit diese die "Bolschewisierung Europas" vorsähen – womit er wieder beim Hauptthema war.

Der zweite und entscheidendere Grund für die Ignorierung von Unconditional Surrender war aber, daß die deutsche Propaganda – entgegen westlichen Auffassungen<sup>50</sup> – dies Prinzip gar nicht für propagandawirksam hielt, ja zunächst gar nicht verstanden hatte. Die erhaltenen Direktiven des Propagandaministeriums für die deutsche Presse bezeugen das für die Monate Januar und Februar 1943 ganz eindeutig<sup>51</sup>. Am 27. Januar, drei Tage nach der Verkündung der Formel, wurde den Journalisten mitgeteilt, "Roosevelt habe dem Treffen von Casablanca den Namen "Treffen der bedingungslosen Übergabe" gegeben. Wahrscheinlich habe er damit die Verräterei der französischen Generäle [nach der alliierten Invasion in Nordafrika] bezeichnen wollen. Es werde falsch sein, eine allzu ironische Betrachtung zu geben, aber auch falsch, sie allzu ernst anzulegen." Nachdem Churchill am 11. Februar vor dem Unterhaus über die Konferenz berichtet und dabei die Kapitulationsforderung unmißverständlich wiederholt hatte, hieß es am Abend desselben Tages in der Pressekonferenz: "Aus der Churchill-Rede sind bemerkenswert a) die Ausführungen über die U-Bootgefahr,
 b) über die Übergabe des Oberbefehls an Eisenhower . . . Diese beiden Punkte stehen im Mittelpunkt der polemischen Erörterungen mit dem Londoner Sowjettrabanten Churchill, die ohne besondere Hervorhebung zu behandeln sind." Nachdem auch Roosevelt die Formel öffentlich wiederholt hatte, bezeichnete das Propagandaministerium am 13. Februar dessen Rede als "inhaltlich nicht bedeutsam und ausschließlich propagandistischen Zwekken dienend". "Die Rede wird in der deutschen Presse dementsprechend nur kurz zu behandeln sein . . . "

Es kann also nicht die Rede davon sein, daß Goebbels damals durch die Casablanca-Formel willkommene Schützenhilfe erhalten hat. Wie hätte auch ein propagandistischer Hinweis auf die alliierte Forderung, die die später beabsichtigte Behandlung Deutschlands gar nicht näher spezifizierte und mehr formale Bedeutung hatte, wirksam sein können, wo Goebbels längst vorher mit angeblichen westlichen Ausrottungsplänen demagogisch operiert hatte<sup>52</sup>. Demgegenüber wäre Uncondi-

Vierteljahrsbefte 3/1



<sup>50</sup> Nach dem "Völkischen Beobachter" vom 21. 2. 1943, S. 2, hatte die schwedische Zeitung "Aftonbladet" berichtet, daß man in London die Goebbels-Kundgebung "als die deutsche Antwort auf die von den Anglo-Amerikanern in Casablanca proklamierte 'bedingungslose Kapitulation" ansähe. Vgl. auch den Ausspruch Churchills vom 23. 1. 1943 in Casablanca: "Ausgezeichnet! Ich kann mir vorstellen, wie Goebbels und die ganze Gesellschaft toben werden!", nach Elliott Roosevelt, Wie er es sah, Zürich 1947, S. 151 f.

<sup>51</sup> Das Folgende nach den im Besitz von Herrn Fritz Sänger befindlichen, bislang unveröffentlichten Presseanweisungen des Propagandaministeriums, in die der Vf. dankenswerterweise Einsicht erhielt.

<sup>52</sup> Eine Durchsicht der Presseanweisungen auf eine mögliche spätere Verwendung der Formel wäre wünschenswert. Es ist jedenfalls offenbar, daß die Formel in den Wochen nach ihrer tatsächlichen Verkündung nicht aufgegriffen wurde, während zwanzig Monate später der nur angeblich unterzeichnete Morgenthau-Plan erheblich propagandistisch ausgeschlachtet wurde.

tional Surrender nur eine Verharmlosung gewesen. Freilich ist nicht ausgeschlossen, daß Kritiker des Regimes, die zwischen den Zeilen lasen und die Propaganda für das nahmen, was sie war, stärker von der alliierten Proklamation betroffen waren. Für die breite Öffentlichkeit aber trat damals die Casablanca-Formel kaum ins Bewußtsein, und die Zuhörer im Sportpalast dürften schon auf Grund ihrer Zusammensetzung am allerwenigsten davon beeinflußt worden sein. Wenn eine Verzweiflungspsychose zur Akklamation geführt hat, dann war sie aus Stalingrad erwachsen, nicht aus Casablanca, und Goebbels wußte den Hebel richtig anzusetzen<sup>58</sup>.

Seine Taktik, die Katastrophe als solche zu charakterisieren und nicht zu beschönigen (ohne freilich dabei die Fehler der Führung einzugestehen), mußte in der Tat eine wirksame Einstimmung ergeben. In den ersten drei Kriegsjahren war die Bevölkerung mit frohlockenden Siegmeldungen überschüttet worden. Krisen wie die des ersten Winterfeldzuges in Rußland waren der Öffentlichkeit gegenüber verniedlicht worden, und neue Erfolge schienen dem Optimismus der Propaganda immer wieder rechtzugeben. Das Eingeständnis der Niederlage von Stalingrad konnte die Gutgläubigen, denen die Erfolgsnachrichten schon zur abstumpfenden Gewohnheit geworden waren, schockieren und aufrütteln. Da jetzt die pessimistische Note nicht nur wie vorher von den sogenannten "Defaitisten" ausging, sondern von der Regierung selbst, horchte man auch vertrauensvoll auf die von der Regierung ausgegebenen Direktiven, die das Schicksal wiederum zugunsten der Achsenmächte wenden sollten. Das zwiespältige Gefühl zwischen dem Glauben an die schönfärbende Propaganda und Zweifeln an der Kontinuität der Erfolge konnte jetzt der Vorstellung weichen, daß man keineswegs die eigene Verwundbarkeit verkenne, sondern den Gefahren in die Augen schaue. Den "Miesmachern" war der Wind aus den Segeln genommen. Freilich verlagerte sich im Grunde der Selbstbetrug nur: während viele bisher geglaubt hatten, die Entwicklung verliefe günstig, glaubten sie nun, daß die Gefahren nur erkannt und die Reserven stärker mobilisiert werden müßten, um wieder große Erfolge zu erzielen. Da war auch der Punkt, wo Goebbels aufhörte, "die ungeschminkte Wahrheit" zu sagen. Mit der Behauptung, "daß eine erkannte Gefahr zur Hälfte schon eine gebannte Gefahr ist" (im

<sup>53</sup> Die vom Vf. früher vertretene Ansicht, daß die Unconditional-Surrender-Forderung der Goebbelsschen Propaganda effektiv zugute gekommen sei (vgl. Anm. 2), soll hier revidiert werden. Die damals angeführten Tagebuchaufzeichnungen von Goebbels vom 21., 26. und 27. März 1942 (Lochner, a. a. O., S. 136, 140, 142) beziehen sich in erster Linie auf eine Rede Vansittarts im Oberhaus und datieren überdies aus dem Jahre vor der Sportpalast-Kundgebung. Goebbels weist dort – wie auch später noch allgemein – darauf hin, daß er aus der westlichen Propaganda, die sich zum Teil gegen Deutschland überhaupt zichtete, nicht nur gegen den Nationalsozialismus, großen Nutzen ziehe, was vom Vf. vorschnell auch auf die Unconditional-Surrender-Forderung bezogen wurde. Aus den Tagebucheintragungen des Jahres 1943 ergibt sich jedoch keine nennenswerte Reaktion auf die Casablanca-Formel, womit die aus den Presseanweisungen gezogenen negativen Schlüsse gestützt werden. Vgl. jetzt auch Anne Armstrong, Unconditional Surrender, The Impact of the Casablanca Policy upon World War II, New Brunswick 1961, eine umfassende, aber leider recht oberflächliche Untersuchung.



offiziellen Text noch schärfer: "... eine erkannte Gefahr bald schon eine gebannte Gefahr..."), begann er unmittelbar darauf mit einer neuen Art von Schönfärberei, dem Bau von Luftschlössern, die als Köder wirkten <sup>54</sup>. Goebbels' "Wahrheit" hatte also nur taktische Bedeutung; darin liegt ein wesentlicher Unterschied zwischen seiner Rede und der "Blut, Schweiß und Tränen"-Rede Churchills im Frühjahr 1940.

Wie viel für Goebbels die "Wahrheits"-Taktik bedeutete, ja wie willkommen ihm in gewisser Weise sogar die Mißerfolge an der Front waren, geht aus zwei bislang unveröffentlichten Tagebuchpartien hervor. Am 1. März 1943 diktierte er: "Es ist für uns jetzt nicht mehr möglich, weiterhin die pessimistische Tour zu gehen. Wir lassen deshalb... einige hoffnungsvollere Töne anklingen. Ich tue das mit einem weinenden und einem lachenden Auge. Es wäre mir lieber, wenn wir die etwas schwarz gefärbte Darstellung beibehielten; denn um so leichter wird es möglich sein, die Totalisierungsmaßnahmen im deutschen Volk und vor allem in den führenden Kreisen durchzusetzen." Zwei Tage später: "Eine spanische Zeitung schreibt mit Recht, daß im Gegensatz zur ersten Hälfte des Krieges, in der Propaganda mit Optimismus gemacht wurde, nunmehr Propaganda mit Pessimismus gemacht würde ... Diese Ansicht ist ja gar nicht so unrichtig. Jedenfalls, so stellt die spanische Zeitung fest, während man früher immer 50 Prozent an den Erfolgen abzuehen mußte, sei man jetzt gezwungen, 50 Prozent an den Mißerfolgen abzuziehen. So wandeln sich die Zeiten."

Die vorstehende Inhaltsangabe der Rede könnte in ihrer Kürze den Eindruck erwecken, als habe Goebbels seine Gedanken konsequent aufgebaut und so seine Zuhörer rational überzeugt. Das trifft jedoch nicht zu. Zwar war die große Dreigliederung des Inhalts vorhanden, aber der Aufbau war mehr auf psychologische Momente als auf sachliche gegründet. Bei genauerem Zusehen läßt sich leicht erkennen, daß gleiche Thesen in allen Teilen wiederholt wurden und daß scheinbar logisch abgegrenzte Abschnitte im Grunde das Gleiche enthielten oder sich doch wenigstens teilweise inhaltlich deckten. So wiederholte sich des öfteren der Rückblick auf die "Kampfzeit der Bewegung", die bewiesen habe, daß Entschlossenheit zum Erfolge führe; oder die These von der Verpflichtung, das Abendland vor dem Bolschewismus zu erretten; oder das Klischee von der "jüdischen Weltverschwörung", die hinter Bolschewismus und "Plutokratie" stände; oder die Forderung, den "bolschewistischen Methoden" mit gleichen Methoden entgegenzutreten; oder der Hinweis darauf, daß das Volk schon seine Bereitschaft zum totalen Krieg deutlich zu erkennen gegeben habe usw. Immer wieder wurde wenig Inhalt in der Formulierung variiert und erneut verwendet.

Die "drei Thesen des Kampfes im Osten" waren nicht sauber voneinander getrennt, sondern eng einander zugeordnet, zum Teil austauschbar, wie z. B.: 1. "Wäre die deutsche Wehrmacht nicht in der Lage, die Gefahr aus dem Osten zu brechen, so wäre damit das Reich, in kurzer Folge ganz Europa dem Bolschewismus ver-



<sup>56</sup> Vgl. auch Stephan, a. a. O., S. 260, 277.

fallen" und 2. "Die deutsche Wehrmacht und das deutsche Volk allein besitzen mit ihren Verbündeten die Kraft, eine grundlegende Rettung Europas aus dieser Bedrohung durchzuführen." Immer wieder wurden die Akzente geringfügig verschoben, wobei ein bißchen Neues hinzukam. Selbst die zehn Fragen – eigentlich elf, denn die erste wurde in zwei Fragesätzen formuliert und beantwortet – waren nach diesem Prinzip aufgebaut. So wurde die Unterstützung des "Führers" in den Fragen 1–3 und nochmals in Frage 5 gefordert. In Frage 5 verlangte Goebbels die Zustimmung zu seiner Forderung, bis zu sechzehn Stunden täglich zu arbeiten "und das Letzte für den Sieg herzugeben", gleich darauf verlangte er die Zustimmung zum "totalen Krieg", die das Vorhergegangene involvierte, und in Frage 7 folgte noch einmal das Verlangen, der Front alles zu geben, was sie zum Siege nötig habe.

Die Gliederung der Rede war also schon durchaus demagogisch und auf emotionale Effekte hin ausgerichtet, nicht auf inhaltsreiche Gedankenreihen und Argumentationen. Die drei Teile der Rede lassen sich am besten so überschreiben: theoretisch-lehrhaft gebotene Voraussetzungen - moralisierend vorgetragene Konsequenzen - Aufforderung zum Bekenntnis. Die suggestive Gesamtanlage fand eine weitere Verstärkung durch Einzelformulierungen, durch die Wahl der Worte und durch die Fügung der Sätze. Alle rhetorischen Möglichkeiten, die Goebbels in langer Propagandatätigkeit einstudiert hatte, fanden hier Verwendung. Wie ein Feuerwerk rollte die Rede ab, wobei sich die Effekte bis zum Höhepunkt steigerten. Von vornherein appellierte Goebbels an die Gefühle seiner Zuhörer. Er wollte tiefe seelische Schichten ansprechen, nicht die Ratio: "Ich möchte zu ihnen allen aus tiefstem Herzen zu tiefstem Herzen sprechen . . . Ich will deshalb meine Ausführungen auch mit dem ganzen heiligen Ernst und dem offenen Freimut . . . ausstatten." Hatte er anfangs sein Publikum noch in der dritten Person angeredet, so ersetzte er diese Förmlichkeit später wie selbstverständlich durch die vertraulichere Anrede in der zweiten Person: "Ich frage Euch . . .", und am Ende war jede Distanz zwischen Podium und Zuhörerreihen gewichen: "Wir alle, Kinder unseres Volkes, zusammengeschweißt mit dem Volke . . ., wir geloben . . . "

Geschickt wußte Goebbels die kämpferischen und revolutionären Schichten in den Seelen seiner Zuhörer anzurühren: durch "Kraft, feste Entschlossenheit und eine seelische und kämpferische Aktivität" und "mit revolutionärem Elan" seien "alle Schwierigkeiten und Hindernisse" zu überwinden. Unversehens wurden auch schon gleich zu Anfang sakrale Momente in den Text der Rede verwoben, die der Kundgebung den Charakter einer Kulthandlung verliehen: Goebbels versprach, mit "heiligem Ernst" zu reden; der Kampf ginge um die "heiligsten Güter" des deutschen Volkes, um "seine Familien, seine Frauen und seine Kinder, die Schönheit und Unberührtheit seiner Landschaft . . ."; der Frauen "heiligste Güter", ihre Kinder, würden "durch den Einsatz des kostbarsten Blutes unseres Volkes beschirmt"; der gegenwärtige Kampf sei eine "geschichtliche Mission". Vollends offenbarten das die zehn Fragen, die "Glauben", "gläubiges Vertrauen" und ein Gelöbnis "mit heiligem Eid" verlangten.

Dazu kam der Appell an die Verantwortung, der den Zuhörern ein Gefühl für



die Bedeutsamkeit ihrer Zustimmung suggerierte. Goebbels sprach von der "tiefen, schicksalhaften Bedeutung" der Zeit, von dem "Ernst der schicksalhaften Problematik", vom "Schicksalskampf", vom "geschichtlichen Auftrag" und von der "größten Schicksalsstunde unserer nationalen Geschichte". Motiviert wurden diese Worte durch die unermüdlich wiederholten Hinweise auf die abendländische Verpflichtung Deutschlands und seiner Verbündeten: "Eine zweitausendjährige Aufbauarbeit der abendländischen Menschheit" sei in Gefahr, und wenn man dieser-Gefahr nicht Herr würde, sähe man "den ehrwürdigsten Erdteil in seinen Grundfesten wanken und unter seinen Trümmern das geschichtliche Erbe der abendländischen Menschheit begraben". Alles hänge von der Entscheidung des Augenblicks ab. In kurzen Zwischensätzen hämmerte Goebbels der Menge immer wieder die Dringlichkeit der momentanen Aktion ein: "Die Stunde drängt", "Gefahr ist im Verzuge", "Der totale Krieg ist also das Gebot der Stunde", "Die Stunde aber drängt, Eile ist ihr Gebot", "Es ist Zeit, den Säumigen Beine zu machen . . . Wirkönnen nicht warten", "Wir müssen den Augenblick und die Stunde nützen", "Das ist das Gebot der Stunde" usw.

Sehr wirksam mußte überdies der Appell an eine soziale Gerechtigkeit sein, wobei klassenkämpferische Töne deutlich anklangen. Goebbels konfrontierte "die breiten arbeitenden Massen" des Volkes mit "einer bestimmten Volksschicht", die noch an einem hohen, "manchmal fast friedensmäßigen inneren Lebensstandard" interessiert sei. Die "nationalsozialistische Gerechtigkeit" nehme "keine Rücksicht auf Stand oder Beruf. Arm und reich und hoch und niedrig müssen in gleicher Weise beansprucht werden". "Ein kleiner passiver Teil" der Bevölkerung, der sich "an der Verantwortung des Krieges vorbeizudrücken versucht", wurde angeprangert. Frauen, "auch wenn sie aus bevorzugten Kreisen" stammten, könnten sich zur Verfügung stellen. Dies sozialistische Moment, für Goebbels aus frühen Jahren der Kampfzeit noch geläufig, konnte, gerade weil es im Dritten Reich ignoriert worden war, jetzt um so stärker Anklang finden.

Bei allem setzte Goebbels mit uneingeschränkter Selbstverständlichkeit voraus, daß die Bereitschaft zum totalen Krieg in der Breite des Volkes längst schon aus eigenem Antrieb vorhanden war: Das deutsche Volk "will eine spartanische Lebensführung", und "viele Millionen bester deutscher Frauen... warten mit Ungeduld darauf, daß ihre Reihen baldigst durch neuen Zuzug vermehrt und ergänzt werden". Er bezeichnete sich als "glücklich, dieses Programm des Sieges [1] einem Volke vortragen zu dürfen, das diese Maßnahmen nicht nur willig auf sich nimmt, sondern sie fordert, und zwar dringender, als das je im Verlauf des Krieges der Fall gewesen ist. Das Volk will, daß durchgreifend und schnell gehandelt wird". Indem sich der Redner so zum Sprachrohr der vorgeblichen Volksmeinung machte, suggerierte er zugleich vertrauensvolle Übereinstimmung zwischen Volk und Führung und schmeichelte durch indirektes Lob. Das hinderte ihn freilich nicht, die angeblich bereits überwältigende Freiwilligkeit noch ein wenig stärker zu ermuntern: "Das heißt aber nicht, daß nur diejenigen, die im Gesetz genannt, überhaupt nur arbeiten dürfen. Jeder ist uns willkommen . . . Die Regierung kann nur die



Jahrgang 12 (1964), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964\_1.pdf

größeren Rahmengesetze schaffen. Den Rahmengesetzen Inhalt und Leben zu geben, das ist die Aufgabe des arbeitenden Volkes, und zwar soll das unter der befeuernden Führung der Partei geschehen."

Moralisierende Ermahnungen wie "Die Heimat muß in ihrer Gesamtheit sauber und intakt bleiben" und "Überhaupt müssen wir alle, die im Dienst des Volkes tätig sind, dem Volk in der Arbeit sowohl wie in der äußeren und inneren Haltung stets ein leuchtendes Beispiel geben" unterstützten die Appelle; sie wirkten anspornend, nicht vorwurfsvoll, weil sich die Zuhörer, denen schon die freiwillige Bereitschaft bescheinigt war, selbst nicht getroffen zu fühlen brauchten. Aus dem gleichen Grunde konnte Goebbels auch Drohungen anbringen, die ebenfalls starken Beifall aus der Menge brachten : "Drakonische Maßnahmen" müßten gegen Drückeberger ergriffen werden, denn "Schonung wäre hier fehl am Platze". Die neunte Frage, die die Zustimmung zu "radikalsten Maßnahmen gegen einen kleinen Kreis von Drückebergern und Schiebern" und Einverständnis dafür, "daß, wer sich am Kriege vergeht, den Kopf verliert", erheischte, fand ihre Bejahung ebenso spontan, laut und anhaltend wie alle anderen Fragen. Selbst befehlen konnte Goebbels, ungeachtet des Kontrastes zu den Beteuerungen, daß mit wenigen Ausnahmen die freiwillige Bereitschaft der Masse schon vorhanden wäre, z. B.: die deutsche Frau "muß . . . spontan ihre Solidarität bekunden, sie muß sich lieber morgen als übermorgen . . . einreihen", und "ich erwarte, daß sich ungezählte Frauen und vor allem auch Männer . . . melden".

Ermunterungen, Ermahnungen, Drohungen und Befehle wurden schließlich noch dadurch verstärkt, daß Goebbels immer wieder ausmalte, was geschehe, falls die totale Mobilisierung nicht erfolgte: "Bolschewisierung des Reiches", "Liquidierung unserer gesamten Intelligenz- und Führungsschicht", "Zwangsarbeitsbataillone für die sibirischen Tundren", "jüdische Liquidationskommandos", "Terror, Gespenst des Millionenhungers [sic] und vollkommene Anarchie", "das größte nationale Unglück" usw. Zur Peitsche kam das Zuckerbrot, wenn auch nur in Gestalt von schönen Zukunftsbildern: "Nach dem Kriege wollen wir wieder nach dem Grundsatz verfahren: Leben und leben lassen", "Feinschmecker wollen wir wieder nach dem Kriege werden", Modesalons "werden nach dem Kriege . . . neu erstehen, selbstverständlich", "Unsere Frauen und Mädchen sollen sich nicht ängstigen, sie werden unseren einmal siegreich heimkehrenden Soldaten auch ohne friedensmäßige Aufmachung gefallen", "nach dem Kriege werden wir . . . größer und schöner denn je aufbauen, und der Staat wird dazu seine helfende Hand leihen" usw. Um nicht "eine graue Winterstimmung heraufzubeschwören", würden übrigens Theater, Kinos und Musiksäle geöffnet bleiben und der Rundfunk sein Programm sogar noch erweitern. Auch beruhigte Goebbels seine Zuhörer mit der Versicherung, daß niemand verlange, "daß eine Frau, die dazu nicht die körperlichen Voraussetzungen mitbringt, in die schwere Fertigung etwa einer Panzerfabrik geht", und die "Volksführung" sei bemüht, Opfer "auf ein Mindestmaß zu beschränken".

Zu all diesen demagogischen Beschwörungsmethoden kam dann das übliche Register nationalsozialistischer Propagandataktiken: die Anprangerung der Sün-



Jahrgang 12 (1964), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964\_1.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

denböcke in Gestalt der "internationalen Plutokratie", des "internationalen Bolschewismus" und des "internationalen Judentums" als "Inkarnation des Bösen", "plastischer Dämon des Verfalls", "Träger eines internationalen kulturzerstörerischen Chaos", "Weltpest"; die höhnische und verächtliche Darstellung der westlichen Gegner, der "lamentierenden Lords und Erzbischöfe"; und dann vor allem die stetige Selbstverherrlichung der deutschen Führung, gipfelnd im hemmungslosen Führerkult. Goebbels nahm keinen Anstand, seine eigene Person stark herauszustellen und sich als "Sprecher des Volkes" und als "verantwortlicher Sprecher des führenden Landes dieses Kontinents" zu bezeichnen. Daß er das ohne Zurückhaltung tun konnte, beweist seine absolute Selbstsicherheit und das Bewußtsein, daß er das Publikum unbedingt hinter sich hatte. Die Reichsregierung insgesamt wurde freilich nicht zitiert. Goebbels hätte damit vielleicht doch gewisse Zweifel wecken können, und überdies wäre seine Stellung als Promotor des "totalen Krieges" nicht so herausgekommen, wie es im Interesse seiner internen Absichten lag. Um so mehr wurde die Unfehlbarkeit und Beispielhaftigkeit Hitlers betont: "Der Führer hat seit Beginn des Krieges und lange vorher nicht einen einzigen Tag Urlaub gehabt"; der Weg zum Sieg "liegt begründet im Glauben an den Führer"; "Wir wollen uns seiner Forderung nicht versagen"; "Der Führer hat befohlen, wir werden folgen". Die alte Weisheit der Nationalsozialisten, daß "das Volk geführt werden will", konnte in der Sportpalast-Atmosphäre ohne Bemäntelung ausgesprochen werden. Selbst gelegentliche Entgleisungen des Redners wurden hingenommen, ohne daß die Beifallsfreudigkeit beeinträchtigt worden wäre. Goebbels sagte: "Wenn der Führer das kann, so werden seine bezahlten Diener das auch können." In der amtlichen Fassung der Rede hieß es dann: ". . . so werden auch die Diener des Staates das können." Die Sinne der Zuhörer waren nicht auf Inhaltskritik gerichtet, sondern nur auf Bekennen.

Weitere Seiten ließen sich füllen, wollte man an die inhaltliche Analyse der Aussagen eine gründliche formale Untersuchung anschließen. Einige Hinweise mögen hier genügen: Die Zahl der Superlative ging über jedes Maß hinaus. Goebbels verstieg sich bis zu Sätzen wie "Das Radikalste ist heute gerade radikal und das Totalste gerade total genug, um zum Siege zu führen." Aus dem Vokabular des Nationalsozialismus geläufige Adjektive wie "heroisch", "ehern", "gigantisch" fanden reichlich Anwendung. Mit besonderer Vorliebe formulierte Goebbels Alternativen wie: aus dem Kriege werden "nicht Sieger und Besiegte, sondern nur noch Überlebende und Vernichtete hervorgehen"; "Wir wollen lieber ein paar Jahre geflickte Kleider tragen, als ein paar Jahrhunderte in Lumpen herumlaufen." Daneben stand eine Fülle rhetorischer Fragen, etwa: "Welche deutsche Frau wollte es übers Herz bringen, sich einem solchen Appell . . . zu entziehen?" Einprägsame Wortspiele wurden eingestreut, z. B.: "Wir sind keine Spielverderber, aber wir lassen uns auch das Spiel nicht verderben." Die Rede war mit Sentenzen geradezu gespickt. Worte wie "Nicht das Volk ist für die Ämter, sondern die Ämter sind für das Volk da" oder "Wer sich schnell gibt, der gibt sich doppelt" mußten zünden. Einige Redewendungen waren ungeachtet, besser noch gerade wegen ihrer Banali-



tät oder Abgegriffenheit sehr eingängig. Goebbels sprach von "wütendem Gekläff", "faulem Kompromiß", "heuchlerischen Krokodilstränen", "Amüsierpöbel", "spießiger Bequemlichkeit", "scheinheiligen Ratschlägen" usw. und traf die volkstümliche Redeweise mit Sätzen wie "Wenn der Papi nach Hause kommt, hat die Mutti nicht immer das Abendessen fertig". Schlagwort auf Schlagwort tönte so in den Saal hinein. Der damals wöchentlich erscheinende "Politische Zitaten-Dienst" hatte für die gedruckten Karteiblätter eine reiche Ausbeute<sup>55</sup>.

Berücksichtigt man nun außer den Worten des Redners auch seine Sprechweise, seine Mimik und Gestik, dann entsteht ein einigermaßen vollständiges Bild von der großen Suggestivkraft, die sich hier auswirkte. Lautstärke, Tonlage und Rhythmus unterstrichen den Inhalt entsprechend den jeweiligen Intentionen. Goebbels konnte ernst, beschwörend, moralisierend, streng, scharf, herausfordernd, höhnisch, belustigt, ironisch, aufpeitschend oder auch monoton sprechen, wie es gerade nötig war. Seine Stimme klang schrill, überschlug sich manchmal fast, war aber doch trotz des Schreiens immer selbstsicher, beherrscht und deutlich zu verstehen. Prägnante Sätze, besonders Sentenzen, wurden langsam, unter Betonung jedes Wortes deklamiert. Stets wurden wirkungsvolle Wörter, vor allem Superlative, lang gedehnt und stark akzentuiert. Vor wichtigen Partien wurden Sprechpausen eingelegt. Bei herausfordernden Formulierungen steigerte Goebbels das Sprechtempo, so daß sich die Worte beinahe überschlugen. Dabei neigte er den Kopf näher zum Mikrophon und erhöhte damit die Lautstärke. Besonders verstand er es, bereits ansetzenden Applaus durch kurzes Weitersprechen noch zu steigern. Die Zustimmung zu seinen Fragen verstärkte er durch kurze, in den Applaus hinein nachgerufene Worte wie "Wollt ihr das?" oder "Seid ihr dazu bereit?".

Sein Gesichtsausdruck war energisch und angespannt wie immer bei seinen öffentlichen Reden. Die Zeichensprache der Hände unterstrich wesentliche Passagen seiner Ausführungen. Mit ihr verstärkte er den Ausdruck der Entschlossenheit. Die Filmaufnahmen machen sichtbar, wie sehr der körperlich unscheinbare Mann durch Worte, Stimme und Gesten zu faszinieren verstand, so daß das Auditorium wie gebannt auf ihn schaute und blindlings reagierte. Alle Ausdrucksmöglichkeiten, die Goebbels zur Verfügung standen, schienen aus einem Mittelpunkt herzurühren und wirkten dementsprechend auch auf den ganzen Zuhörer, nicht isoliert auf dessen Verstand, dessen Auge oder dessen akkustischen Sinn. Goebbels' Auftreten wirkte unmittelbar ansteckend. Viele seiner rhetorischen Raffinessen waren freilich nicht neu, sie gehören zum Repertoire jedes erfahrenen Redners. Das Einzigartige an dieser Rede war jedoch der geschlossene und massive Einsatz aller wirksamen Mittel zugleich.

Bild- und Tonüberlieferung geben auch manchen Aufschluß über das Verhalten des Publikums, in dem sich Goebbels' Rhetorik widerspiegelte. In der etwa zwei-

<sup>&</sup>lt;sup>55</sup> Vierzehn besonders prägnante Sätze aus der Sportpalast-Kundgebung wurden aufgenommen; siehe "Politischer Zitaten-Dienst", hrsg. von Walther Koerber und Hans Zugschwert, Regierungsräte im Reichsministerium für Volksaufkl. und Propaganda, 2. Jg., Nr. 13, Berlin, 10. 3. 1943, Nr. 1686–1699.



stündigen Kundgebung ließen die Zuhörer keine Ermüdungserscheinungen erkennen. Wenn einmal eine längere Zeit kein Applaus aufklang, dann lag das nur an den Ausführungen des Redners, die vorübergehend nicht beifallheischend waren, etwa wenn historische Reminiszenzen aus der Kampfzeit oder aus dem Siebenjährigen Krieg vorgetragen wurden. Um so intensiver machte sich der Beifall im Anschluß daran wieder bemerkbar. Der Wille zum Applaus brauchte ein Ventil, Insgesamt wurde die Rede weit mehr als zweihundert Mal durch Zustimmungsäußerungen, Zwischenrufe, beifälliges Gelächter, Beifallsstürme und Sprechchöre unterbrochen. Dabei handelte es sich um Klatschen, unartikuliertes Schreien, Rufe wie "Ja", "Jawohl", "Bravo", "Pfui", "Niemals" und rhythmisch geschriene Slogans wie "Sieg heil" und "Führer befiehl, wir folgen". Zeitweise wurde jeder Satz des Redners mit Beifall quittiert, bisweilen sogar ein einzelner Satz ein bis zwei Mal unterbrochen. Während Goebbels vielfach bewußt Beifall herausforderte und durch Pausen seinen Hörern dazu Gelegenheit gab, versuchte er ihn gelegentlich auch, mit und ohne Erfolg, durch Weitersprechen abzuwürgen. Die Kundgebung hätte zu lange gedauert, wenn dem entfesselten Publikum immer wieder freie Bahn gelassen worden wäre. Einer der anwesenden Journalisten, deren Berufsprivileg es war, Reserve zu wahren, erinnert sich 56: "Über die Versammlung ging es im zweiten Teil der Rede wie ein Rausch . . . Auf unserer kleinen Pressetribüne sprangen ausländische Journalisten der neutralen Länder mehrfach ebenfalls spontan auf, um Goebbels Beifall zu klatschen."

Soll die historische Bedeutung der Kundgebung ganz erfaßt werden, so muß schließlich auch noch die über die Versammlung hinausreichende Propagandawirksamkeit einbezogen werden. Die deutschen Sender brachten eine Originalübertragung, so daß zur gleichen Zeit jeder Rundfunkhörer akustisch am Geschehen Anteil nehmen konnte. Der Presse wurde der Text der Rede schon am Mittag des 18. Februar über Fernschreiber durchgegeben<sup>57</sup>. Die Journalisten erhielten gleichzeitig folgende Direktiven: "Die Rede . . . bildet die Aufmachung der ersten Freitagfrühblätter. Die Teile der Rede, die sich mit dem Bolschewismus und dem totalen Krieg befassen, verdienen besondere Hervorhebung. In der Textaufmachung wie in den Stimmungsbildern ist die Antwort des Volkes auf die ihm vorgelegten Fragen als Willenskundgebung der ganzen Nation zu verzeichnen . . . Man möge auf die Terminologie der Kampfzeit zurückgreifen. Die beiden Hauptthemen . . . müssen dann morgen in den Leitartikeln ausführlich angesprochen werden. Der Minister werde auch zehn Fragen an die Versammlung richten, die sie beantworten werde. Dieser Vorgang müsse besonders klar und eindrucksvoll geschildert werden. Bei der Wiedergabe der Fotos müsse man beachten, daß die Kundgebung gezeigt werde und nicht der Redner." Am folgenden Tage erfuhren die Journalisten, daß



<sup>&</sup>lt;sup>56</sup> Mitteilung von Herrn Dr. Hans-Joachim Kausch vom 28. 3. 1962 an den Vf.

<sup>&</sup>lt;sup>57</sup> Dies und das Folgende nach den geheimen Presseanweisungen, vgl. Anm. 51. Angesichts der präzisen Direktiven mutet die Freude, die Goebbels laut Tagebuch auch über die Reaktion der inländischen Presse empfand, grotesk an. Zu Goebbels' großem Ärger hatte ein SD-Bericht auch negative Reaktionen in der deutschen Öffentlichkeit vermerkt.

"in ihren Kommentaren die große Wirkung, die die Goebbels-Rede im deutschen Volk hervorgerufen hat, zu unterstreichen und weiter zu vertiefen" sei. "Solche Versammlung wie die gestrige sei heute in jeder deutschen Stadt möglich, und überall werde das Volk in gleicher Weise reagieren. Auslandsstimmen einstweilen noch zurückstellen bis Morgennachmittagsblätter, dann italienische im Vordergrund, aber auch aus neutralen Ländern." Erst am 21. Februar abends wurde die Direktive ausgegeben: "Das Auslandsecho zur Goebbels-Rede möge nun allmählich abklingen. Schweizer Stimmen, Goebbels sei der geistige Steuermann des Reiches, nicht übernehmen."

Sechs Tage nach der Kundgebung, am 24. Februar, erschien die "Deutsche Wochenschau" mit einem Streifen von etwa 75 Meter Länge über die Sportpalast-Kundgebung. Er enthielt in schnellem Wechsel Totale, Rednertribüne, Zuschauermengen, den Redner allein, Ausschnitte aus dem Publikum, einzelne Zuschauer, bekannte Gesichter, gestreckte Hände. Von verschiedenen Kamerastandpunkten aus war die Wechselwirkung zwischen Redner und Publikum geschickt aufgenommen worden. Die Bedienung der Tonkamera hatte vorher das Manuskript der wichtigsten Passagen erhalten <sup>58</sup>. Einige Kameramänner hatten den Auftrag, positive Reaktionen prominenter Zuhörer aufzunehmen. Besonderer Wert war auf die filmische Fixierung allgemeiner und besonderer Zustimmungskundgebungen gelegt worden. Das Rohmaterial wurde dann nach den Weisungen des Propagandaministeriums bearbeitet, und Goebbels ließ sich wie üblich vor der endgültigen Zensur den stummen Rohschnitt und den Feinschnitt mit der Begleitmusik und den Entwürfen für den Begleitkommentar vorführen. Ehe die Wochenschau freigegeben wurde, ging sie zur Genehmigung ins Führerhauptquartier.

Aus der Untersuchung der Hintergründe der Sportpalast-Kundgebung und aus der Analyse der Kundgebung selbst lassen sich zusammenfassend folgende Schlußfolgerungen ziehen: Bei Goebbels spielte das ehrgeizige Bestreben, sich gegenüber anderen führenden Politikern des Dritten Reiches stärker durchzusetzen, eine gewisse Rolle. Die ganze Veranstaltung nur in diesem funktionalen Zusammenhang zu sehen, würde jedoch eine zu enge Interpretation darstellen. Bei der Konzipierung des totalen Krieges Ende 1942 war der "Kampf hinter dem Thron" gegen das Dreier-Komitee noch nicht entbrannt. Er trat erst im Frühjahr 1943, nach der Kundgebung, in seine entscheidende Phase. Mit Goebbels' persönlichen Ambitionen verbanden sich vielmehr unlösbar sachliche Momente, die sich aus dem Willen zur Erhaltung des nationalsozialistischen Regimes ergaben und von ihm besser erkannt worden waren. Goebbels wandte sich gegen diejenigen, die seine Konzeption verwässern wollten, war aber kein Rebell gegen Hitler.

Das aus der Rückschau schwer verständliche Phänomen der bedingungslosen

<sup>58</sup> Dies und das Folgende nach einer Mitteilung von Herrn Dr. Fritz Hippler vom 7. 6. 1959 an den Vf. Goebbels vermerkte für den 20. 2. 1943 in seinem Tagebuch: "Wir machen am Abend die neue Wochenschau fertig. Sie ist großartig gelungen. . . . eine wahre Meisterleistung optischer Übertragung einer Massenkundgebung."



Akklamation der Zuhörermenge erklärt sich zunächst aus deren Zusammensetzung. Das Auditorium war von vornherein zur Zustimmung bereit. Es repräsentierte nicht die ganze deutsche Nation, war aber offenbar auch nicht besonders vorher instruiert worden. Eine bestellte Claque war nicht nötig, um die gewünschte Reaktion herbeizuführen. Die Katastrophe von Stalingrad, nicht die Unconditional-Surrender-Formel der Alliierten, hatte eine Verzweiflungsstimmung aufkommen lassen, auf die Goebbels in seiner Rede geschickt aufbaute. Die Gesamtstruktur der Rede, Einzelformulierungen, Appelle an Gefühlsmomente, an Verantwortlichkeit und an klassenkämpferische Regungen sowie Ermunterungen, Ermahnungen und Drohungen und schließlich ein umfangreiches Repertoire formaler rhetorischer Kunstgriffe vermochten es, das Publikum so in Ekstase zu versetzen, daß es in einen Rausch der Zustimmung geriet.

Es ist also weder nötig, in der Sportpalast-Kundgebung ein Mirakulum zu sehen, das sich rationaler Entschlüsselung entzieht, noch ist es richtig, die Reaktion der Teilnehmer auf vorbereitende Regie und äußere Steuerung allein zurückzuführen. Am 18. Februar 1945 war Goebbels ein Akt der Massenhypnose gelungen, dessen Methode bei nachträglicher Analyse sehr wohl durchschaubar wird. Der Vorgang war deswegen bedeutsam, weil er dem Regime half, die kritische Kriegssituation momentan zu überwinden, und damit zugleich die Voraussetzung für eine Weiterführung des Krieges bis zum bitteren Ende schuf. In der deutschen Propaganda lag zweifellos ein entscheidendes Moment der Kriegsverlängerung, ebenso wie in ihr ein wesentlicher Faktor der nationalsozialistischen Herrschaft überhaupt zu sehen ist.



Jahrgang 12 (1964); Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964\_1.pdf

## EDGAR R. ROSEN

## VIKTOR EMANUEL III. UND DIE INNENPOLITIK DES ERSTEN KABINETTS BADOGLIO IM SOMMER 1943

Die zeitgeschichtliche Forschung hat sich bei ihrer Beschäftigung mit der italienischen Krise des Jahres 1943 vor allem der im Juli in den Sturz des faschistischen Regimes ausmündenden Entwicklung¹ und den Folgen der politisch-militärischen Katastrophe im September zugewandt². Hierbei sind innen- und außenpolitische Themenstellung in gleicher Weise zur Geltung gekommen. Dagegen wurde die zwischen diesen beiden Daten liegende Ära des ersten Kabinetts Badoglio bisher allein in ihren – gewiß zentralen – außenpolitischen Aspekten eingehend gewürdigt³. Überraschenderweise hat jedoch die innenpolitische Konstellation jener nur "fünfundvierzig Tage" trotz ihrer offensichtlichen Bedeutung noch keine Gesamtdarstellung gefunden⁴. Nach zwanzigjähriger Überschattung durch den Faschismus schien das Haus Savoyen plötzlich ins Zentrum der italienischen Politik gerückt zu sein, doch nur um bald darauf durch die zeitweilige Spaltung des Landes erneut geschwächt zu werden, worauf die Monarchie im Juni 1946 endgültig unterging.

I

Welche Beweggründe veranlaßten Viktor Emanuel III. in den Nachmittagsstunden des 25. Juli 1943, das erdrückende Erbe des bankrotten faschistischen Systems einem von Marschall Pietro Badoglio geführten Beamtenkabinett und nicht

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
viertellahesherte für
Zeitgeschichte

Jahrgang 12 (1964), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964\_1.pdf

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> F. Debyser, "La chute du régime", Revue d'Histoire de la deuxième guerre mondiale (Paris), 7 (1957), No. 26, S. 24-58.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Norman Kogan, Italy and the Allies, Cambridge (Mass.) 1956. Die Darstellung des Verfassers ist in einigen Teilen recht anfechtbar.

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Annamaria Herbert, The Allied Armistice with Italy, 1943 (B. A. Dissertation, Smith College, Northampton, Mass. 1950) ist die beste und gründlichste Analyse des Themas. Vgl. außerdem Gen. Emilio Faldella, L'Italia e la seconda guerra mondiale, Bologna 1960, 2. Aufl., S. 634–680, und die nach Abschluß dieser Arbeit erschienene umfangreiche Darstellung von Robert J. Quinlan, The Italian Armistice, in dem Sammelband American Civil-Military Decisions. A Book of Case Studies, edited by Arthur Stein, University of Alabama Press 1963, S. 203–310; sowie Piero Pieri, La conclusione dell'armistizio, in Trent' Anni di Storia Politica Italiana (1915–1945), Torino 1962, S. 329–341.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Die Ausführungen von Franco Catalano, Storia del C.L.N.A.I., Bari 1956, S. 13-53 sind thematisch zu eingeengt, um als Gesamtdarstellung gewertet werden zu können. Auch in seinem Werk L'Italia dalla dittatura alla democrazia 1919-1948, Milano 1962, der neuesten Gesamtdarstellung der faschistischen Aera, hat Catalano die innenpolitische Problematik der Badoglioregierung nur verhältnismäßig kurz gestreift. Vgl. in diesem Zusammenhang die treffende Kritik von Winfried Scharlau in "Die politische Meinung", 8 (1963), H. 81, S. 94 an dem sonst durch seine ungewöhnliche Dokumentation überaus aufschlußreichen Werk von F. W. Deakin, The Brutal Priendship. Mussolini, Hitler and the Fall of Italian Fascism, New York 1962, in dem das Thema der Innenpolitik des Kabinetts Badoglio völlig übergangen wird.

einer politisch profilierten Regierung anzuvertrauen? Bei der Beantwortung dieser Frage empfiehlt es sich, das Problem der Ernennung Badoglios von dem der Einsetzung des Beamtenkabinetts sorgfältig zu trennen.

Während der vorausgegangenen turbulenten Monate, als die Wellen des militärischen Zusammenbruchs in Nordafrika, der drohenden Invasion Siziliens und der steigenden innenpolitischen Erregung immer stärker gegen den im Quirinalpalast in Isolierung und äußerer Unbeweglichkeit verharrenden Träger der Krone anbrandeten, hatten sich die geheimen Erwägungen höchst verschiedener, voneinander unabhängiger Kreise über die Nachfolge Mussolinis auf wenige hohe militärische Führer konzentriert. Die häufigen Zusammenkünfte des Monarchen mit dem im Februar ernannten und seitdem auf sofortige Beendigung des Krieges sowie im Zusammenhang damit bald danach auf die Absetzung Mussolinis drängenden Chef des Generalstabs, General Vittorio Ambrosio<sup>5</sup>, die weitverzweigten Kontakte des Ministers des königlichen Hauses, Herzog Pietro Acquarone,6 und Ambrosios mit Kreisen der faschistischen und antifaschistischen Opposition, der Wehrmacht und Wirtschaft<sup>7</sup>, sowie das Zusammenwirken Acquarones und des Königs hatten hierfür die Grundlagen geschaffen. Namen der Kandidaten der Nachfolge tauchen zum ersten Male auf, als Acquarone Ende Mai eine der führenden Persönlichkeiten des antifaschistischen Liberalismus, den früheren Minister Marcello Soleri, in Rom empfing und ihn dringend bat, Badoglio, Marschall Enrico Caviglia oder Ambrosio dem Monarchen als geeignete Kandidaten vorzuschlagen<sup>8</sup>. Die gleichen Namen unterbreitete Ivanoe Bonomi, reformsozialistischer Ministerpräsident der Jahre 1921-22 und im Frühjahr 1943 führender Exponent des römischen Antifaschismus, Viktor Emanuel während einer von Acquarone arrangierten Audienz, die am 2. Juni im Quirinal stattfand9.

Daß der Monarch einige Wochen später tatsächlich beschloß, die Ministerpräsidentschaft einem Mitglied der militärischen Elite zu übertragen, ergab sich gewiß nicht nur aus der nahezu völligen Übereinstimmung der ihm gemachten Vorschläge. War es auch keineswegs das erste Mal, daß sich die militärisch geprägte Dynastie Savoyen in schwieriger Lage auf einen Vertreter der bewaffneten Macht als Ministerpräsidenten stützte<sup>10</sup>, so war dies doch für die nunmehr mehr als vierzig



<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Das Tagebuch des Generaladjutanten des Königs, Gen. Paolo Puntoni, Parla Vittorio Emanuele III, Milano 1958, S. 125 (Eintragung vom 13. 3. 1943) ist die wichtigste Quelle. Hierzu auch das von Ambrosio dem Mailänder Corriere della Sera gewährte Interview (Corriere della Sera, Milano, 11 marzo 1956).

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Paolo Monelli, Roma 1943, Milano 1948, S. 95-96.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Vgl. a. a. O., S. 104.

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Marcello Soleri, Memorie, Torino 1949, S. 231; Ivanoe Bonomi, Diario di un anno (2 giugno 1943 – 10 giugno 1944), Milano 1947, S. 8 berichtet dagegen auf Grund der ihm damals von Soleri gemachten Mitteilungen, daß Acquarone diesem empfohlen habe, Badoglio als den einzig möglichen Kandidaten zu nennen, der dem Lande Vertrauen und Ruhe geben würde.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Bonomi, S. 5–7; Amedeo Tosti, Pietro Badoglio, Milano 1956, S. 249 über die führende Stellung Bonomis.

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> Domenico Bartoli, La Fine della Monarchia, Milano 1947, S. 87.

Jahre währende Herrschaft Viktor Emanuels III. etwas Neues. Im Sommer 1945 schien diesem jedoch die Bewahrung der politischen Kontinuität angesichts der von ihm geplanten Ablösung Mussolinis die bedeutsamste innenpolitische Aufgabe zu sein. Der Appell an die stärkste Tradition des Landes erschien ihm für die Erhaltung der nationalen Existenz als ein unumgängliches Gebot. So erklärt sich der damals an den berühmtesten Soldaten Italiens ergangene Auftrag auch daraus, daß der König von jeher der Armee die Funktion des wichtigsten Traditionsträgers zuerkannt hatte<sup>11</sup>.

Unter der Voraussetzung einer erfolgreichen Entmachtung des Faschismus war der Weg zur Ministerpräsidentschaft für Badoglio praktisch seit den ersten Junitagen frei gewesen. Der nüchterne, korrekte und betont soldatische 12 Ambrosio erschien Viktor Emanuel für eine Aufgabe von solcher Bedeutung und Schwierigkeit ungeeignet 13. Zudem hatte der politisch nicht allzu interessierte und ambitionslose Generalstabschef sich bald nach seiner Ernennung für eine Kandidatur Badoglios 14 und später auch Caviglias 15 eingesetzt, mit denen er seit Anfang des Jahres in ständiger Fühlung war 16. Nur Badoglio allerdings, und nicht Caviglia, war zu jener Zeit sein Berater. 17 Es bleibt dennoch fraglich, ob hier die entscheidenden Motive der Ablehnung Ambrosios durch den König zu suchen sind. Wahrscheinlich befürchtete dieser von dem politisch zwar nicht festgelegten 16, aber stets zu eindeutigen Schritten neigenden General eine betont antifaschistische Politik 19. Hierzu

<sup>19</sup> Die von Puntoni, a. a. O. zitierten Äußerungen des Königs scheinen mir in diese Richtung zu weisen. Vgl. auch Ambrosios Kommentar zu der Politik Viktor Emanuels im Sommer



<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Gen. Silvio Scaroni, Con Vittorio Emanuele III, Milano 1954, S. 92; Dino Grandi (Dino Grandi, "La mia parte nel dramma del 25 luglio", Oggi [Milano], Anno XV, n. 23, 4 giugno 1959, S. 21) erwähnt, daß Viktor Emanuel III. im Sommer 1943 eine Lösung der Krise wünschte, welche die Kontinuität im politischen Leben des Landes nicht gefährden würde. Vgl. Deakin, a. a. O., S. 53-54 und 237-240 über Caviglia und Badoglio sowie deren – für uns zweitrangige – Rivalität seit den Tagen des Ersten Weltkrieges.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Nicola Adelfi, "I sei mesi di Ambrosio", L'Espresso (Milano), 30 novembre 1958, S. 8.

<sup>13</sup> Bonomi, a. a. O., S. 5.

<sup>14</sup> Puntoni, a. a. O., a. a. O.

<sup>15</sup> ders., S. 136 (Eintragung vom 5. 7. 1945). Die Behauptung von Raimondo Luraghi, Orientamenti per lo studio della crisi politicomilitare del '43, in: Il Movimento di Liberazione in Italia (Milano, künftig abgekürzt: MLI), Jahrg. 1955, Nr. 34–35, S. 78, daß Ambrosio eine politische Regierung vorgeschlagen habe, wobei er Caviglia den Vorzug gab, ist jetzt durch Puntonis Aufzeichnungen widerlegt. Aus diesen geht im Gegenteil hervor, daß Ambrosio an eine Militärdiktatur dachte, womit er jedoch bei dem König auf Widerstand stieß.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Vanna Vailati, Badoglio risponde, Milano 1958, S. 77-78; Enrico Caviglia, Diario 1925 bis 1945, S. 589-590, 593-594 und 599-400. Deakin, a. a. O., S. 240 vertritt die m.E. abzulehnende Meinung, daß Caviglias Chancen durch seine Beziehungen zu Kronprinz Umberto reduziert worden seien. D. überschätzt hier die Bedeutung der Distanzierung Umbertos von der praktischen Politik durch seinen Vater. Er hat die hier weiter unten erwähnte Bemerkung des Kronprinzen über Caviglia nicht genügend beachtet.

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Guido Piazza, "Ambrosio risponde a Carboni", Gazzetta del Popolo (Torino), 13 giugno 1947. Vgl. Caviglia, S. 595 und Vailati, S. 78.

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> "Weder Faschist, noch Antifaschist, sondern königstreu!" lautete Badoglios Urteil im Februar 1943, zitiert bei Guido Cassinelli, Appunti sul 25 luglio 1943, Roma 1944, S. 15.

47

dürfte auch seine Beunruhigung wegen der sich über den militärischen Bereich hinaus entwickelnden Verbindungen des Generalstabschefs<sup>20</sup> beigetragen haben.

Seine negative Stellungnahme zu einer Ernennung Caviglias rechtfertigte Viktor Emanuel dagegen mit dem Hinweis auf das hohe Alter des einundachtzigjährigen Heerführers aus dem ersten Weltkriege<sup>21</sup>, was Kronprinz Umberto kurz darauf durch die Feststellung bekräftigte, daß der hochbetagte Marschall den jüngeren Offizieren nahezu unbekannt sei<sup>22</sup>. Da die Konsolidierung eines den Faschismus ablösenden Regimes, der Auffassung des Königs zufolge, in erster Linie vom Zusammenhalt der Armee abhing und ein von so geringem Selbstvertrauen erfüllter Herrscher wie Viktor Emanuel III.23 sich selbst für ungeeignet halten mußte, der integrierende Faktor zu sein, erscheint seine Entscheidung durchaus stichhaltig. Dennoch stellt sich auch hier die Frage nach weiteren und vielleicht tieferen Gründen der Ablehnung. Der Monarch schien diese selbst anzudeuten, als er im Gespräch mit seinem Generaladjutanten, General Puntoni, eine Beauftragung Caviglias als entschiedene Rückwendung zur Freimaurerei und zugleich Annäherung an die Vereinigten Staaten und Großbritannien interpretierte und zurückwies<sup>24</sup>. Doch auch damit waren die letzten Gründe wohl noch nicht aufgedeckt. Caviglias Tagebuch<sup>25</sup> läßt keinen Zweifel an der scharfen Kritik, die der Marschall immer wieder an der Monarchie, insbesondere an der konformistischen Haltung des Königs gegenüber dem Faschismus, übte, so im März 1942, als er im Hause von Freunden allem Anschein nach von der durch die Geschehnisse der faschistischen Ära erwiesenen Nutzlosigkeit der Monarchie sprach 26. Daß es sich hierbei eher um charakteristische Äußerungen des stark "polemischen Temperaments" eines desillusionierten Monarchisten als um eine grundsätzliche Hinneigung zur Republik handelte<sup>27</sup>, legt die Loyalitätserklärung nahe, mit der sich Caviglia ein Jahr später am Ende einer längeren Audienz von dem Monarchen verabschiedete<sup>28</sup>. Es ist gewiß unbestreitbar, daß diese Erklärung zugleich die Bedeutung einer Bewerbung um die Ministerpräsidentschaft hatte. Hier sprechen die Aufzeichnungen Caviglias aus den Jahren 1940-43 eine ebenso deutliche Sprache<sup>29</sup> wie das innen- und außenpolitische Memorandum, das er dem König am 15. März übersandte<sup>30</sup>. Wie sehr



<sup>1943</sup> in Raimondo Luraghi, "Incontro con il generale Ambrosio", L'Unità (Edizione piemontese, Torino), 22 ottobre 1953.

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> Puntoni, a. a. O., S. 137.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Bonomi, a. a. O.(vgl. Anm. 15).

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> ders., a. a. O., S. 12; Faldella, a. a. O., S. 634.

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Bonomi, a. a. O., S. 3-4; Soleri, a. a. O., S. 207.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Puntoni, a. a. O., S. 136.

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Caviglia, a. a. O., S. 243 (Eintragung vom 21. 4. 1940), 330 (19. 5. 1941), 336 (3. 7. 1941), 345-346 (28. 12. 1941).

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> ders. ebenda, S. 354 (Eintragung vom 7. 3. 1942).

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Vailati, a. a. O., S. 80; Faldella, a. a. O. spricht von "atteggiamenti repubblicaneggianti".

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup> Caviglia, a. a. O., S. 387 (Eintragung vom 24. 1. 1943); Puntoni, a. a. O., S. 115 (Eintragung vom 23. 1. 1943).

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Caviglia, a. a. O., S. 415-416 (Eintragung vom 26. 7. 1945).

<sup>&</sup>lt;sup>30</sup> ders., a. a. O., S. 596-597 (Eintragungen vom 20. und 30. 3. 1943).

auch die Ausführungen des Verfassers in einzelnen Punkten den Gedankengängen Viktor Emanuels entsprechen mochten oder diese möglicherweise beeinflußten – er schlug unter anderem vor, die Beseitigung des faschistischen Regimes dem Senat oder der Partei selbst zu überlassen –, ihr Urheber war nicht allein wegen seiner Kritik an der Person des Monarchen, von der dieser Kenntnis erlangt hatte<sup>31</sup>, sondern auch durch eine stets ostentativ gewahrte Unabhängigkeit vom Faschismus, die ihm auf antifaschistischer Seite ein gewisses Vertrauen einbrachte,<sup>32</sup> für den König als Regierungschef unannehmbar. Nach wochenlangem Warten in der Hauptstadt glaubte der greise General Anfang Juni den Sinn des beharrlichen Stillschweigens des Königs<sup>33</sup> erfaßt zu haben und beschloß, Rom zu verlassen. Mit seiner Abreise blieb nunmehr allein die Kandidatur Badoglios übrig<sup>33a</sup>.

Die wenige Wochen danach auf Badoglio gefallene Wahl ist nicht zuletzt wegen der vielschichtigen Hintergründe der Entscheidung bemerkenswert, war doch die Beziehung zwischen Badoglio und Viktor Emanuel III. vornehmlich durch dessen negative Einschätzung der Persönlichkeit des Marschalls gekennzeichnet. Selbst Ansätze zu einem freundschaftlichen Verhältnis fehlten. Es ist auffallend, daß Badoglio von Victor Emanuel III. zu berichten weiß, er sei im Gespräch mit ihm stets aufs äußerste beherrscht gewesen<sup>34</sup>. Von scherzhaften Bemerkungen, vertraulichen Mitteilungen oder Anzeichen persönlichen Wohlwollens, wie sie in Gesprächen mit anderen Würdenträgern feststellbar sind<sup>35</sup>, verlautet bei ihm nichts; er unterstreicht vielmehr das völlige Fehlen solcher Äußerungen. Die Motive dieser Distanzierung lassen sich an Viktor Emanuels Reaktion auf Badoglios aufsehenerregenden Rücktritt vom Posten des Generalstabschefs im Spätherbst 1940 deutlich aufzeigen. Der König übte damals scharfe Kritik an Badoglios Verhalten und gewährte diesem in seinem Konflikt mit Mussolini auch keine Unterstützung. Seiner Meinung nach hätte der Marschall seinem Votum gegen den Angriff auf Griechenland dadurch Ausdruck verleihen müssen, daß er vor Beginn der militärischen Operationen um seinen Abschied nachsuchte, anstatt später den Versuch zu unternehmen, Mussolini die alleinige Verantwortung für die drohende Katastrophe an

<sup>&</sup>lt;sup>35</sup> Giuseppe Gorla, L'Italia nella seconda guerra mondiale, Milano 1959, S. 280; Lessona, a. a. O., S. 403-404; Soleri, a. a. O., S. 233.



<sup>31</sup> Faldella, a. a. O. (vgl. Anm. 3).

<sup>&</sup>lt;sup>32</sup> Vgl. Caviglias Zurückweisung der ihm vom Präsidenten des Senats angebotenen Parteimitgliedschaft (Caviglia, a. a. O., S. 228-229: Eintragung vom 8. 2. 1940; S. 232 (20. 2. 1940); S. 234 (28. 2. 1940)); Alessandro Lessona, Memorie, Firenze, 1958, S. 405.

<sup>&</sup>lt;sup>33</sup> Vgl. hierüber Puntonis (S. 133: Eintragung vom 7. 6. 1943) aufschlußreiche Zusammenfassung eines von ihm mit dem Adjutanten Caviglias, General Campanari, geführten Gesprächs. Deakin, a. a. O., S. 54, nimmt – ohne Quellenangabe – an, daß Caviglia von Viktor Emanuel im Herbst und Winter 1940 mehrmals empfangen wurde.

<sup>&</sup>lt;sup>23a</sup> Vgl. hierzu General Cericas Artikelserie "Sull'arresto di Mussolini" in Tempo (Milano), und speziell die Nummer 19 luglio 1956, in der eine angebliche Aufzeichnung Viktor Emanuels zitiert wird, die in diesem Sinne gehalten ist. Allerdings soll das Dokument erst um den 12. Juli herum abgefaßt worden sein, also einen Monat nach dem hier festgelegten Datum des für die Wahl Badoglios entscheidenden Zeitpunkts.

<sup>34</sup> Vailati, a. a. O., S. 241.

der albanischen Front aufzubürden<sup>36</sup>. Badoglio hatte zweifellos vor dem Ausbruch des italienisch-griechischen Krieges seine nur allzu begründete Opposition gegen die leichtfertig vorbereitete Invasion Griechenlands mit ungenügender Energie vertreten und schließlich vor den fadenscheinigen Argumenten Galeazzo Cianos kapituliert, der die durch seine Agenten bereits bewerkstelligte politische Unterminierung des künftigen Gegners geltend machte<sup>37</sup>. Es ist jedoch bezeichnend, daß der Monarch bei seiner Kritik nicht zum eigentlichen Kern des Problems vorstieß. Badoglios Stellung war nämlich im Grunde schon seit längerer Zeit wegen seiner zunehmenden Bevormundung und Ausschaltung durch Mussolini unhaltbar geworden. Außerdem ergab sich seine überraschende Passivität und Unsicherheit in der organisatorischen und strategischen Planung offenbar in erster Linie aus einem Konflikt zwischen politisch-militärischer Einsicht und soldatischem Pflichtgefühl<sup>38</sup>. In einer für ihn charakteristischen Art ignorierte der König die ihm aus eigener Erfahrung nur zu vertraute politische Seite des Problems<sup>39</sup> und beschränkte sich auf die Frage der Loyalität als alleinige Grundlage seiner Urteilsbildung<sup>40</sup>. Badoglio, so sagte er zu General Puntoni auf dem Höhepunkt der Krise im November 1940, sei dem äußeren Anschein nach "der ergebenste Mann der Welt", tatsächlich aber liege er stets mit seinen Vorgesetzten im Streit und tue alles, um diese in ungünstigem Licht erscheinen zu lassen. Wenn man ihn näher kenne, so drängten sich vielerlei Bedenken hinsichtlich seines Charakters auf. In jeder Situation komme zuerst er vor allen anderen, und wenn sein eigener Vorteil im Spiele sei, scheine ihm jedes Mittel recht, um ans Ziel zu kommen<sup>41</sup>.

Daß es sich bei dieser Äußerung des Königs um keine flüchtige Gefühlsaufwallung handelte, beweist eine weitere, Anfang Juli 1945, wenige Wochen vor Badoglios Ernennung zum Ministerpräsidenten, von Puntoni verzeichnete Bemerkung des Monarchen über den ihm nicht sympathischen Charakter des Marschalls<sup>42</sup>. Der gleiche Satz vermittelt aber auch Aufschluss über die Erwägungen, welche Viktor Emanuel eine Betrauung Badoglios ratsam erscheinen ließen. Badoglio, so setzte er hinzu, verfüge über eine bestimmte Anhängerschaft bei den Massen, und dieser Umstand könne die Situation sehr wohl entscheidend beeinflussen. Es ist im übrigen ebenso sicher, daß die Monarchie die gleiche Reaktion vor allem in der Wehrmacht für den Mann erwartete, mit dessen Namen hohes militärisches Ansehen verbunden war und der noch vor anderthalb Jahren an der Spitze des

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Vierteljahrsbefte 4/1



<sup>&</sup>lt;sup>36</sup> Puntoni, a. a. O., S. 25-26 (Eintragungen vom 25. und 26. 11. 1940); Galeazzo Ciano, L'Europa verso la catastrofe, Milano 1948, S. 616.

<sup>&</sup>lt;sup>37</sup> Vgl. hierzu die ausgezeichnete Darstellung von Faldella, a. a. O., S. 251–305, bes. S. 277–278.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 305.

<sup>39</sup> Über die Frage des von Mussolini im Frühjahr 1940 geforderten politisch-militärischen Oberhefehls und die Reaktion des Königs, Puntoni, a. a. O., S. 11-14 (Eintragungen vom 14., 15., 31. 5. und 1. 6. 1940), über die Beilegung des Konflikts, Faldella, a. a. O., S. 120-124.

<sup>40</sup> Soleri, a. a. O., S. 207.

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> Puntoni, a. a. O., S. 28 (Eintragung vom 29. 11. 1940).

<sup>42</sup> Ebenda, S. 136.

Generalstabs gestanden hatte<sup>43</sup>. Außerdem besaß der Marschall in den Augen des Königs Eigenschaften, welche für seine Kandidatur sprachen. Die, wie er es darstellte, "kühl berechnende"<sup>44</sup>, "jeglicher Begeisterung unzugängliche" Veranlagung Badoglios versprach Schutz vor politischen Experimenten. Daß er höchste Ämter während der faschistischen Ära bekleidet hatte, mußte sich in der gleichen Weise auswirken, denn dies hatte ihn zumindest äußerlich sich mit dem Regime identifizieren lassen. Sein als Gouverneur in Libyen bewiesenes Verwaltungstalent<sup>45</sup> erschien zusätzlich als Gewähr administrativer Kontinuität. Erhebliches Gewicht hatte aber aller Wahrscheinlichkeit nach, außer den beharrlichen Empfehlungen Acquarones, auch die Meinung von Vittorio Emanuele Orlando, der sich im Sommer 1943 als Ratgeber der Krone entschieden für Badoglio aussprach<sup>46</sup>.

Wie sehr auch immer das oft wenig würdevolle - in Wahrheit derb-ländlicher Familienbezogenheit entstammende - Bemühen Badoglios um Ehrung und Förderung durch Mussolini zu der ungünstigen Meinung des Herrschers beigetragen haben mochte, seine politische Zuverlässigkeit als Schutz des Hauses Savoyen hatte der Marschall wiederholt unter Beweis gestellt. War er im Oktober 1922, in den Tagen des Marsches auf Rom, bereit gewesen, die Aktionsfreiheit der Monarchie zu verteidigen<sup>47</sup>, so hatten drei Jahre danach seine entschlossenen militärischen Dispositionen den Versuch eines faschistischen Gewaltstreichs gegen die Dynastie im Keime erstickt<sup>48</sup>. Die Gesetze des Jahres 1928, welche ein Einspruchsrecht des Regimes bei der Thronfolge andeuteten und auf jeden Fall als reservatio mentalis des Faschismus gegenüber der Monarchie gelten mußten, fanden Badoglio als Senator auf der Seite der Opposition<sup>49</sup>. Allein die ihm von Viktor Emanuel persönlich gegebenen Instruktionen und Erläuterungen<sup>50</sup>, daß die Vorrechte der Krone nicht beeinträchtigt seien, veranlaßten seine bejahende Stimmabgabe. Noch einmal wandte sich Badoglio im Jahre 1938 an den Herrscher, als zur Zeit des äußeren und inneren Brückenschlags zum Nationalsozialismus mit der Schaffung des Ranges eines Ersten Reichsmarschalls durch die Kammern und mit dessen verfassungswidriger Verleihung an Mussolini und den König die königliche Verfügungsgewalt über die italienische Wehrmacht bedroht schien<sup>51</sup>. Doch der durch Vermittlung

<sup>&</sup>lt;sup>51</sup> Salvatorelli-Mira, a. a. O., S. 931; Carocci, a. a. O., S. 83; Ugo d'Andrea, "I nuovi



<sup>43</sup> Bonomi, a. a. O., S. 12.

<sup>44</sup> Puntoni, a. a. O.

<sup>45</sup> Scaroni, S. 50.

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup> Über Orlando vgl. die eigenhändige Aufzeichnung Viktor Emanuels vom 18. Februar 1946, zitiert bei Puntoni, a. a. O., S. 316, über Acquarone vgl. den auf Unterredungen mit dem Minister im Juli 1943 beruhenden Bericht von Aldo Rossini, "Luglio 1943", Corriere del Ticino (Lugano), 24 marzo 1955.

<sup>47 &</sup>quot;Badoglio si difende", in Il Dovere (Bellinzona), 6 novembre 1945.

<sup>48</sup> Ebenda.

<sup>&</sup>lt;sup>49</sup> Vailati, a. a. O., S. 241. Zu dem gesamten Problem vgl. in etwas unterschiedlicher Interpretation Giampiero Carocci, Storia del Fascismo, Milano 1959, S. 51 und Luigi Salvatorelli e Giovanni Mira, Storia d'Italia nel periodo fascista, Torino 1956, S. 417.

<sup>50</sup> Vailati, a. a. O., erwähnt auch die von Badoglio wiedergegebenen Worte des Königs "Lei vada e voti!"

von Kronprinz Umberto dem Monarchen zugeleitete Protest des Marschalls fand keinerlei Echo<sup>52</sup>. In ähnlicher Weise blieb seinem angeblich im Dezember 1940 gefaßten Entschluß, der Krone die Beseitigung der faschistischen Herrschaft vorzuschlagen, der Erfolg versagt, als die von Badoglio erbetene Audienz vom König nicht gewährt wurde<sup>53</sup>. Naturgemäß vermischte sich in solchen damals noch undurchführbaren Plänen<sup>64</sup> die Selbstauffassung des Marschalls als Schildträger der Monarchie mit seinem Resentiment gegen den Diktator<sup>55</sup>. Zum dritten Male seit 1922 sah er sich durch diesen einer Stellung im Zentrum der italienischen Militärpolitik beraubt. Zwar konnten die 1923 durch die Ernennung zum Botschafter in Brasilien erfolgte Entfernung aus Rom und die langjährige Versetzung nach Nordafrika<sup>56</sup> im Jahre 1929 immerhin als ehrenvolle Zwischenstadien einer ungewöhnlich erfolgreichen Laufbahn gelten. Doch seit Dezember 1940 war Badoglio nach den gegen seine Person gerichteten Ausfällen und Anklagen der gesamten italienischen Presse vom öffentlichen Leben isoliert worden 57. Auch seine Beziehungen zu dem Monarchen blieben mehr als zwei Jahre hindurch unterbrochen 59. Es entsprach im allgemeinen nicht der formalistischen Auffassung Viktor Emanuels III. von der Funktion des konstitutionellen Herrschers - als den er sich trotz des Bestehens der Diktatur weiterhin betrachtete -, den Kontakt mit Ministern und anderen Würdenträgern nach deren Ausscheiden aus dem Amte aufrechtzuerhalten 59. Zu der grundsätzlichen Distanzierung gesellte sich in diesem besonderen Fall sowohl die Isolierung des Marschalls wie auch das Fehlen einer persönlichen Beziehung. Zwar führte die sich ankündigende Krise des Faschismus zu einer Annähecolloqui di Cascais", Il Tempo (Roma), 28 marzo 1952; Benito Mussolini, Storia di un anno, Milano 1944, 2ª ed., S. 179-180.

- <sup>52</sup> Vanna Vailati, Badoglio racconta, Toxino 1955, S. 373-374.
- <sup>53</sup> Cassinelli, a. a. O., S. 12. Vgl. Deakin, a. a. O., S. 54 und das dort von diesem erwähnte, der obigen Darstellung widersprechende Gerücht über einen Vorschlag vom Frühjahr 1940, wonach Viktor Emanuel Caviglia und Badoglio vorgeschlagen haben sollte, gegen Mussolini vorzugehen. (Andererseits vgl. die in diesem Aufsatz weiter unten erwähnte mysteriöse Unterredung Acquarones mit dem damaligen Außenminister Galeazzo Ciano am 15. März 1940). Deakin, der des öfteren in solchen Fällen keine Quellen nennt, bezieht sich anscheinend auf einen "Lagebericht" der politischen Polizei für Mussolini vom Frühjahr 1940.
- <sup>54</sup> Vgl. Anm. 46. Die hierauf bezüglichen Worte des Königs lauten: "Allora non si poteva avversare il Capo del Governo." Luigi Salvatorelli, Situazione interna e internazionale dell'Italia nel primo semestre del 1943, MII, Jahrg. 1955, Nr. 34–35, S. 10–11, vertritt die Meinung, daß die Volksstimmung es bereits im September 1939 dem Monarchen gestattet hätte, die faschistische Herrschaft zu beseitigen. Aldo Garosci, L'Italia da Vittorio Veneto ai nostri giorni, II, Comunità (Milano), Jahrg. 12 (1959), Nr. 69, S. 77, hat diese Ansicht m.E. mit Recht zurückgewiesen.
- <sup>55</sup> Lessona, a. a. O., S. 401-402 berichtet, daß sich Badoglio eines Tages mit der Hypothese einer Besetzung des Palazzo Venezia durch bewaffnete Offiziere und der anschließenden Beseitigung Mussolinis befaßte.
- <sup>56</sup> Luigi Barzini, jr., "Il Maresciallo delle cinque guerre", Epoca (Milano), 11 novembre 1956, S. 87.
  - 57 Vailati, Badoglio risponde, S. 74-75.
  - <sup>58</sup> Pietro Badoglio, L'Italia nella seconda guerra mondiale, Milano 1946, 2ª ed., S. 61.
  - <sup>59</sup> Soleri, a. a. O.



rung; die Maske undurchdringlicher Zurückhaltung jedoch, hinter der Viktor Emanuel seinen bereits im Januar 1943 gefaßten Entschluß der politischen Entmachtung Mussolinis verbarg60, verurteilte die wenigen von dem König empfangenen Besucher praktisch dazu, sich mit Monologen zu begnügen<sup>61</sup>. Die von Badoglio erbetene Audienz am 6. März, in der er dem Monarchen seine Analyse der verhängnisvollen militärischen Lage vortragen konnte, verlief ebenso<sup>62</sup>, was indessen durch die Verbindung des Marschalls mit Acquarone und Ambrosio, den eigentlichen Organisatoren der geplanten königlichen Intervention, zum Teil wettgemacht wurde<sup>68</sup>. Erst in der zweiten Unterredung am 15. Juli<sup>64</sup> trat jene Paralellschaltung der Interessen beider Seiten zu Tage, mit der Badoglio bereits im Dezember 1940 gerechnet hatte. Der Beginn der alliierten Invasion Siziliens am 10. Juli gestatte es der Monarchie, den beabsichtigten Schlag gegen die Spitzen des Regimes als verfassungsmäßige Identifizierung der Krone mit dem Friedenswillen der Nation gegenüber den in dem Schlagwort vom "faschistischen Krieg" ausgedrückten Sonderinteressen der politischen Machthaber zu rechtfertigen. Die im Verlauf des Gesprächs von Viktor Emanuel abrupt gestellte Frage, ob der Marschall bereit sei, die Leitung einer neuen Regierung zu übernehmen<sup>65</sup>, war die erste Formulierung der zwingend gewordenen Umstellung. Trotz der bejahenden Antwort Badoglios blieb alles weitere in der Schwebe, so daß der Besucher den Quirinal kaum weniger entmutigt verließ66 als alle anderen bisherigen Gesprächspartner des Königs. Dennoch waren die Konturen des bevorstehenden Umsturzes sichtbar geworden, und es bedurfte nur noch des von dem ersten Luftangriff auf Rom am 19. Juli ausgehenden Anstoßes, um die Entscheidung endgültig zu fixieren<sup>67</sup>. Der Empfang, der dem König am frühen Nachmittag während seiner Besichtigung einiger der betroffenen Stadtviertel bereitet wurde, verbot jedes weitere Zögern. Das Tagebuch General Puntonis verzeichnet eisiges Schweigen und Feindseligkeit der Menge<sup>68</sup> in den

<sup>68</sup> Puntoni, S. 159. Deakin a. a. O., S. 423-424 und 455, der auf Grund der Angaben Ambrosios und Senises dieses Datum hervorhebt, aber dennoch nicht für erwiesen hält, daß



<sup>60</sup> Monelli, a. a. O.

<sup>61</sup> Bonomi, a. a. O., S. 3-7; Soleri, a. a. O., S. 233-236; Adelfi, a. a. O.; Vailati, a. a.O., S. 79 und 83.

<sup>62</sup> Badoglio, a. a. O., S. 62.

<sup>68</sup> Vailati, a. a. O., S. 78-79; Badoglio, a. a. O., S. 62-63.

<sup>64</sup> Puntoni, a. a. O., S. 159.

<sup>&</sup>lt;sup>65</sup> Bonomi, der Badoglios mündlichen Bericht an Carlo Scialoja zitiert, erwähnt auf S. 22 nichts von dieser Frage, während Soleri, S. 237, der in jenen Tagen wiederum aus Cuneo nach Rom kam, eine Unterhaltung mit Bonomi wiedergibt, in der dieser ausdrücklich darauf Bezug nahm.

<sup>66</sup> Vailati, a. a. O., S. 82-83.

<sup>67</sup> Carmine Senise, Quando ero Capo della Polizia 1940–1943, Roma 1946, S. 193. Deakin a. a. O., S. 345 zieht einen Polizeibericht heran, wonach Senise vom König zwischen April und Juni 1943 mindestens fünfmal in lang andauernden Audienzen empfangen worden sei. Es ist hier aber zu beachten, daß es sich in diesem Falle um einen für das Sekretariat Mussolinis am 14. September 1943 vorbereiteten Bericht handelt, dessen Wert mit größter Skepsis beurteilt werden muß, weil es sich dabei um eine als Denunziationsmaterial geplante Zusammenstellung gehandelt haben dürfte.

Straßen der Hauptstadt. Noch am gleichen Tage erfuhr der frühere, im April von Mussolini entlassene, Chef der italienischen Polizei, Carmine Senise, von Acquarone, daß der Monarch sich "als Interpret des Volksempfindens" entschlossen habe, das Land "von dem Regime zu befreien"69. Zwei Tage darauf wurde Badoglio zum Nachfolger bestimmt<sup>70</sup>, wovon Acquarone und Ambrosio dem Marschall am 24. Juli im Namen des Herrschers Kenntnis gaben<sup>71</sup>. Am folgenden Tage, unmittelbar im Anschluß an die Verhaftung Mussolinis, erschienen Acquarone und Puntoni mit der Ernennungsurkunde und dem – von Orlando entworfenen<sup>72</sup> – Aufruf des Marschalls an die Nation in dessen Hause<sup>73</sup>. Nach der Unterzeichnung beider Dokumente begab sich Badoglio in die Villa Savoia, um dort aus der Hand Viktor Emanuels die Liste der Mitglieder des neuen Kabinetts entgegenzunehmen<sup>74</sup>, an deren Zusammenstellung der Chef dieser ersten nachfaschistischen Regierung somit keinen bestimmenden Anteil gehabt hat.

In der Entstehungsgeschichte des Beamtenkabinetts klingen bereits Grundthemen der politischen Auseinandersetzungen der "fünfundvierzig Tage" an. Als im Juni und Juli 1943 der äußere und innere Verfall des faschistischen Italiens die hoffnungslos zersplitterte Widerstandskraft des Regimes vollends lahmgelegt hatte, befand sich Viktor Emanuel III. im Kreuzfeuer von Lösungsvorschlägen aus dem Kreis des römischen Antifaschismus und der konservativen Opposition innerhalb der faschistischen Partei, deren Hauptthema die Bildung einer neuen Regierung sein mußte. Den antifaschistischen Standpunkt<sup>75</sup> formulierte Bonomi in seinem Gespräch mit dem König am 2. Juni. An den Anfang seiner innenpolitischen Pla-



die Entscheidung am 19. Juli fiel, übersieht völlig den oben betonten Zusammenhang mit der Lage in Rom nach dem alliierten Luftangriff vom gleichen Tage.

<sup>69</sup> Senise, a. a. O. Monelli, a. a. O., S. 113 hat mit Recht auf Grund von Senises Darstellung die Entscheidung auf den 19. Juli datiert. Seine Unkenntnis des erst viele Jahre später veröffentlichten Tagebuches von Puntoni hat ihn andererseits daran gehindert, den entscheidenden Zusammenhang zwischen dem Luftangriff und dem Entschluß des Königs zu erkennen. Dies ergibt sich ebenfalls aus einer Bemerkung des Monarchen zu General Puntoni am Tage der Verhaftung Mussolinis (Puntoni, a. a. O., S. 143): "Aspettavo da giorni l'occasione buona. Ormai non avevo più dubbi sull'avversione delle masse per il Duce e per il fascismo." Catalanos (a. a. O., S. 26) Bewertung des an jenem Tage von Roosevelt und Churchill an das italienische Volk gerichteten Manifests als entscheidendes Motiv für den Entschluß Viktor Emanuels ist m. E. unzutreffend. Die Auffassung von der Schlüsselfunktion des 19. Juli sowie des Zusammenhangs zwischen alliiertem Luftangriff und der Entscheidung des Königs ist nach Abschluß dieser Arbeit von General Castellano in seinem Buch La guerra continua, Milano 1963, und von Gianfranco Bianchi (vgl. Anm. 235 weiter unten) bekräftigt worden.

<sup>70</sup> Senise, a. a. O., S. 196.

<sup>&</sup>lt;sup>71</sup> Giuseppe Castellano, Come firmai l'armistizio di Cassibile, Milano 1945, 2ª ed., S. 61; Paolo Monelli, "La parte di Badoglio e di Ambrosio nelle responsibilità dell'8 settembre", La Stampa (Torino), 30 novembre 1958, dessen Ausführungen auf Informationen von Acquarone, Ambrosio und General Castellano beruhen.

<sup>72</sup> Monelli, a. a. O., S. 112.

<sup>78</sup> Puntoni, a. a. O., S. 145-146.

<sup>74</sup> Badoglio, a. a. O., S. 71.

<sup>75</sup> Bonomi, a. a. O., S. 4-7.

nung stellte er die Entlassung Mussolinis auf Grund der im Statuto, der Verfassung von 1848, niedergelegten Befugnisse der Krone. Die Verhaftung des Duce zur Verhütung eines sonst unvermeidlichen Bürgerkrieges sollte die Aufgabe der zunächst zu ernennenden Militärregierung sein. Dieser innenpolitischen Maßnahme müsse die außenpolitische, die Trennung von dem Achsenpartner, mit der Kündigung des 1939 nicht zwischen Italien und Deutschland, sondern ausdrücklich "zwischen zwei Regimen, zwei Revolutionen" geschlossenen Bündnisses in kürzestem Abstand folgen. Die Verkündung dieses Schrittes wollte Bonomi einem politischen Ministerium vorbehalten. Der Kernpunkt seines Programms betraf die im Interesse der Landesverteidigung erforderliche kurze Zeitspanne zwischen der Intervention des Königs und der militärischen Führung und der Ernennung eines politischen Kabinetts. Doch bereits in dieser ersten Formulierung tauchte die Möglichkeit auf, die erste Phase durch die sofortige Einsetzung einer rein politischen Regierung unter einem militärischen Regierungschef zu überspringen. Die verkürzte Konzeption hatte mit der Verschärfung der militärischen Lage seit der Invasion Siziliens - in Bonomis Besprechung mit Badoglio am 14. Juli das vorherige Zwei-Phasen-Programm vollständig verdrängt<sup>76</sup>. Das militärisch-politische Kabinett sollte nunmehr sowohl die Internierung Mussolinis als auch die außenpolitische Kehrtwendung vornehmen. Badoglio sollte sogleich zum Ministerpräsidenten, Bonomi zu dessen Stellvertreter, die übrigen Kabinettsmitglieder erst einige Tage später ernannt werden. Die von Bonomi auszuwählenden politischen Minister würden alle Schattierungen des Antifaschismus von den Liberalen bis zu den Kommunisten repräsentieren. Die Ernennung der militärischen Kabinettsmitglieder sollte Badoglio vorbehalten bleiben, der dieser Arbeitsteilung seine volle Zustimmung gab. Man kam außerdem überein, den König um die Ermächtigung zur sofortigen Auflösung der Kammer der Fasci und Korporationen und zur vorläufigen Suspendierung des Senats zu ersuchen.

Der Plan einer unverzüglichen Liquidierung des faschistischen Parlaments ist gewiß nicht die einzige, aber vielleicht die aufschlußreichste Divergenz zwischen dem antifaschistischen Programm und den von Dino Grandi, dem Präsidenten der Kammer, bei seinem letzten Empfang durch den König am 3. Juni entworfenen Grundzügen einer nachfaschistischen Regierungsstruktur<sup>77</sup>. Im Gegensatz zu Bonomi, der eine neue Regierung durch die Gesamtheit der in ihr vertretenen Parteien und durch die königliche Ernennung als ausreichend legitimiert erachtete, wollte Grandi die Legitimierung durch die faschistische Kammer vornehmen lassen. Als Ministerpräsident schien ihm allein Marschall Caviglia durch seine nichtfaschistische Vergangenheit, sein, wie er meinte, unangetastetes Prestige in der Armee, und das ihm in England entgegengebrachte Vertrauen in jeder Hinsicht geeignet. Das durch Caviglias Ansehen gedeckte Kabinett sollte sich als eine von den im Faschis-

<sup>&</sup>lt;sup>77</sup> Grandi, a. a. O., S. 21-25, wonach dieser den Grundriß seines Planes dem König Anfang Juni vorlegte, die genauen Einzelheiten aber erst am frühen Morgen des 25. Juli, sofort nach der Schilderhebung der Mitglieder des faschistischen Großrats, mit Acquarone erörterte.



<sup>&</sup>lt;sup>76</sup> Ebenda, S. 20-21.

mus aufgegangenen früheren Nationalisten bis zu den Liberalen und Christlichen Demokraten reichende Koalition des gemäßigten Faschismus und Antifaschismus präsentieren. Die durch königliches Dekret aufgelöste Kammer der Fasci und Korporationen würde dann unter ihrem ursprünglichen Namen als Deputiertenkammer am folgenden Tage zusammentreten, um der Regierung Caviglia durch ein Vertrauensvotum die Grundlage der verfassungsmäßigen Legalität zu verleihen<sup>78</sup>. Es war unverkennbar, daß der Versuch einer Erhaltung des gemäßigten Faschismus durch Spaltung des Antifaschismus der innenpolitische Ausgangs- und Kernpunkt des Planes Grandis war. Die Konzeption einer Legitimierung der neuen Regierung durch die mit bloßem Namenswechsel aus einer faschistischen in eine liberale Institution rückverwandelte Kammer bedeutete eine weitere in den Umsturz eingebaute Sicherung zum Schutze des gleichen gemäßigten Faschismus, als dessen repräsentativste Persönlichkeit Grandi unzweifelhaft gelten konnte<sup>79</sup>.

Für Viktor Emanuel III. waren jedoch die beiden vorgeschlagenen Wege gleichermaßen ungangbar. Ein Kabinett Badoglio-Bonomi, in das eine Reihe führender antifaschistischer Persönlichkeiten des vorfaschistischen Italien aufgenommen werden sollten, wurde von ihm kurzerhand als "Gespensterregierung" abgetan<sup>80</sup>. Es war jedoch weniger die "gespensterhafte" Beschaffenheit dieses Vorschlags, die den Monarchen abschreckte, sondern vor allem die Furcht vor radikalen Kampfmaßnahmen einer solchen Regierung gegen das gesamte faschistische System und deren Rückwirkung auf die zwei Jahrzehnte hindurch mit diesem liierte Dynastie. Nicht weniger negativ mußte sein Urteil über die Anregungen Grandis ausfallen. Selbst wenn der König sein politisches Mißtrauen gegen den Kammerpräsidenten, das er noch zu Anfang des Jahres zum Ausdruck gebracht hatte<sup>81</sup>, in den darauf folgenden Monaten überwunden haben sollte, so genügte bereits die betonte Herausstellung Caviglias, um ihn zur Ablehnung des Planes Grandis zu veranlassen. Ebenso konnte ein so skeptischer Beobachter der politischen Vorgänge, wie Viktor Emanuel es war, sich kaum für die unrealistische Idee einer faschistisch-antifaschi-



<sup>78</sup> ders., S. 25.

<sup>&</sup>lt;sup>79</sup> Grandi selbst bot seine Dienste als Unterhändler für den sofort mit den Alliierten abzuschließenden Waffenstillstand an, um in Madrid durch die Vermittlung des dortigen englischen Botschafters, Sir Samuel Hoare, den Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens die Bedeutung der italienischen Geschehnisse auseinanderzusetzen. Deakin, a. a. O., S. 478–479, gibt eine gedrängte Darstellung der "gemäßigten" Oppositionsgruppe innerhalb der faschistischen Führungsschicht (Grandi, Federzoni, Bottai). Vgl. hierzu aber außerdem die wesentlich tiefer schürfenden Bemerkungen von Raffaele Colapietra in: MLI, Jahrg. 1962, Nr. 90, S. 90.

<sup>80</sup> Bonomi, S. 23 und Soleri, a. a. O., bezeichnen diese Meinungsverschiedenheiten als Grund für den negativen Ausgang der Unterredung Badoglios mit Viktor Emanuel am 15. Juli. Vailati, a. a. O., die in ihren Angaben nicht immer zuverlässig ist, beruft sich dagegen auf Oberst Valenzano, den Neffen und Privatsekretär des Marschalls, demzufolge Badoglio das Thema in jenem Gespräch überhaupt nicht anschnitt. Badoglio selbst verlegt den Vorfall auf den Nachmittag des 25. Juli. Es ist durchaus möglich, daß die Frage sowohl am 15. wie auch nochmals am 25. Juli zwischen dem König und Badoglio zur Sprache kam.

<sup>81</sup> Puntoni, a. a. O., S. 120 (Eintragung vom 12. 2. 1943).

stischen Koalition erwärmen, die außerdem schon allein durch die Beteiligung des Antifaschismus an der Regierung mit seinen eigenen Zielen unvereinbar war<sup>812</sup>.

Welche Überlegungen waren nun aber für den von ihm gewählten Ausweg eines Beamtenkabinetts maßgebend? Diese überraschende Wendung wird gewöhnlich allzu vereinfachend als Schutzmaßnahme gegen eine republikanische Bedrohung der Monarchie durch den Antifaschismus interpretiert<sup>82</sup>. Daß dieser Gesichtspunkt eine bedeutsame Rolle spielte, ist unbestreitbar, wenn auch die wenigen Quellen unmittelbar keine Anhaltspunkte bieten, sondern nur auf die außenpolitische Motivierung der notwendigen Beschwichtigung deutschen Mißtrauens durch die Einsetzung einer unpolitischen Regierung anspielen<sup>83</sup>. Die eigenhändige Aufzeichnung des Monarchen aus dem Jahre 1946, daß Orlando eine Beamtenregierung "wünschte"84, ist wohl zutreffend, vermag jedoch kaum eine ausreichende Erklärung zu geben. Dagegen scheint eine mehr als zwei Jahre vor den Entscheidungen des Sommers 1943 von Puntoni notierte Bemerkung Viktor Emanuels die innenpolitischen Zusammenhänge zu erhellen<sup>85</sup>. Am 25. Januar 1941 kam der über die militärische und innenpolitische Lage höchst beunruhigte König auf den Marsch auf Rom und die von ihm selbst im Herbst 1922 verfolgte Politik zu sprechen. Mehr als zwei Tage, so erzählte er, habe er damals persönlich "dem Polizeipräsidenten von Rom sowie dem kommandierenden General des Armeekorps" Befehle erteilen müssen, "um zu verhindern, daß sich die Italiener gegenseitig umbrächten". Zieht man in Betracht, daß diese Erinnerungen 1941 anläßlich aktueller Befürchtungen über die innenpolitische Entwicklung auftauchten und daß solche Befürchtungen im Sommer 1943 stärker sein mußten als je zuvor, so drängt sich die Schlußfolgerung auf, daß hier das hauptsächlichste Motiv der Bevorzugung eines Beamtenkabinetts zu suchen ist. Da die Monarchie die Reaktionsfähigkeit des Faschismus bis zuletzt überschätzte und innerhalb der Parteiführung Tendenzen bestanden, Mussolini durch ein Triumvirat zu ersetzen, um auf diesem Wege das Feld zu behaupten<sup>86</sup>, mußte die Sorge Viktor Emanuels vor faschistischem Widerstand und einem daraus entstehenden bürgerkriegsähnlichen Zusammenprall von defensivem Faschismus und revolutionär-aggressivem Antifaschismus um so größer sein. Daß der Antifaschismus unweigerlich in ein solches Fahrwasser geraten würde,

<sup>&</sup>lt;sup>86</sup> Über die durch Vorbereitungen von Seiten der faschistischen Miliz verursachten Befürchtungen im Quirinal vgl. Puntoni, a. a. O., S. 133 (Eintragung vom 1.–3. 6. 1943). Den Plan eines faschistischen Triumvirats erwähnt Badoglio, a. a. O., S. 73, auf Grund der Mitteilungen eines der Hauptbeteiligten. Monelli (a. a. O., S. 126) zufolge sollte sich das geplante Triumvirat aus Ciano, dem früheren Korporationen- und Erziehungsminister Giuseppe Bottai und dem Unterstaatssekretär im Außenministerium, Giuseppe Bastianini, zusammensetzen.



<sup>81</sup>a Vgl. auch die zutreffende Interpretation von Deakin, a. a. O., der aber die innenpolitische Motivierung völlig übersieht.

<sup>82</sup> Catalano, a. a. O., S. 26-27.

<sup>83</sup> Soleri, a. a. O., S. 238.

<sup>84</sup> Puntoni, a. a. O., S. 316; vgl. Anm. 46.

<sup>85</sup> ders., S. 40. Vgl. auch eine von Monelli, a. a. O., S. 106, herangezogene Bemerkung Acquarones über die Sorge des Königs vor einem Bürgerkriege.

erschien dem Monarchen selbstverständlich, da er, wie bereits erwähnt, von der Schwäche der alten antifaschistischen Politiker gemäßigter Observanz aus der Zeit vor 1922 fast überzeugt war. Ein unpolitisches Kabinett bedeutete daher für den König die Isolierung des Antifaschismus von politischer Einflußnahme bei gleichzeitiger Erfüllung seiner auf die Entlassung des Duce dringenden Forderung und die Neutralisierung des Faschismus durch Entmachtung Mussolinis bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der gemäßigt faschistischen Bindung an die Monarchie durch weitgehende Konservierung der politischen Strukturen des Regimes. Auf diese Weise wäre die Bürgerkriegsgefahr durch eine die innenpolitischen Gegner voneinander trennende Intervention der Krone vermieden worden. Es war das die Schiedsrichterrolle der Monarchie, auf die General Puntoni mit Billigung des Königs bereits Ende 1942 hingewiesen hatte<sup>87</sup>.

Nachdem im Quirinal die definitive Weichenstellung in "unpolitischer" Richtung vollzogen worden war, blieb nur noch übrig, Badoglios Unterstützung für diese zu erlangen und eine Kabinettsliste zusammenzustellen. Dank Acquarones Überredungskunst war man der Zustimmung des Marschalls nach wenigen Tagen sicher. Schien hiermit der Antifaschismus in die von dem Monarchen gewünschte Isolierung gedrängt, so warnte andererseits ein Memorandum der um Bonomi und den führenden Exponenten der Liberalen, Graf Casati, gruppierten gemäßigt antifaschistischen Kreise den Herrscher eindringlich vor der verhängnisvollen Übernahme der alleinigen politischen Verantwortung, die sich, im Gegensatz zu seiner jahrzehntelangen Verfassungspraxis, aus der Ernennung eines Kabinetts von Generälen und Beamten ergeben müsse, da der König dann als einzige Stütze einer solchen Regierung zur Zielscheibe aller faschistischen und antifaschistischen Angriffe werden würde<sup>88</sup>. Mit der kontrastierenden Interpretation der "unpolitischen" Lösung durch Monarchie und antifaschistische Opposition war endgültig das Gelände abgesteckt, auf dem der innenpolitische Konflikt der "fünfundvierzig Tage" ausgetragen werden sollte.

 $\mathbf{II}$ 

Die Innenpolitik des ersten Kabinetts Badoglio hat ihren Ausgangspunkt in den beiden Proklamationen Viktor Emanuels III. und des neuen Regierungschefs, die der italienische Rundfunk in den späten Abendstunden des 25. Juli im Anschluß an die Nachricht von der Amtsenthebung Mussolinis und der Ernennung Marschall Badoglios bekanntgab<sup>89</sup>. Die Ankündigung Badoglios, daß er auf Befehl des Königs die militärische Regierung des Landes übernommen habe, wurde ergänzt durch die mahnenden Worte des Monarchen: "... keine Abweichung darf geduldet werden, keine Anschuldigung ist statthaft". Die hier ausgesprochene Warnung war die erste öffentliche Andeutung jenes politischen Programms, das Viktor Emanuel drei



<sup>87</sup> Puntoni, a. a. O., S. 107 (Eintragung vom 26. 11. 1942).

<sup>88</sup> Bonomi, a. a. O., S. 26-28, bes. S. 27.

<sup>89</sup> ders., S. 36-37.

Wochen zuvor im Gespräch mit General Puntoni formuliert hatte. Eine Entfernung Mussolinis, so sagte er, bedeute keine Zertrümmerung des Faschismus, sondern die allmähliche Umformung derjenigen Aspekte seines politischen Systems, die sich für das Land als schädlich erwiesen hätten 30. Diesem Ziel sollten die Isolierung von Faschismus und Antifaschismus zur Verhütung des Bürgerkrieges, die hierbei von der Monarchie auszuübende Schiedsrichterrolle und die aufrechtzuerhaltende Bindung der Krone an den gemäßigten Faschismus dienen.

Die Schwäche dieser autoritären Konzeption erwies sich bereits im Laufe der ersten vierundzwanzig Stunden der neuen Ära. Im Gegensatz zu den Befürchtungen des Königs akzeptierten die faschistische Partei und die Miliz die Eliminierung Mussolinis ohne nennenswerten Widerstand. Das Parteisekretariat, dessen Leiter, der erst vor wenigen Monaten ernannte Parteisekretär Carlo Scorza, noch am Nachmittag des 25. Juli angesichts der undurchsichtigen innenpolitischen Lage einen in Wahrheit undurchführbaren Befehl zur Mobilisierung der römischen Sturmabteilungen gegeben hatte, richtete noch am gleichen Abend unter dem Druck des Oberkommandierenden der Carabinieri, General Cerica, an alle Provinzialverbände der Partei ein Telegramm, das diesen strengste Passivität gegenüber dem Regierungswechsel auferlegte<sup>31</sup>. Ebenso fügte sich der Generalstabschef der faschistischen Miliz, Enzo Galbiati, nach einigem Zögern den Anordnungen Badoglios 92, wodurch die Unruhe der in Rom kasernierten Milizverbände folgenlos blieb<sup>93</sup>. Die seit Ende Juni in der Nähe Roms mit Hilfe der SS in Aufstellung begriffene Panzerdivision "M" der Miliz unterbrach ihre Manöver und schob sich während der Nacht näher an die Hauptstadt heran, blieb dann aber ebenfalls untätig, nachdem sich ihr Kommandeur persönlich von der Stimmung der durch die Ereignisse in einen Freudentaumel versetzten Bevölkerung überzeugt hatte 94. Nur am Abend des 25. Juli wurde das Milizkommando in dem Arbeiterdistrikt Trastevere von Einheiten der Armee angegriffen 84a, und am frühen Morgen des 26. Juli kam es auf Grund eines Mißverständnisses zu einem einstündigen Feuergefecht zwischen den am Viminalpalast, dem neuen Amtssitz Badoglios, zusammengezogenen Truppen und einigen in der nahegelegenen Luftabwehrkaserne stationierten Milizeinheiten 95.

Unter solchen Umständen traten die unmittelbaren antifaschistischen Massenaktionen und deren politischer Effekt umso nachhaltiger in den Vordergrund. Gewiß war die vorherrschende Note der nächtlichen Umzüge und Ansammlungen

<sup>95</sup> Badoglio, a. a. O., S. 83; Monelli, a. a. O., S. 133; Senise, a. a. O., S. 208.



<sup>90</sup> Puntoni, a. a. O., S. 136 (Eintragung vom 5. Juli 1943).

<sup>91</sup> Monelli, a. a. O., S. 167-168; Castellano, a. a. O., S. 66; Senise, a. a. O., S. 204.

<sup>&</sup>lt;sup>92</sup> Monelli, a. a. O., S. 168-169; Castellano, a. a. O., S. 67; Senise, a. a. O.; Deakin, a. a. O., S. 471-473 und S. 485, Anm. n.

<sup>&</sup>lt;sup>92</sup> Monelli, a. a. O., S. 169; Castellano, a. a. O., Senise, a. a. O., S. 205. Die sich widersprechenden Angaben der in diesen Ereignissen eine Rolle spielenden Persönlichkeiten hat Deakin, a. a. O., S. 474, Anm. c, zusammengestellt.

Gastellano, a. a. O., S. 68. Über die Division "M" vgl. Deakins Appendix, a. a. O. S. 335–336.
 Deakin, a. a. O., S. 473.

in Rom<sup>98</sup>, Mailand<sup>97</sup> und Turin<sup>98</sup> die dem Monarchen und Badoglio entgegengebrachte Zuneigung und Dankbarkeit, doch setzten sich zuerst in der Hauptstadt und am Tage danach im Norden des Landes Tendenzen durch, die den Plänen Viktor Emanuels den Boden zu entziehen drohten. Rom erlebte noch in der Nacht vom 25. zum 26. Juli eine Reihe von Angriffen auf die Sitze faschistischer Ortsgruppen, die meist mit deren völliger Verwüstung endeten 99. In Mailand kam es am folgenden Morgen nicht nur zu Aktionen der gleichen Art, sondern darüberhinaus zu bedrohlichen Ansammlungen vor den Häusern bekannter Faschisten, die das Eingreifen von Armeeinheiten erforderten 100. In Turin stürmten Tausende von demonstrierenden Arbeitern das Gefängnis, wobei über vierhundert politische Gefangene befreit wurden 101. Im allgemeinen blieben solche Vorkommnisse auf die norditalienischen Industriezentren beschränkt und die provinzielle Abgeschiedenheit der mittleren und kleinen Städte wurde nur vorübergehend durchbrochen 102. Doch die sich in zahlreichen Einzelaktionen im ganzen Lande wiederholende Zerstörung der allgegenwärtigen Symbole des Regimes bekräftigte in eindeutiger Weise die Bedeutung dieser Tage: die faschistische Partei war nach mehr als zwanzigjähriger Herrschaft in wenigen Stunden von der politischen Bühne gefegt worden.

Als Viktor Emanuel III. am Nachmittag des folgenden Tages, anschließend an die Vereidigung des neuen Kabinetts, in kleinerem Kreise einige verächtliche Bemerkungen über die Demonstrationen des 25. und 26. Juli machte <sup>108</sup>, glaubte zumindest einer der Anwesenden aus dieser radikalen Distanzierung von der öffentlichen Meinung und in den sofort erfolgten überaus scharfen Kampfmaßnahmen der Exekutive gegen alle Kundgebungen dieser Art das Ziel des Königs, eine Art persönlichen Regimes, erschließen zu können. Doch die tatsächlichen Zusammenhänge stellen sich wesentlich anders dar. Es ist möglich und sogar wahrscheinlich, daß sich die Worte des Monarchen allein auf die Vorfälle in Rom bezogen, da ihn, wie das Tagebuch General Puntonis deutlich zum Ausdruck bringt<sup>104</sup>, die Ereignisse in



<sup>96</sup> Monelli, a. a. O., S. 131-152.

<sup>&</sup>lt;sup>97</sup> Guido Visconti di Mondrone, Il mio esilio nella terra di Guglielmo Tell (Diario di un rifugiato), Milano 1945, S. 8–9.

<sup>98</sup> Raimondo Luraghi, Il movimento operaio torinese durante la Resistenza, Torino 1958, S. 62.

<sup>&</sup>lt;sup>99</sup> Badoglio, a. a. O., S. 72; Attilio Tamaro, Due anni di storia, Vol. I, Roma 1948, S. 81. <sup>200</sup> Vgl. Emanuele Tortoreto, Sul movimento operaio in Milano, in: MLI, Jahrg. 1956, Nr. 43, S. 17 und Carlo Ludovico Ragghianti, Disegno della Liberazione Italiana, Pisa 1954, S. 15. Tamaro, a. a. O., S. 82, erwähnt Gewehrfeuer faschistischer Dachschützen am gleichen Tage, während Rovereto zufolge (S. 18) diese Zwischenfälle sich erst am 28. und 29. Juli zutrugen.

<sup>&</sup>lt;sup>101</sup> Giorgio Vaccarino, Il movimento operaio a Torino, in: MLI, Jahrg. 1952, Nr. 19, S. 22-23.

<sup>102</sup> Tamaro, a. a. O., S. 83; Giampaolo Pansa, Appunti per una storia della Resistenza nella provincia di Alessandria, in: MLI, Jahrg. 1959, Nr. 55, S. 4.

<sup>&</sup>lt;sup>103</sup> Leopoldo Piccardi, Colpo di Stato e Movimento di Liberazione, in: MLI, Jahrg. 1955, Nr. 34-35, S. 122.

<sup>104</sup> Puntoni, a. a. O., S. 146 (Eintragung vom 26. Juli 1945).

Norditalien in erhebliche Sorge versetzten. Die Aufzeichnungen des Generaladjutanten sprechen im Hinblick auf die im Norden "sofort eingetretene Wendung zum Schlechten" von einer "ernsten Krise", die der König jedoch zu bewältigen hoffte.

Nicht Verachtung, sondern die Befürchtung, daß der Plan einer Immunisierung des Landes gegen bürgerkriegsähnliche Verwicklungen und damit die zur Bewältigung dieser Aufgabe angestrebte Schlüsselstellung der Monarchie unter einer vom Norden heranrollenden politischen Sturmflut begraben werden könnten, erklären die Verhängung des Ausnahmezustandes in schärfster Form und die Übertragung der zivilen Gewalt an die Militärbehörden am 26. Juli 105. Die Plötzlichkeit dieser Maßnahmen geht auch daraus hervor, daß der erst im April von Mussolini entlassene und am 25. Juli wieder in sein Amt eingesetzte Chef der italienischen Polizei, Senise, Schritte dieser Art vorher nicht in Erwägung gezogen, sondern höchstens an eine Militarisierung von Polizei, Eisenbahn- und Postpersonal gedacht hatte 106. Bemüht man sich, die Bedeutung der schließlich vorgenommenen Unterstellung des gesamten öffentlichen Lebens unter Militärkontrolle zu erfassen, so tritt die im Zusammenhang damit verkündete zweite Proklamation Badoglios, worin die Bevölkerung zum Fernbleiben von allen Demonstrationen ermahnt sowie das militärische Verbot jeglicher Ansammlungen bekanntgegeben wurde 107, in den Hintergrund gegenüber den am gleichen Tage an die Truppen ergangenen internen Instruktionen, dem sogenannten "Roatta-Rundschreiben" 108. Badoglio hatte zwar am Vortage seine Regierung als "militärische" bezeichnet, aber der Befehl über die gesamte Wehrmacht lag seit dem 25. Juli wieder wie vor 1940 in den Händen des Monarchen, der sich außerdem nunmehr der bisherigen "Dyarchie" von Regime und Krone entledigt hatte. Dem Korporationenminister des Kabinetts Badoglio, Leopoldo Piccardi<sup>109</sup>, ist daher beizupflichten, wenn er das Roatta-Rundschreiben als Ausdruck der Geisteshaltung der dem König am nächsten stehenden militärischen Kreise interpretiert, wobei jedoch hinzuzufügen ist, daß dieser Erlaß auch die von Puntoni vermerkte schwere Besorgnis des Herrschers widerspiegelt. Ausgehend von dem als Punkt 2 des Rundschreibens aufgestellten Grundsatz: "Wenig am Anfang vergossenes Blut erspart Ströme von Blut späterhin; daher muß jede Bewegung unnachsichtlich im Keime erstickt werden", wurde der Armee befohlen, jede Störung der öffentlichen Ordnung wie eine Konzentration feindlicher Truppen im Felde zu behandeln, sofort scharf zu schießen und notfalls auch ohne vorherige Ankündigung Artillerie einzusetzen. Rädelsführer sollten ohne weiteres



<sup>106</sup> Die Proklamation ist bei Tamaro, a. a. O., S. 137-138 in vollem Wortlaut wiedergegeben.

<sup>106</sup> Senise, a. a. O., S. 198.

<sup>107</sup> Den Wortlaut des Aufrufs hat Tamaro, a. a. O., S. 139 veröffentlicht.

<sup>&</sup>lt;sup>108</sup> Vaccarino, a. a. O., S. 30 bringt Auszüge, Tamaro, a. a. O., S. 140, der unzutreffenderweise den Titel "Badoglio-Rundschreiben" verwendet, den vollständigen Text. General Roatta war zu jener Zeit Generalstabschef des Heeres.

<sup>109</sup> Piccardi, a. a. O., S. 122-125.

erschossen, alle anderen Elemente den Kriegsgerichten zur unverzüglichen Aburteilung zugeführt werden. Angesichts der von vornherein dem Militär im Rahmen der politischen Umstellung zugedachten Funktion brachten die drakonischen Maßnahmen, deren Anwendung selbst gegen zögernde oder schwankende Soldaten und Offiziere angedroht war, das Ausmaß der Beunruhigung der Staatsspitze zum Ausdruck.

Der Versuch, die abrupt hervorgetretene innenpolitische Bewegung mit Hilfe des Belagerungszustandes lahmzulegen, schlug fehl. Die Welle der Demonstrationen, Ansammlungen und Ausschreitungen konnte so zwar größtenteils zum Stillstand gebracht werden. Doch die Dynamik der innenpolitischen Offensive, von nun an ihres öffentlichen Ventils beraubt, mußte sich damit unweigerlich von den Straßen und Plätzen der großen Städte auf die Ebene der Parteien und – was der Plan des Monarchen um jeden Preis hatte vermeiden wollen – deren Beziehungen zu der Regierung Badoglio verlagern.

Die hier einsetzende Dialektik von Regierung und Parteien wurde dadurch entscheidend bestimmt, daß die letzteren nicht so sehr als individuelle Kräfte, sondern als politische Gemeinschaften in Erscheinung traten. Zur gleichen Zeit, als sich in den letzten Monaten der faschistischen Herrschaft die ersten Ansätze einer Wiederbelebung des nach 1925 dem totalen Druck der Diktatur erlegenen italienischen Parteiensystems abzeichneten, hatten auch die auf eine Koordinierung der antifaschistischen Gruppen gerichteten Bemühungen begonnen<sup>110</sup>. Doch die Wachsamkeit des bei allen Auflösungserscheinungen bis zuletzt weitgehend intakten Sicherheitsapparats des Regimes brachte es unvermeidlicherweise mit sich, daß solche Kontakte zwischen Liberalen, Christlichen Demokraten, Aktionspartei, Sozialisten und Kommunisten sich zuerst nur auf lokaler oder allenfalls regionaler Ebene entwickeln konnten<sup>111</sup>, wobei in Übereinstimmung mit der herkömmlichen politischen Schwerpunktbildung Italiens Rom und Mailand die ausschlaggebende Rolle spielten, obgleich die ersten Bemühungen dieser Art Turin zum Schauplatz hatten. Dies bedeutete aber auch, daß die unterschiedliche Struktur des römischen und norditalienischen Milieus in divergierenden Stellungnahmen der jeweiligen antifaschistischen Gruppen ihren politischen Niederschlag finden würde. Schon die Zusammensetzung der im Herbst 1942 in beiden Städten entstandenen antifaschistischen Ausschüsse brachte diese Tendenzen zum Ausdruck. In der Hauptstadt hatten sich Liberale, Christliche Demokraten und Sozialisten, in Mailand dagegen die Aktionspartei, der radikale Flügel der Sozialisten (die Bewegung für proletarische Einheit) und die Kommunisten zusammengefunden. Die tiefgehenden



<sup>&</sup>lt;sup>110</sup> Bonomi, a. a. O., S. XI; Catalano, a. a. O., S. 12; ders., Dalla crisi del prime dopoguerra alla fondazione della repubblica (Storia d'Italia, Vol. V), Torino 1960, S. 475.

<sup>&</sup>lt;sup>111</sup> Angesichts der sich in den Details stark widersprechenden zeitgeschichtlichen Literatur habe ich mich in den nachfolgenden Ausführungen über die antifaschistischen Koordinierungsbestrebungen einer Darstellung von Leone Cattani angeschlossen, der an den Verhandlungen in maßgeblicher Funktion als Vertreter der Liberalen beteiligt war (Lezioni sull'antifascismo, Bari 1960, S. 236–238).

Meinungsverschiedenheiten zwischen Mailand und Rom bezogen sich in erster Linie auf das Problem der antifaschistischen Methodik, – der Mittel, mit denen der Sturz des Regimes zuwegegebracht werden sollte. Der mehrheitlich gemäßigten Haltung des römischen Komitees, in dem die Liberalen starken Einfluß besaßen, entsprach auch dessen Bereitschaft, selbst die Hilfe der durch zwanzigjährige Koexistenz mit dem Faschismus kompromittierten Monarchie nicht zu verschmähen, wenn sich dadurch die Beseitigung der Diktatur beschleunigen ließe. Im Norden dagegen befürwortete man eine breite Volksbewegung, die ohne politische Kompromisse das bereits angeschlagene Herrschaftssystem Mussolinis durch direkte revolutionäre Aktion aus dem Sattel heben sollte.

Die Gefahr, daß der italienische Antifaschismus dadurch im Entscheidungsjahre der faschistischen Krise in zwei auseinanderstrebende und sich gegenseitig lahmlegende Lager gespalten würde, konnte erst kurz vor dem 25. Juli durch Vermittlung der Flügelgruppen, der Kommunisten und Liberalen, gebannt werden, ohne daß eine der beiden Seiten von vornherein ihre wesentlichen Grundsätze geopfert hätte. Ein am 4. Juli von Vertretern aller fünf Parteien in Mailand unterzeichnetes Dokument schuf zum ersten Male einen Vereinigten Antifaschistischen Ausschuß auf überregionaler Grundlage. Das Mailänder Komitee erklärte sich mit einer Aufforderung an die Monarchie zum sofortigen Eingreifen einverstanden, während die Vertreter Roms das - eher theoretische - Zugeständnis der revolutionären Lösung machten, falls der Monarch nicht oder zu spät handeln würde. Die Grundlage der neuen politischen Gemeinschaft war nunmehr gesichert. Einmal da die bald darauf erfolgende Intervention Viktor Emanuels III. die Parteien der Notwendigkeit einer endgültigen Entscheidung zugunsten der revolutionären Lösung enthob, für die in Wirklichkeit keine Chance bestand<sup>112</sup>. Darüber hinaus konnte die Orientierung des am 25. Juli beginnenden Abschnitts der italienischen Innenpolitik dem Fünf-Parteien-Ausschuß nur zusätzliches Gewicht verleihen, obwohl die Parteien während der fünfundvierzig Tage auf eine halblegale Rolle beschränkt blieben.

Das Kabinett Badoglio, welches somit durch die Schwerkraft der politischen Entwicklung unmittelbar mit den antifaschistischen Parteien konfrontiert wurde, war seiner Zusammensetzung nach für die damit verbundene Aufgabe höchst ungeeignet. Es wäre jedoch ungerechtfertigt, wollte man dieses Unvermögen allein auf das Konto des militärischen Faktors innerhalb der Regierung setzen. Die Physiognomie der Regierung wurde in unverkennbarer Weise durch die Ministerialbürokratie bestimmt. Auswärtige Angelegenheiten, Inneres, Finanzen, Öffentliche Arbeiten, Landwirtschaft, Propaganda, Erziehungswesen, Korporationen und Handel waren Vertretern der hohen Beamtenschaft anvertraut<sup>113</sup>. Korporationenminister

<sup>&</sup>lt;sup>113</sup> Vgl. die Kabinettsliste und eine am 27. Juli von der amtlichen Agenzia Stefani veröffentlichte eingehende Darstellung der Laufbahn der einzelnen Kabinettsmitglieder bei Tamaro, S. 142–144.



<sup>&</sup>lt;sup>112</sup> Leopoldo Piccardi, La storia non aspetta, Bari 1957, S. 48, vertritt mit vollem Recht den Standpunkt, daß das italienische Volk zu jenem Zeitpunkt keiner revolutionären Aktion fähig war. Diese Ansicht wird von kommunistischen Historikern mit unzureichenden Argumenten bekämpft.

Piccardi und Erziehungsminister Severi (ebenso Kriegsminister General Sorice) gehörten dem Staatsrat an. Außenminister Guariglia und Propagandaminister Rocco waren außerdem Berufsdiplomaten. Die in das Kabinett berufenen Generäle Amoroso, Favagrossa, Gabba, Randalli, Sorice und Admiral De Courten leiteten allein die wesentlich militärischen Ministerien, Krieg, Luftfahrt, Kriegsproduktion, Verkehr, Italienisches Afrika und Marine. Ein Versuch der an den Vorbereitungen der Verhaftung Mussolinis maßgeblich beteiligten Generäle Carboni und Castellano, sich die Ministerien für Propaganda und Auswärtige Angelegenheiten zu sichern, war im letzten Augenblick vom König vereitelt worden<sup>114</sup>. Dies bewies noch einmal, wie sehr dem Monarchen daran gelegen war, eine autonome politische Einflußnahme der Generalität über die Ernennung Marschall Badoglios hinaus nach Möglichkeit zu verhindern. Die Konzeption eines unpolitischen Verwaltungskabinetts der Fachleute wurde dadurch strikt aufrechterhalten. Allerdings war es nahezu unvermeidlich, daß eine ausschließlich aus hohen Beamten und militärischen Experten gebildete Regierung in einer so komplexen innenpolitischen Lage, wie sie sich bereits am Tage nach dem Sturz Mussolinis herauszubilden begann, weit überfordert werden mußte.

Unter solchen Umständen war es von ausschlaggebender Bedeutung, mit welchen Überlegungen und Vorstellungen der neue Regierungschef sein Amt antrat. Badoglio war in den letzten Vorkriegsjahren und im Verlauf des Zweiten Weltkrieges aus persönlichen und sachlichen Gründen zum Gegner Mussolinis und des Faschismus geworden; als Antifaschist aus ideologischen Motiven konnte er kaum gelten. Wie er vor dem völligen Zerwürfnis mit Mussolini über diesen und das Regime im innenpolitischen Sinne dachte, ist schwer feststellbar, doch geben spätere Äußerungen einen wichtigen Fingerzeig. Wenn er in seinen letzten Jahren die Ansicht vertrat, Mussolini sei bis 1937 ein bedeutender Staatsmann gewesen, den erst die erfolgreiche Schaffung des "impero" in Ostafrika zu Abenteuern verführt habe<sup>115</sup>, so muß dieser Standpunkt vornehmlich unter dem Aspekt der Selbstrechtfertigung verstanden werden. Da Badoglio der militärische Schöpfer des "impero" gewesen war, hätte eine in die Zeit vor diesem Ereignis zurückverlegte Verurteilung Mussolinis ihn selbst und seine Verstrickung in die faschistische Politik getroffen - war doch der letzte steile Aufstieg seiner Laufbahn untrennbar verknüpft mit einer Kapitulation vor Mussolini. Gleichzeitig mit seiner Ernennung zum Generalstabschef der Wehrmacht nämlich hatte Badoglio die Herauslösung eines gesonderten Generalstabs der Armee aus dem eigenen Aufgabenbereich, wenn auch nach langer Krise, akzeptiert und sich so, ungeachtet seiner Rangerhöhung, zum lediglich technischen Berater des Regierungschefs machen lassen, der sich der willkürlichen



<sup>&</sup>lt;sup>116</sup> Puntoni, a. a. O., S. 147 auf Grund einer Mitteilung des Monarchen (Eintragung vom 27. Juli 1943). Vgl. hierzu die interessante, aber mit großer Vorsicht zu bewertende Darstellung Carbonis in: Gen. Giacomo Carboni, Più che il dovere, Roma 1952, S. 212–223.

<sup>&</sup>lt;sup>116</sup> Carlo Casalegno, "Nella personalità dell'uomo' Badoglio troviamo il segreto della sua discussa politica", in La Stampa (Torino), 2 novembre 1958.

militärpolitischen Einmischung des Diktators verschrieb<sup>116</sup>. Die Übernahme der politischen Leitung des Landes im Sommer 1945 war daher in ihrer Motivierung ein höchst komplexer Vorgang. Zu den persönlichen und sachlichen Gründen gesellte sich insbesondere das Verantwortungsgefühl des modernen, technisch geprägten militärischen Führers gegenüber der bedrohten nationalen Gemeinschaft, das aber bei der Ausübung seines Amtes mit dem traditionellen soldatischen Gefühl persönlicher Verpflichtung auf die Monarchie in Konflikt geraten mußte, ohne daß ihm in der dadurch entstehenden inneren Unsicherheit seiner im Grunde unpolitischen Veranlagung die Orientierung mittels eines festen politischen Standpunkts zu Hilfe kam<sup>117</sup>. Diese im allgemeinen unpolitische Ausrichtung seines Denkens hatte Badoglio selbst betont, als er sich im Frühjahr 1943 bereit erklärte, in ein Kabinett Orlando als Minister ohne Portefeuille einzutreten<sup>118</sup>. Auch Bonomi gegenüber verwies er auf seinen Mangel an politischer Erfahrung in innen- und außenpolitischen Dingen<sup>119</sup>. Dennoch zeigte er zur gleichen Zeit offenbar intensives Interesse an den detaillierten innenpolitischen Reformvorschlägen, welche ihm damals sein Rechtsberater Guido Cassinelli in einer Reihe von Gesprächen erläuterte und die von diesem als radikaldemokratisches Regierungsprogramm eines von Badoglio präsidierten antifaschistischen Koalitionskabinetts konzipiert waren 120. Die Frage, wie weit solche Ausführungen die Gedankengänge des Marschalls beeinflußten, muß offen bleiben, doch ist eine damals von ihm gemachte Bemerkung aufschlußreich, man müsse einem zu sehr nach links tendierenden Kurs vorbeugen und etwaige soziale Reformen heranreifen lassen, anstatt sie nach dem Sturz Mussolinis übereilt zu verwirklichen 121. Seine Anteilnahme an innenpolitischen Problemen ließ aber in den Wochen vor dem Umsturz spürbar nach<sup>122</sup>, als die direkte militärische Bedrohung Italiens die Frage der Aufkündigung des Achsenbündnisses immer dringlicher stellen ließ und mit der zunehmenden Zerstörung der Städte, der Hafenanlagen und des Verkehrsnetzes sowie der internationalen Schwächung der italienischen Währung der gesamte Fragenkomplex des künftigen wirtschaftlichen Wiederaufbaus erdrückende Proportionen annahm<sup>123</sup>. Hier dürfte auch die Erklärung dafür liegen, daß es der Überredungskunst Acquarones Mitte Juli so rasch gelang, Badoglio von dem Plan einer antifaschistischen Koalitionsregierung abzubringen und für den Gedanken eines Beamtenkabinetts zu gewinnen.



<sup>116</sup> Vailati, Badoglio racconta, S. 262-273.

<sup>&</sup>lt;sup>117</sup> Für die obige Analyse habe ich eine Anregung von Aldo Garosci in Comunità (Milano), N. 40, maggio 1956, S. 6 weiterzuentwickeln versucht.

<sup>&</sup>lt;sup>118</sup> Cassinelli, a. a. O., S. 23.

<sup>119</sup> Bonomi, a. a. O., S. 23.

<sup>&</sup>lt;sup>120</sup> Cassinelli, a. a. O., S. 18-20 und 27-28.

<sup>&</sup>lt;sup>121</sup> Ebenda, S. 23.

<sup>122</sup> Ebenda, S. 52.

<sup>&</sup>lt;sup>123</sup> Cassinelli berichtet (S. 27), daß gerade diese Punkte zu jener Zeit die Aufmerksamkeit Badoglios stärker als jede andere Materie in Anspruch nahmen.

## $\mathbf{III}$

Die innenpolitische Entwicklungslinie während der "Fünfundvierzig Tage" des Kabinetts Badoglio wurde durch die Einwirkung mehrerer damals gegebener Momente bestimmt: einmal durch die außerordentlich enge Verzahnung von Innenund Außenpolitik; dann durch die deutlich feststellbare Stufenleiter der Dialektik in den Beziehungen von Regierung und Antifaschismus; schließlich durch die wiederholt von der Krone unternommenen Versuche, die Ausgangsposition des 25. Juli zu wahren.

Als das neue Kabinett in den Nachmittagsstunden des 27. Juli zu seiner ersten Sitzung zusammentrat124, sah es sich somit bereits, ohne daß dies nach außen hin allzu sehr sichtbar wurde, zwischen den von der Öffentlichkeit ausgehenden Druck zugunsten einer eindeutig antifaschistisch orientierten Innenpolitik<sup>125</sup> und die Bestrebungen der um den Thron gescharten konservativen Kräfte des gestürzten Regimes gestellt. Die letzteren hatten im Kabinett selber einen nicht zu unterschätzenden Rückhalt<sup>126</sup>. Noch am Vormittag des gleichen Tages hatten die Minister nach ihrer Vereidigung aus dem Munde des Monarchen eine eindringliche Aufforderung zu innenpolitischem Maßhalten vernommen<sup>127</sup>. Auf welchen Wirkungskreis man damit in Wahrheit im Quirinal das Kabinett festzulegen gedachte, lassen die Aufzeichnungen Senises deutlich erkennen. "Das Kabinett", so schreibt der damalige Polizeichef<sup>128</sup>, "war im Grunde genommen ein Geschäftsministerium mit begrenzter Zielsetzung: Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Erledigung der gewöhnlichen Verwaltungsangelegenheiten und vor allem Beendigung des Krieges." Praktisch bedeutete dies, den Rahmen des Abbaus der faschistischen Institutionen so eng wie nur irgend möglich zu ziehen. Die ersten konkreten Vorschläge in dieser Richtung, nämlich die unumgängliche Auflösung der faschistischen Partei und die Eingliederung der faschistischen Miliz in die Armee als alleinige Maßnahmen, hatte Senise bereits am 21. Juli gemacht129. Und dem König erschien noch am Morgen des 27. Juli in einem Gespräch mit Marcello Soleri<sup>130</sup> eine Beseitigung des berüchtigten Sondergerichtshofs für Staatsschutz und ähnlicher Einrichtungen des Regimes als äußerste Grenze institutioneller Lockerung.

Zwischen diesen Vorschlägen oder Überlegungen seitens der Staatsspitze und den anfänglichen Maßnahmen des Kabinetts Badoglio bestand somit ein unleugbarer Zusammenhang. Die erste Sitzung des neuen Kabinetts war ausschließlich innen-

Vierteljahrshefte 5/1



<sup>124</sup> Badoglio, a. a. O., S. 84.

<sup>125</sup> Ebenda, S. 86.

<sup>&</sup>lt;sup>126</sup> Raimondo Luraghi, Dal 25 luglio all'8 settembre, Lezione Nona in "Trent'anni di storia italiana" (1915–1945), Lezioni con testimonianze presentate da France Antonicelli. Torino 1961, S. 305.

<sup>127</sup> Iò di Benigno, Occasioni mancate. Roma in un diario segreto 1945-1944. Roma 1945, S. 95.

<sup>128</sup> Senise, a. a. O., S. 213.

<sup>129</sup> Ebenda, S. 198.

<sup>130</sup> Soleri, a. a. O., S. 256.

politischen Fragen gewidmet 131. Die faschistische Partei und die wichtigsten ihrer Nebenorganisationen<sup>132</sup> wurden verboten<sup>138</sup>, der Großrat und der Sondergerichtshof wurden beseitigt 134, die Kammer der Fasci und Korporationen wurde aufgelöst 135. In den Provinzen verschwanden die als Kontrolleure der Präfekten fungierenden "federali", die Provinzialsekretäre der Partei, ebenso in den Gemeinden die von den ersteren abhängigen Politischen Sekretäre 136. Wenn Badoglio einige Jahre später zur Rechtfertigung des begrenzten Umfangs der damals getroffenen Maßnahmen diesen die Bedeutung einer vom Zentrum ausgehenden und schließlich bis zur Peripherie vordringenden Umschaltung gab<sup>137</sup>, die, von der Warte des Kabinetts aus gesehen, angesichts der faschistischen Beherrschung aller Machtpositionen keine andere Verfahrensweise gestattete, so mag diese Erklärung subjektiv durchaus gerechtfertigt sein. Objektiv gesehen bleibt dennoch die Tatsache entscheidend, daß diese institutionellen Eingriffe der Regierung den zurückhaltenden Gedankengängen Senises und den zusätzlichen geringfügigen Konzessionen des Monarchen entsprachen. Trotzdem konnte damit die Krone die innenpolitische Schlacht nur zur Hälfte (und gewiß nicht der entscheidenden Hälfte) als vorläufig gewonnen verbuchen. War doch die Liquidierung der betroffenen faschistischen Institutionen für die monarchische Staatsform nahezu ein Gebot der Selbsterhaltung. Ungleich wesentlicher blieb die Frage, wie die neue Regierung sich zu der zwanzigjährigen faschistischen Durchdringung der traditionellen Staatseinrichtungen stellen sollte. Die Auflösung der am stärksten profilierten faschistischen Institutionen - Partei, Miliz, Großrat, Sondergerichtshof und Kammer der Fasci und Korporationen konnte die Krone ohne weiteres auf sich nehmen, da es sich dabei um einen ihrer Tradition wesensfremden Sektor des politischen Lebens handelte. Jeder Versuch einer Entfernung führender faschistischer Persönlichkeiten aus dem Staatsdienst im eigentlichen Sinne hingegen bedeutete einmal einen direkten Angriff auf die dem Thron abträgliche institutionelle Nahtstelle von Monarchie und Regime sowie eine Gefährdung der Schutzrolle, mit der die Krone einen wichtigen Teil des Faschismus durch politische Interessengemeinschaft sich verpflichten zu können glaubte. Es war nur folgerichtig, wenn sich der König in seinem Gespräch mit Soleri unumwunden dagegen ausgesprochen hatte, die Männer des Faschismus allzu rasch aus ihren bisherigen Staatsstellungen zu entfernen.

Ein Vorläufer des hier sich anbahnenden Konflikts war in jenen Tagen das Präfektenproblem, das zwar für die auf ihre Konsolidierung bedachte Regierung überragende politische Bedeutung besaß, von dem meist personalistisch denkenden Mon-



<sup>&</sup>lt;sup>181</sup> Badoglio, a. a. O., S. 86. Vgl. hierzu auch die amtliche Mitteilung der Agenzia Stefani vom 28. Juli 1943 (bei Tamaro, S. 157).

<sup>&</sup>lt;sup>182</sup> Das Dekret (R. Decrete Leggo N. 704) hat Tamaro, a. a. O., S. 150ff. im vollständigen Wortlaut wiedergegeben.

<sup>128</sup> Vgl. Art. 1, R. Decreto Legge N. 704 (Tamaro, a. a. O.).

<sup>184</sup> Badoglio, a. a. O.

<sup>135</sup> Ebenda.

<sup>186</sup> Ebenda.

<sup>187</sup> Badoglio, a. a. O., S. 86.

archen aber anscheinend nicht als zentral genug angesehen wurde, um den Anlaß zu einer innenpolitischen Kraftprobe zwischen Krone und Kabinett zu bilden. In einem so zentralistisch aufgebauten Regierungssystem wie dem Italiens mußte jedoch unter den ungeklärten und gefährlichen Umständen des Sommers 1943 die politische Zuverlässigkeit der Präfekten für die Regierung die Bedeutung einer Existenzfrage annehmen. Das Kabinett hatte sich unverzüglich diesem Problem zugewandt<sup>138</sup> und die Amtsenthebung aller aus der faschistischen Partei hervorgegangenen Präfekten beschlossen<sup>139</sup>.

Über die Hälfte der Präfekten in den 94 Provinzen des italienischen Staatsgebiets waren ursprünglich Provinzialsekretäre der faschistischen Partei gewesen oder hatten andere Posten in der Parteihierarchie bekleidet. Schon die im allgemeinen mangelnde fachliche Vorbereitung in der regulären Verwaltungslaufbahn schien ein drastisches Revirement zu rechtfertigen, selbst wenn man bereit gewesen wäre, über die politischen Aspekte hinwegzusehen. Die von dem Kabinett getroffene Entscheidung sah daher vor, solche "politischen" Beamten entweder durch Berufspräfekten zu ersetzen, die das bisherige Regime durch Versetzung in das Innenministerium neutralisiert hatte, oder auf in jüngster Zeit zur Disposition gestellte sowie bereits pensionierte Präfekten zurückzugreifen. Der dem Innenminister erteilte Auftrag war somit unzweideutig: über die erforderlichen Maßnahmen sollte von diesem in der nächsten Kabinettssitzung Bericht erstattet werden 140.

Dem Beschluß des Kabinetts, welcher wohl vor allem der Initiative der "linken" Gruppe in der Regierung – die Minister Piccardi und Severi sowie der Unterstaatssekretär im Ministerpräsidium, Baratono – entsprang, die hierbei von Badoglio unterstützt wurden, kommt erhebliche Bedeutung zu. Er stellte bereits (und noch dazu im allerersten Stadium der Regierungstätigkeit) die Konzeption des Beamtenkabinetts auf die Probe, auf die sich wiederum Innenminister Fornaciari berief. Als früherer Generaldirektor des öffentlichen Gesundheitswesens, ehemaliger Präfekt von Venedig und Mailand, sowie vor dem Kriege leitender Beamter im Innenministerium<sup>141</sup>, konnte dieser als Repräsentant einer jedem Eingriff in die Struktur des Beamtentums abgeneigten Bürokratie und deren statischer Staats- und Dienstauffassung gelten. Das enge Einvernehmen Fornaciaris und Senises im Innenministerium<sup>142</sup> führte dazu, daß sich an dieser Stelle ein Stützpunkt für den politisch "gefährdeten" Teil der Beamtenschaft herauszubilden schien.

Der Widerstand im Innenministerium bezog seine Stellung offenbar im Schutze einer formalen Verharmlosung des Kabinettsbeschlusses, welcher – nach Senises Worten zu urteilen – vorläufig als rein grundsätzliche Entschließung interpretiert wurde, woraus man die juristische Rechtfertigung der angewandten Verschleppungstaktik ableitete. In administrativer Hinsicht wurde eine plötzliche Abberufung



<sup>188</sup> Ebenda, S. 88.

<sup>139</sup> Ebenda.

<sup>140</sup> Ebenda.

<sup>141</sup> Senise, a. a. O., S. 211; Tamaro, a. a. O., S. 143.

<sup>142</sup> Senise, a. a. O., S. 211-212.

von mehr als vierzig faschistischen Präfekten als unvorsichtig betrachtet, da man gerade jetzt ihrer Erfahrung zu bedürfen meinte. Es ist auffallend, daß Senise in seinen Memoiren die Entscheidung des Kabinetts, auf die im Innenministerium kaltgestellten und pensionierten Präfekten zurückzugreifen, verschweigt und statt dessen die gar nicht zur Debatte stehende Gefahr einer Verwendung von unerfahrenen Beamten auf so exponierten Posten unterstreicht. In politischer Hinsicht verwies man auf die Tatsache, daß alle faschistischen Präfekten sich nicht nur der neuen Regierung zur Verfügung gestellt hatten, sondern auch nicht länger als Faschisten angesehen werden dürften, da sich ihre politische Einstellung durch die Realität, mit der sie infolge ihrer Position konfrontiert worden seien, vollständig gewandelt habe. Im übrigen erhoffte man sich von dem Verbleiben dieser Präfekten eine beruhigende Wirkung auf die Masse des bisherigen Parteivolks<sup>143</sup>.

Die von Fornaciari für ratsam erachteten Maßnahmen scheinen sich daher hauptsächlich auf zwei Phasen beschränkt zu haben: einer ersten, der Ablösung von acht Präfekten<sup>144</sup>, sollte eine zweite folgen, über deren beabsichtigten Umfang wir zwar durch die Memoirenliteratur nicht unterrichtet sind, die indessen kaum die Grenzen der vorangegangenen Regelung überschritten hätte. Überdies waren die ersten acht Beamten mit Bedacht so ausgewählt worden, daß es sich durchweg um unbedeutende Persönlichkeiten und bei ihren Amtsbereichen um zweitrangige Provinzen handelte. Die dadurch hervorgerufene Krise kam nur wenige Tage später in eben jener Sitzung des Kabinetts zum Ausbruch, in welcher der Innenminister über den Präfektenschub berichten sollte. Die den antifaschistischen Anschauungen gegenüber aufgeschlossenen Minister protestierten mit Vehemenz und Erfolg gegen die sich hier abzeichnende Politik, während der Regierungschef im Anschluß an die Beratungen Fornaciari unter vier Augen zu energischeren Schritten drängte. Ein nicht leicht zu nehmendes Phänomen war auch, zwar unabhängig von der Präfektenfrage, aber doch von dieser kaum zu trennen, die von Badoglio besonders vermerkte Unsicherheit einiger Vertreter der hohen Beamtenschaft. Die dort feststellbare Fassungslosigkeit angesichts des plötzlichen Sturzes des Faschismus wich allmählich einem Zweifel an der Lebenskraft und Dauer der neuen Regierung, was in passivem Widerstand, in bewußter Verlangsamung des Verwaltungsapparats Ausdruck fand und sicherlich die Haltung Badoglios gegenüber dem Präfektenproblem beeinflußte<sup>145</sup>. Nachdem er das Gewicht seines eigenen Amtes in die schwankende politische Wagschale geworfen hatte, begann Badoglio jedoch zu erkennen, daß seine Intervention die einer bedeutend einflußreicheren Persönlichkeit, als der Innenminister es war, ins Spiel gebracht hatte. Eine direkte Aktion Acquarones im Innenministerium war erfolgt, um weitere Umstellungen in den Präfekturen zu verhindern 146. Fornaciari, der seine Ernennung



<sup>143</sup> Ebenda, S. 214-215.

<sup>144</sup> Badoglio, a. a. O., Senise, a. a. O., S. 214-215.

<sup>145</sup> Badoglio, a. a. O., S. 81.

<sup>146</sup> Ebenda, S. 88-89.

in erster Linie dem Minister des königlichen Hauses zu verdanken hatte<sup>147</sup>, war zweifellos nur allzu geneigt, sein eigenes Zögern damit zu legitimieren. Ein Zusammenstoß zwischen dem Regierungschef und Acquarone, wobei diesem in unverblümter Weise und unter Berufung auf einen Jahrzehnte zurückliegenden Präzedenzfall die Entlassung angedroht wurde<sup>148</sup>, setzte dem Druck auf das Innenministerium ein Ende. Doch war gleichzeitig die Stellung Fornaciaris unhaltbar geworden. Ein Handschreiben des Marschalls sprach kurzerhand die Entlassung des Ministers aus<sup>148</sup>, nachdem der Monarch am 9. August<sup>160</sup> einen dahingehenden Vorschlag Badoglios gebilligt hatte. Fornaciari wurde durch einen wesentlich aktiveren hohen Verwaltungsbeamten, den früheren Präfekten Senator Umberto Ricci, ersetzt, der in kürzester Frist ungefähr fünfzig Präfekturen neu besetzte<sup>151</sup>.

Der Ausgang des so rasch beendeten Konflikts erlaubt zumindest zwei Schlußfolgerungen. Die Krone selbst übte stärkste Zurückhaltung, nicht nur, wie bereits angedeutet, wegen der relativ minderen Bedeutung der betroffenen Beamten, sondern vor allem, weil Viktor Emanuel III. die Tragweite des Problems als einer politischen "Durchbruchsschlacht" nicht erkannte. Bezeichnenderweise schrieb General Puntoni am 9. August anläßlich der Entlassung Fornaciaris in sein Tagebuch, in der Regierung Badoglio sei die erste Krise ausgebrochen<sup>162</sup>, eine Formulierung, deren mißgünstig "hoffnungsvolle" Akzentsetzung einer völligen Verkennung der Situation gleichkam. Im Gegensatz dazu schien Acquarone, der durch ein rein persönliches Vorprellen<sup>163</sup> seine Niederlage heraufbeschworen hatte, offenbar die politische Wichtigkeit des umkämpften Kabinettsbeschlusses weitgehend erfaßt zu haben.

Wie man auch die Politik des Kabinetts Badoglio im ganzen beurteilen mag, so ergibt sich einwandfrei aus der Bestandsaufnahme des Präfektenproblems, daß die Stillhaltekonzeption Viktor Emanuels III. durch die Personalpolitik der neuen Aera einen empfindlichen Rückschlag erlitten hatte. Mit der hier getroffenen Entscheidung war die von dem Monarchen anfangs gezogene Grenzlinie zwischen Innenpolitik und Verwaltungstätigkeit in Gefahr, von innen her aufgerollt zu werden. Wenn auf der einen Seite Maßnahmen getroffen wurden, wie die Beseitigung charakteristischer Merkmale der faschistischen Ideologie in den Gesetzbüchern oder die Auflösung der faschistischen Jugendorganisation "Gioventu Italiana del Littorio" 154, welche die Richtlinien der Krone zu respektieren schienen, so setzte sich gleichzeitig andererseits eine Tendenz durch, die über die Art der Lösung des Präfektenproblems hinausging. Das Zustandekommen dieser Maßnahmen ist bisher



<sup>147</sup> Senise, a. a. O., S. 197.

<sup>148</sup> Badoglio, a. a. O., S. 89.

<sup>149</sup> Senise, a.a. O., S. 214.

<sup>150</sup> Puntoni, a. a. O., S.152.

<sup>151</sup> Badoglio, a. a. O.

<sup>152</sup> Puntoni, a. a. O.

<sup>158</sup> Badoglio, a. a. O.

<sup>184</sup> Ebenda, S. 87.

nur ungenügend dokumentiert. Ob, wie die oft unzuverlässige Darstellung Tamaros behauptet<sup>155</sup>, Badoglio es vorzog, sich mit einer kleinen Gruppe von Ministern zu beraten, was auf den "linken" Flügel des Kabinetts hindeuten könnte, oder ob er, wie Senise in einem Falle berichtet 156, den Warnungen des Polizeichefs vor einer zu energischen Verfolgung des Faschismus wegen der Gefahr eines verzweifelten Zurückschlagens dieser Elemente Gehör schenkte, ist von untergeordneter Bedeutung. Denn der von der Regierung letzten Endes verfolgte Kurs läßt sich an den damals getroffenen oder geplanten Schritten ablesen. Schon am 5. August, noch während der Präfektenkrise, wurde der Öffentlichkeit bekanntgegeben, daß Untersuchungen über etwaige seit 1922 erfolgte Bereicherungen führender Persönlichkeiten des faschistischen Regimes und über eine eventuelle Beschlagnahme solcher Vermögenswerte angestellt werden würden 167. Am 9. August, als die Präfektenfrage im Sinne einer umfassenden Säuberung entschieden war, wurde im amtlichen Gesetzblatt des Königsreichs Italien<sup>158</sup> das Dekret 720 über die Feststellung und Konfiszierung der unter dem Faschismus unrechtmäßig erworbenen Vermögen veröffentlicht. Eine von dem Chefpräsidenten des Kassationsgerichtshofs geleitete und mit höheren Richtern besetzte Kommission sollte sich mit dieser Aufgabe befassen. Nur drei Tage später wurden die Nachforschungen über Bereicherung innerhalb der Beamtenschaft mit verstärktem Nachdruck vorangetrieben und eine Untersuchungskommission im Außenministerium gebildet, die der Laufbahn der Beamten und den Fällen von politisch begründeter Bereicherung nachgehen sollte<sup>159</sup>. Dies war ein besonders bedeutender Vorgang, wie weiter unten gezeigt werden soll.

Es wäre gewiß verfehlt, wollte man die soeben geschilderten Entwicklungen allein als das Ergebnis einer auf die Regierung beschränkten Strömung verstehen. Diejenigen Kabinettsmitglieder, welche in diesem Sinne wirkten, wollten vor allem die offizielle Politik soweit wie möglich der zwar nach außen hin notgedrungen verhüllten, in Wirklichkeit jedoch deutlich artikulierten Willensbildung des Antifaschismus annähern. Während jedoch im Kabinett der innenpolitische Kampf noch auf dem eng umgrenzten Terrain der Personalpolitik ausgefochten wurde, war es für das antifaschistische Lager von Anbeginn an eine Lebensfrage der Nation, daß dieser Kampf auf breitester Front ausgetragen werden konnte.



<sup>156</sup> Tamaro, a. a. O., S. 98.

<sup>166</sup> Senise, a. a. O., S. 218.

<sup>&</sup>lt;sup>157</sup> Tamaro, a. a. O., S. 208.

<sup>158</sup> Ebenda, S. 304 und 306.

<sup>159</sup> Ebenda, S. 270, Anmerkung 88.

T37

Diese umfassende Zielsetzung wurde nunmehr zur Grundlage des Verhältnisses von Regierung und Parteien; sie beeinflußte ebensosehr die Innenpolitik des Kabinetts, die Beziehungen zwischen dem Monarchen und dem Regierungschef und insbesondere auch die innere Konsolidierung des Antifaschismus. Gerade hier bedurfte es jedoch eines längeren Angleichungsprozesses, der sich über den gesamten Zeitraum der fünfundvierzig Tage erstreckte. Trat doch der schon vor den Ereignissen des 25. Juli bestehende antifaschistische Dualismus Rom-Mailand nach dem Umsturz von neuem wiederholt in Erscheinung, wenn auch mit anderer Akzentsetzung. In folgerichtiger Weiterentwicklung der vor dem 25. Juli akuten internen antifaschistischen Thematik war das Problem der Stellungnahme zu der die Parteien von direkter politischer Einflußnahme fernhaltenden Regierung die Kernfrage. Dies wurde bereits im Laufe der ersten Tage des neuen Regimes in den Erklärungen der Mailänder "Oppositionsfront"160 vom 26. Juli<sup>161</sup> und des Nationalkomitees der antifaschistischen Gruppen in Rom am folgenden Tage<sup>162</sup> offenkundig. Während die innenpolitischen Forderungen in beiden Fällen weitgehend übereinstimmten 163, formulierte man diese in Rom als der Regierung zu unterbreitende Vorschläge, wohingegen der Mailänder Ausschuß sie als eigenes Aktionsprogramm proklamierte und auf der Schaffung einer Regierung bestand, in der alle Parteien vertreten sein sollten. Daß sich das Komitee in der "politischen" Hauptstadt der Realität der Vorgeschichte des 25. Juli eher angepaßt zeigte und dem der relativen Bedeutungslosigkeit des Antifaschismus bei dessen Vorbereitung entspringenden Kräfteverhältnis Rechnung trug, verringerte keineswegs die prinzipielle Bedeutung der Tatsache, daß die neuen politischen Kräfte der "moralischen" Hauptstadt des Landes der Regierung Badoglio praktisch keine Beachtung schenkten<sup>164</sup>. In welcher Form und unter welchen Umständen der italienische Antifaschismus die von vorsichtiger Bereitschaft zur Zusammenarbeit bis zu eindeutiger Ignorierung reichende Skala möglicher Verhaltungsweisen auf eine für Rom und Mailand annehmbare Formel reduzieren konnte, stellte das Hauptthema der während der ersten Augusthälfte in beiden Städten stattfindenden Zusammenkünfte dar.

Schon nach einigen Tagen war ein so gemäßigter und Badoglio wohlgesinnter Politiker wie Bonomi, der als Vorsitzender des römischen Komitees alle Fäden der gesamtitalienischen Bewegung in der Hand hielt, von wachsender Sorge erfüllt<sup>165</sup>.



<sup>160</sup> Catalano, L'Italia dalla dittatura alla democrazia, S. 561.

<sup>&</sup>lt;sup>161</sup> Catalano, Storia del C.L.N.A.I., S. 36.

<sup>162</sup> Bonomi, a. a. O., S. 43-44.

<sup>185</sup> Das Mailänder Manifest wich mit der Forderung der Wiederherstellung der Rechtspflege und der Beseitigung der Rassengesetzgebung von den Beschlüssen in Rom ab, deckte sich aber mit diesen in dem Verlangen nach einer totalen Beseitigung des faschistischen Machtapparats, Befreiung der politischen Gefangenen und Wiederherstellung der Pressefreiheit.

<sup>164</sup> Catalano, a. a. O., S. 35.

<sup>165</sup> Bonomi, a. a. O., S. 52-53.

Man wußte nichts von den sich allmählich anbahnenden Kontakten mit den Alliierten, sondern sah nur das unbegreifliche italienische Verharren in dem Bündnis mit dem Dritten Reich, verkörpert durch die offizielle Lesung "Der Krieg geht weiter!". Selbst diejenigen, denen es als selbstverständlich erschien, daß Badoglio sich um einen Friedensschluß bemühen würde, konnten sich nur an die immer stärkere Konzentrierung deutscher Truppenverbände auf italienischem Boden halten. Auch sie mußten befürchten, daß Italien sich hoffnungslos in den Maschen der "Neuen Ordnung" verfangen hatte und dem daraus resultierenden Druck erlegen war<sup>166</sup>. Innenpolitisch verstärkte sich die Besorgnis, daß bereits eine Art Rehabilitierung des soeben entmachteten Faschismus im Gange sei, und mancherlei Zwischenfälle und andere Symptome schienen solche Eindrücke weitgehend zu bestätigen 167. So verursachte die Übernahme der bewaffneten faschistischen Miliz in die Armee, die in den Augen der neuen Machthaber die politische Kontrolle der ersteren ermöglichen sollte, bei dem aller Waffen beraubten Antifaschismus tiefste Bestürzung, nicht allein wegen des darin erblickten Weiterbestehens der faschistischen Gefahr, sondern eher noch wegen der, zutreffend vorausgesehenen, Schwächung der militärischen Bereitschaft zum eventuellen Kampf gegen den derzeitigen Bundesgenossen<sup>168</sup>. Dazu bestanden in der Innenpolitik innerhalb des Antifaschismus neben konservativen Strömungen, die Badoglio einen Anfangskredit einzuräumen bereit waren, andere, die ihn als den nur allzu willigen Helfershelfer der Krone bekämpften. Auf diesem politischen Gelände wirkte als zusätzlicher Faktor zugunsten einer Verhärtung der Fronten die prinzipielle Ablehnung der Dynastie durch die radikaldemokratische Aktionspartei, die bereits seit 1942<sup>169</sup> mit allen Mitteln am Werke gewesen war, um jeden Kontakt zwischen den antifaschistischen Gruppen und der Monarchie zu unterbinden. Ein Hinweis darauf erscheint in den Aufzeichnungen Bonomis: die Vertreter der Aktionspartei in dem römischen Komitee<sup>170</sup>, die, aus welchen Gründen auch immer, am 27. Juli das Badoglio vorzulegende innenpolitische Programm gebilligt hatten, widersetzten sich wenige Tage später jeglicher und sei es nur vorübergehenden Zusammenarbeit mit dem Marschall, um der Monarchie in keinerlei Weise politische Hilfestellung zu leisten<sup>171</sup>.

Parallel zu solchen Bedenken war auch Bonomis Unsicherheit nach seiner längeren Unterredung mit Badoglio am 2. August im Wachsen begriffen. Er unterrichtete das römische Komitee über seine bei der Unterredung mit Badoglio ge-

<sup>&</sup>lt;sup>171</sup> Bonomi, a. a. O., S. 48-49. Über diese anfängliche Unsicherheit der Aktionspartei vgl. auch Luigi Gasparotto, Diarie di un deputato. Milano 1945, S. 318.



<sup>166</sup> Ebenda.

<sup>&</sup>lt;sup>187</sup> Breve storia di cinque mesi dal 20 luglio al 20 dicembre 1943 (Scritto pubblicato clandestinamente a Roma nel gennaio 1944). Edito a cura del Partito d'Azione. Roma 1944, S. 15.

<sup>168</sup> Ebenda.

<sup>169</sup> Lezioni sull'antifascismo. A cura di Piergiovanni Permoli, Bari 1960. S. 255 (Ugo La Malfa: "La lotta per la repubblica").

<sup>&</sup>lt;sup>176</sup> Riccardo Bauer und Adolfo Tino am 27. Juli (Bonomi, a. a. O., S. 43); Bauer, Tino und Sergio Fenoaltea am 31. Juli (Bonomi, a. a. O., S. 48-49).

wonnenen Eindrücke<sup>172</sup>. Der Boden war somit für eine erste Koordinierung der Richtlinien Roms und Mailands vorbereitet. Das Komitee in Rom verlieh nunmehr der Mailänder Erklärung vom 26. Juli jene nationalpolitische Bedeutung, die allein von ihm ausgehen konnte, indem es sich mit dem norditalienischen Programm als gemeinsamer Politik des ganzen Antifaschismus identifizierte<sup>173</sup> und zur gleichen Zeit auf dieser Grundlage einen eigenen Beschluß faßte, der am folgenden Tage von einer Abordnung des Komitees Badoglio überreicht wurde<sup>174</sup>. Darin wurde, in schärferer Hervorhebung des schon in Mailand angedeuteten Grundgedankens, das antifaschistische Lager als der wahre Interpret des politischen Willens des Landes bezeichnet, wie dieses ihn in dem ersten kurzen Augenblick freier Meinungsäußerung kundgetan hatte. Das Kabinett wurde aufgefordert, angesichts der verzweifelten militärischen und diplomatischen Lage, einen den nationalen Interessen und den Überzeugungen des Volkes zuwiderlaufenden faschistischen Krieg unverzüglich zu beenden, wobei die Nation im vollen Bewußtsein aller daraus entspringenden Gefahren einmütig zusammenstehen würde. Hatte das römische Komitee am 2. August, entgegen seiner anfänglichen Selbstbeschränkung auf die Innenpolitik, das Gewicht auf die außenpolitische Lebensfrage der Nation verlagert, so trat der Mailänder Antifaschismus in einer Sitzung am gleichen Tage noch einmal der Regierung mit der Anschuldigung entgegen, eine diplomatische und innenpolitische Stillhaltepolitik zu betreiben, die den nationalen Bedürfnissen nicht entsprach<sup>175</sup>.

Die Ereignisse der ersten Augusttage hatten zu einer überraschenden Umkehrung der ursprünglichen Stellungen geführt. In Rom war man in gewissem Sinne auf die Mailänder Linie eingeschwenkt: das römische Komitee hatte sich in seiner Erklärung vom 2. August als Vertreter des Volkswillens proklamiert. In Mailand war man von der anfänglichen Ignorierung des Kabinetts auf dem Wege schonungsloser Kritik an dessen außen- und innenpolitischer Zurückhaltung zur direkten Auseinandersetzung mit der Regierung Badoglio gelangt. Boten die vorhandenen Ausgangsstellungen eine Möglichkeit weiterer Entwicklung in beiden Richtungen? Die Antwort auf diese Frage erfolgte in Form eines in Mailand unternommenen Vorstoßes der Aktionspartei, dem sich die Sozialisten und Kommunisten anschlossen. In der Absicht, sowohl auf das Kabinett wie auf das römische Komitee einen Druck auszuüben, unterzeichneten die drei Parteien eine interne Vereinbarung über die von ihnen zu verfolgende Politik, falls das Komitee davor zurückschrecken sollte, die Verantwortlichkeit des Kabinetts offiziell zu verkünden und daraus die notwendigen Folgerungen zu ziehen<sup>176</sup>. Nach diesem ersten Mailänder Mißtrauensvotum erfolgte wenige Stunden später nach längerer Debatte eine offizielle Erklärung des Antifaschismus der lombardischen Metropole<sup>177</sup>. Diese knüpfte an das Manifest vom



<sup>172</sup> Bonomi, a. a. O., S. 50-55.

<sup>178</sup> Carlo Ludovico Ragghianti, Disegno della liberazione italiana. Pisa 1954, S. 15.

<sup>&</sup>lt;sup>174</sup> Ebenda und Bonomi, a. a. O., S. 55-56.

<sup>175</sup> Ragghianti, a. a. O., S. 14.

<sup>176</sup> Ebenda, S. 19-20.

<sup>177</sup> Catalano, a. a. O., S. 41.

26. Juli an und machte im Sinne der Abmachung der drei Linksparteien die Regierung Badoglio dafür verantwortlich, keinen der Ende Juli von antifaschistischer Seite aufgestellten Programmpunkte verwirklicht zu haben, so daß die gesamte Politik des Kabinetts zu mißbilligen sei. Sowohl die Regierung wie das Land seien darauf hinzuweisen, daß allein eine Erfüllung des Programms vom 26. Juli Italien einen Ausweg aus der Krise eröffnen könne<sup>178</sup>. Die hiermit an den römischen Antifaschismus gerichtete Aufforderung zu gemeinsamen Erörterungen mit dem Ziel einer neuen Definition der Politik des Nationalausschusses führte zu der bedeutsamen Sitzung der Vertreter Roms und Mailands am 11. August, die als erster Höhepunkt des Angleichungsprozesses bezeichnet werden darf<sup>179</sup>. Trotz schwerwiegender Bedenken der Christlichen Demokraten, der Liberalen und auch Bonomis<sup>180</sup> gelang es, zwei Tage später eine neue Erklärung zu formulieren, welche die Regierung mit der vollen Verantwortung für die seit dem 25. Juli entstandene Lage belastete und, nach der übereinstimmenden Ansicht aller Beteiligten und Unterzeichner des Dokuments, das Ende aller Ansätze einer Zusammenarbeit, mit anderen Worten den offenen Bruch der Parteien mit der Regierung Badoglio bekräftigte. Wenn diese Beschlüsse auch vorläufig der Öffentlichkeit vorenthalten wurden<sup>181</sup> und somit der soeben proklamierte Bruch vorerst eher theoretisch blieb, waren sie dennoch für den von allen Seiten politisch unter Beschuß genommenen Ministerpräsidenten und dessen Mitarbeiter von höchster Wichtigkeit. In diesem Augenblick der politischen Trennung rückt daher die Politik Badoglio von neuem in den Mittelpunkt der Betrachtung.

V

Welche Mittel standen der Regierung Badoglio zur Neutralisierung eines potentiell explosiven Schrittes, wie ihn die Parteien unternommen hatten, zur Verfügung? Carlo L. Ragghianti zufolge<sup>182</sup> war die Reaktion außerordentlich scharf: Androhung von Repressalien gegen die Parteien und ihre führenden Persönlichkeiten, Verhaftungen in mehreren Städten, und vor allem die folgenschwere Einstellung der Freilassung politischer Gefangener des faschistischen Regimes. Der von Ragghianti skizzierte Gegenschlag wird in anderen Darstellungen nicht erwähnt, sondern im Gegenteil die weitergehende Freilassung politischer Gefangener besonders in der zweiten Augusthälfte betont<sup>1828</sup>; allein Ugo La Malfa spricht in unbestimmter Form<sup>183</sup> von Verhaftungsdrohungen, die ein von ihm nicht näher bezeichneter

<sup>183</sup> Lezioni sull'antifascismo, a. a. O., S. 259. La Malfa hat diese Darstellung später noch



Jahrgang 12 (1964), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964\_1.pdf

<sup>178</sup> Ragghianti, a. a. O., S. 31.

<sup>179</sup> Catalano, a. a. O., S. 41-42; Ragghianti, a. a. O., S. 52.

<sup>180</sup> Ebenda und Bonomi, a. a. O., S. 71-73.

<sup>&</sup>lt;sup>181</sup> Ragghianti, a. a. O., S. 52-33.

<sup>182</sup> Ders., a. a. O., S. 33.

<sup>1828</sup> Vgl. Raimondo Luraghi, Il movimento operaio torinese durante la Resistenza. Torino 1958, S. 85.

Minister gegen einige Führer der Aktionspartei gerichtet habe, wobei im übrigen der Zeitpunkt dieser Äußerungen nicht näher angegeben wird. Wichtiger im Sinne des hier behandelten Themas erscheinen verschiedene Maßnahmen, mit denen Badoglio den antifaschistischen Angriffen zweifellos den Wind aus den Segeln zu nehmen versuchte. Das bereits erwähnte Dekret 720 über die Feststellung und Konfiszierung unrechtmäßig unter dem Faschismus erworbener Vermögen diente offensichtlich diesem Ziel. Es ist auffällig, daß am 12. August, während die antifaschistischen Beratungen in Rom im Gange waren, Badoglio die Forderung einer strengen Überprüfung der Beamtenschaft wiederholte und diese im Außenministerium bereits in Gang gesetzt wurde 184. Auch die Mitglieder der auf Grund des Dekrets 720 eingesetzten Untersuchungskommission wurden am Tage nach dem Mißtrauensvotum der Parteien ernannt<sup>185</sup>. Doch im gleichen Augenblick begann die Gegenaktion der Krone und einzelner ihrer Berater. Darin äußerten sich die wachsende Unruhe des gemäßigten Faschismus, die politischen Manöver Acquarones und die Bedenken des Monarchen.

Dino Grandi, dessen politische Pläne durch die Ernennung Badoglios ihrer Grundlage beraubt worden waren, unternahm in den nächsten Tagen einen letzten Versuch, den gemäßigten Faschismus auf anderem Wege zu retten. Anscheinend handelte es sich jedoch weniger um eine neue politische Linie als um die Herausstellung eines abgeänderten Teils seiner Planung, den er in seinen bisher gegebenen Darstellungen des Umsturzes verschwiegen hat und der den künftigen Status der faschistischen Partei betraf. Daß ihn dieses Thema bereits Anfang des Jahres beschäftigte, ergibt sich aus Angaben des Journalisten Massimo Caputo, den Grandi im März 1945 in seine Projekte einzuschalten gedachte<sup>186</sup>. Eine Auflösung der Partei erschien ihm damals als schwerer Irrtum: die faschistische Partei müsse nach der erforderlichen Umorganisierung erhalten bleiben. Es ist möglich, daß er diese Auffassung auch noch in seinem Gespräch mit dem König am Morgen des 28. Juli vertreten hat<sup>187</sup>. Kurz darauf, am gleichen Vormittag, verfocht er jedenfalls (vielleicht auch unter dem Eindruck einer Mitteilung des Monarchen, daß das Kabinett bereits am Vortage die Auflösung der Partei beschlossen hatte) im Vorzimmer Badoglios eine neue Lösung, die in Wahrheit einen Rückzug seiner "faschistisch-antifaschistischen" Konzeption von der Ebene der Regierungsstruktur auf die des Parteiwesens bedeutete. Bei einer zufälligen Begegnung mit Soleri und dem vor 1922 amtierenden Kriegsminister Gasparotto empfahl er die Gründung einer Partei der Mitte aus gemäßigten Faschisten, Liberalen und Katholiken. Soleri solle



einmal mit weiteren Einzelheiten bekräftigt, vgl. Manlio Cancogni, "La democrazia nacque di luglio" in L'Espresso (Roma), anno IX, n. 30, 28 luglio 1963, S. 7. Dennoch scheint es sich hier um einen isolierten Fall gehandelt zu haben.

<sup>184</sup> Tamaro, a. a. O., S. 208, Anm. 17.

<sup>185</sup> Breve storia di cinque mesi . . ., a. a. O., S. 24.

<sup>186</sup> Massimo Caputo, "Sensazionale colloquio con Dino Grandi cinque mesi prima del fatale 25 luglio," in Gazzetta del Popolo (Torino) 14 settembre 1952, S. 5.

<sup>187</sup> Ebenda.

die Führung übernehmen, da er, Grandi, "im Augenblick" die Zügel einer solchen politischen Bewegung nicht ergreifen könne, doch werde er ihm seine volle Unterstützung gewähren<sup>188</sup>. Die sofortige Zurückweisung eines solchen Ansinnens durch Soleri<sup>189</sup> verurteilte auch diese letzte Version einer "union sacrée" als Rettungsanker des gemäßigten Faschismus zum Scheitern.

Doch dessen Stellung war neben solchen aussichtslosen Annäherungsversuchen gerade dadurch gekennzeichnet, daß ihm die Tore des Quirinals weiterhin offenstanden. Bezeichnenderweise traf dies auf Badoglios Amtssitz nicht zu. Der kurzen Unterredung zwischen dem Marschall und Grandi am 28. Juli sollten keine weiteren folgen. Sie war, wie beide Seiten bezeugen 190, durch Animosität gekennzeichnet. Um so häufiger waren in der ersten Augusthälfte Grandis Besuche bei Acquarone in der Hoffnung, durch diesen die Entschlüsse der Krone zu beeinflussen<sup>191</sup>. Es ist auffallend, daß Grandi in seiner jüngsten Darstellung nur das außenpolitische Problem einer Annäherung an London und Washington als Thema dieser Unterredungen nennt. Daß die innenpolitische Situation dabei gänzlich ausgeklammert wurde, scheint höchst unglaubhaft, besonders wenn man das an den König gerichtete Schreiben des mit Grandi in Verbindung stehenden und durch seinen soldatischen Einsatz im ersten Weltkriege weithin bekannt gewordenen Chirurgen Raffaele Paolucci vom 13. August in Betracht zieht<sup>192</sup>. Nachdem der Briefschreiber auf seine früheren Kontakte mit dem Monarchen verwiesen hatte, durch die er im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte die Interessen der Monarchie zu schützen bestrebt gewesen war, erinnerte er an seine durch Grandis Informationen ausgelöste, kurz vor dem 25. Juli an den König ergangene Warnung, die Regierungsgewalt keinesfalls Badoglio anzuvertrauen. Er bekräftigte seine Auffassung, daß Vertreter des gemäßigten Faschismus im Kabinett die nun immer eindeutigere antifaschistische Orientierung Badoglios und seiner Mitarbeiter verhindert hätten 192a. Der Monarch habe in seiner von dem Marschall gegengezeichneten Proklamation gegen jede politische Verfolgung Stellung genommen, und diese Erklärung müsse von der Regierung als Richtschnur beibehalten werden. Würde nicht angesichts der jetzt verfolgten Politik des Ausschlusses aller Faschisten vom öffentlichen Leben schließlich auch der Thron in Mitleidenschaft gezogen werden? Nicht alle früheren Faschisten würden unter jeder Bedingung ihrem Eid treu bleiben. Viele von ihnen, um ihr

<sup>192</sup>a Lessona, a. a. O., S. 406-407 behauptet, daß Badoglio ihm nach dem Umsturz sein Bedauern darüber ausgedrückt habe, durch den König daran gehindert worden zu sein, Vertreter des gemäßigten Faschismus in sein Kabinett aufzunehmen. Der Bericht erscheint in dieser Form wenig glaubhaft, es sei denn, daß diese Bemerkung für Badoglio eine bestimmte taktische Bedeutung hatte, um den ständigen Angriffen des gemäßigten Faschismus auf seine Person die Spitze abzubrechen.



<sup>188</sup> Soleri, a. a. O., S. 255; Gasparotto, a. a. O., S. 518. Die zeitliche Festlegung dieser Ereignisse stimmt nicht überein. Grandi gibt den 28. Juli an, Soleri und Gasparotto den 27.

<sup>&</sup>lt;sup>189</sup> Soleri, a. a. O., S. 255.

<sup>190</sup> Grandi, a. a. O., S. 25; Badoglio, a. a. O., S. 82.

<sup>&</sup>lt;sup>191</sup> Grandi, a. a. O.

<sup>192</sup> Tamaro, a. a. O., S. 307-309 gibt den vollständigen Text.

persönliches Wohl besorgt und in dem Glauben, vom König verlassen zu sein, dürften wegen der Verfolgung durch Regierung und Antifaschismus sich nicht verpflichtet fühlen, sich um das Banner der Monarchie zu scharen. Eine rachsüchtige Politik seitens des Kabinetts könne schließlich nur zu dessen Sturz und dem der Monarchie im Chaos eines Bürgerkrieges führen.

Paoluccis Worte mußten zwar auf die sich seit jeher größtenteils in der gleichen Richtung bewegenden Gedankengänge Viktor Emanuels große Wirkung haben; doch schon einige Tage zuvor, ehe die briefliche Mahnung den Monarchen erreichte und dieser sich daraufhin zu einem für ihn durchaus ungewöhnlichen Schritt gegenüber Badoglio entschloß, hatte Acquarone die ersten Versuche einer Unterminierung der Stellung des Ministerpräsidenten eingeleitet. Es wäre irrig, anzunehmen, daß allein das Präfektenproblem die Beziehungen zwischen Badoglio und dem Minister des königlichen Hauses verschlechtert hätte. Acquarone, dem die politische Verteidigung der Person des Monarchen so sehr innerstes Anliegen war, daß er einmal im Gespräch mit Soleri sich selbst als möglichen Führer einer künftigen monarchistischen Partei zur Abwehr der republikanischen Bestrebungen innerhalb des Antifaschismus ankündigte<sup>193</sup>, mußte Badoglios Haltung gerade in dieser Hinsicht beargwöhnen. In den Wochen vor dem Sturz Mussolinis hatte der Marschall dem Minister auseinandergesetzt, in welchem Ausmaß die öffentliche Meinung den König für die zwei Jahrzehnte faschistischer Herrschaft und die augenblickliche tragische Situation des Landes verantwortlich halte, so daß eine Abdankung Viktor Emanuels zugunsten von Kronprinz Umberto im Interesse einer Stärkung der Monarchie ratsam sei. Acquarone lehnte eine solche Lösung rundweg ab mit der Begründung, daß allein der Herrscher imstande sei, eine so undurchsichtige Lage, wie sie nach der Entlassung Mussolinis entstehen werde, zu meistern. Würde Badoglio, so setzte er hinzu, diese Frage aufwerfen, wie dies auch einige der älteren vorfaschistischen Politiker getan hätten, so wäre die sofortige Abkühlung der Beziehungen zwischen dem künftigen Regierungschef und dem Monarchen die Folge 194. Aller Wahrscheinlichkeit nach geht auf diese Unterredung (und Viktor Emanuels Einschätzung Badoglios) auch eine von Soleri 195 registrierte rhetorische Frage Acquarones über den Marschall aus der gleichen Zeit zurück: wer diesem wohl Einhalt gebieten könne, wenn er erst einmal fest im Sattel sitze? In diesem Zusammenhang drängt sich unvermeidlich die Frage nach der politischen Qualifikation dieses zweifellos einflußreichsten Ratgebers der Krone auf.

Der aus der militärischen Laufbahn hervorgegangene Minister – er hatte 1924 als Brigadegeneral seinen Abschied genommen – war den beiden Hauptakteuren der politischen Ereignisse des Sommers 1943 durch frühere Beziehungen verbunden: Badoglio als dessen einstmaliger Ordonnanzoffizier und dem Monarchen als militärischer Instrukteur Kronprinz Umbertos nach dem ersten Weltkriege.



<sup>198</sup> Soleri, a. a. O., S. 260.

<sup>194</sup> Badoglio, a. a. O., S. 74-75.

<sup>&</sup>lt;sup>195</sup> Soleri, a. a. O., S. 239.

In den zwanziger und dreißiger Jahren hatte sich Acquarone dann als Direktor eines früheren Unternehmens in Verona einen Namen gemacht und, nach seiner Ernennung zum Senator Anfang 1934, die Aufmerksamkeit des Königs erneut auf sich gezogen, diesmal durch seine finanzielle Begabung, die der 1938 an die Spitze des Ministeriums des königlichen Hauses Berufene als Vermögensverwalter der Krone in überzeugender Weise unter Beweis zu stellen vermochte. Die uneingeschränkte Anerkennung, mit welcher der zu großer Sparsamkeit neigende Monarch die finanzielle Leistung des Grafen Acquarone verfolgte, führte Ende 1942 zu dessen Erhebung in den Herzogsstand<sup>196</sup>. Doch was für die Außenwelt als Würdigung rein wirtschaftlicher Verdienste in Erscheinung trat, war tatsächlich auch Ausdruck eines politischen Vertrauensverhältnisses, wie dies die Tagebuchaufzeichnungen Galeazzo Cianos mehr als drei Jahre vor dem 25. Juli 1943 verdeutlichten: am 13. März 1940<sup>197</sup> war dieser beim Golfspiel von Acquarone angesprochen worden, wobei von dem Minister die nach Ansicht des Königs jederzeit mögliche politische Intervention der Krone und die freundschaftlichen Gefühle Viktor Emanuels für den jugendlichen Außenminister nur allzu betont in Verbindung gebracht wurden.

Trotz der führenden Rolle, die Acquarone als politischem Koordinator in den Jahren 1942–45 dann zufiel, mußte die tatsächliche Reichweite seiner politischen Erfahrung doch fragwürdig bleiben, da diese letzten Endes wohl allzu stark auf den Eindrücken der faschistischen Aera beruhte<sup>198</sup>. Daß er im Sommer 1943 eine realistische und den Interessen der Monarchie förderliche Politik verfolgte, wurde schon damals von dem einen oder anderen Mitglied des Hofes aufs schärfste in Frage gestellt<sup>199</sup>. Hatte er in den vergangenen Monaten seine ganze Energie darauf konzentriert, den immer wieder zögernden Monarchen zur Verabschiedung Mussolinis zu bewegen, so strebte er jetzt danach, das generelle Mißvergnügen des Königs an der Politik des Kabinetts in einen endgültigen Entschluß zur Entlassung Badoglios umzuwandeln.

Die einzelnen Phasen dieses Vorgangs lassen sich mit einiger Genauigkeit rekonstruieren. Am 11. August erhielt der frühere Minister für öffentliche Arbeiten, Giuseppe Gorla, der bis Februar 1943 amtiert hatte und dem Viktor Emanuel stets mit größtem Wohlwollen begegnet war, einen dringenden Telefonanruf Acquarones, ihn in dessen Ministerium aufzusuchen. In der kurz darauf stattfindenden Unterredung erklärte der Minister seinem Besucher, daß Badoglio einen viel zu linksgerichteten Kurs steuere. Er selbst habe ihn ohne Erfolg darauf aufmerksam gemacht,



<sup>&</sup>lt;sup>196</sup> Zu den obigen Angaben vgl. den biographischen Beitrag von Claudio Pavone in Dizionario biografico degli Italiani, Roma 1960, vol. 1, S. 165-164.

<sup>197</sup> The Ciano Diaries 1939-1943, edited by Hugh Gibson. New York 1946. S. 221.

<sup>198</sup> Carboni, a. a. O., S. 234 erwähnt, daß Acquarone in enger Verbindung mit "faschistischen Finanzkreisen" gestanden habe. Castellano, a. a. O., S. 70–71 gibt eine Erklärung für die kritische Haltung Carbonis gegenüber Acquarone: dieser habe in der Nacht vom 25. zum 26. Juli Carbonis Ernennung zum Propagandaminister (vgl. Anm. 114) verhindert. Über Acquarones "völlige Fremdheit" gegenüber der Politik vgl. auch die Ausführungen des damaligen Rechtsberaters des Königshauses, Enzo Storoni, bei Cancogni, a. a. O., S. 6.

<sup>198</sup> Puntoni, a. a. O., S. 160 (Eintragung vom 30. August 1943).

daß der Monarch mit seiner Tätigkeit als Regierungschef unzufrieden sei. Doch, so schloß er, um den König zum Handeln zu bringen, sei die Anregung einer Persönlichkeit, der er Vertrauen entgegen bringe, erforderlich: "Du weißt, wie sehr der König Dich schätzt. Du solltest ihn um eine Audienz bitten und ihm offen sagen, daß der Weg Badoglios falsch ist. "200 Drei Tage nach dieser ergebnislosen Besprechung Gorlas mit dem Minister erreichte Dino Grandi, der im Begriff war, Rom zu verlassen, um auf eigene Faust Verhandlungen mit den Westmächten zu führen, eine Aufforderung Acquarones, auf seine Reise zu verzichten: "Badoglio ruiniert uns alle. In wenigen Tagen wirst Du in die Regierung eintreten."201 Dieser neue Schritt Acquarones erklärt sich wahrscheinlich daraus, daß der Monarch ihn am Morgen des vorhergehenden Tages beauftragt hatte, Badoglio seine Enttäuschung klar zu machen 202. Dennoch scheute Viktor Emanuel, wohl nicht zuletzt aus außenpolitischen Gründen, vor einer neuen Krise zurück<sup>203</sup>. Er nahm jedoch das Schreiben Paoluccis zum Anlaß eines kategorischen Memorandums, das er persönlich dem Regierungschef übergab<sup>204</sup>. Badoglio selbst erwähnt als Anlaß der königlichen Intervention den von ihm dem Monarchen gemachten Vorschlag einer Verabschiedung aller aus der faschistischen Hierarchie hervorgegangenen Botschafter<sup>205</sup>. In diesem Zusammenhang ist es bedeutsam, daß einer der wenigen eigenen Zusätze, die der Herrscher in seine Neufassung der Worte Paoluccis einfügte, sich auf die "in übertriebenem Ausmaße in den Ministerien geschaffenen Untersuchungskommissionen" bezog. Bringt man die Tatsache, daß die erste dieser Kommissionen im Außenministerium zu arbeiten begonnen hatte, mit der von Badoglio beabsichtigten politischen Säuberung der hohen diplomatischen Beamtenschaft in Verbindung, dann erschließt sich die Abwehrhaltung Viktor Emanuels unserem Einblick. Der König, der in der Präfektenfrage nicht interveniert hatte, trat jetzt für die gefährdeten Diplomaten ein und verhinderte die Durchführung der geplanten Maßnahmen. Die Motivierung muß in zwei Erwägungen gesehen werden, welche die Schlüsselstellung des Außenministeriums für die Krone hervorheben. Hier, in der faschistisch durchsetzten Diplomatie, bestand jene institutionelle Nahtstelle von Monarchie und Regime in ihrer vielleicht stärksten und empfindlichsten Ausprägung, für die Giuseppe Bastianini, der letzte faschistische Unterstaatssekretär des Außenministeriums, dessen monarchistische Loyalität noch in der Großratssitzung am Juli zum Ausdruck gekommen war, als Beispiel dienen mag<sup>206</sup>. Darüberhinaus



<sup>200</sup> Gorla, a. a. O., S. 435-434.

<sup>201</sup> Grandi, a. a. O., S. 26.

<sup>&</sup>lt;sup>202</sup> Puntoni, a. a. O., S. 153 (Eintragung vom 13. August 1943).

<sup>&</sup>lt;sup>203</sup> Tamaro, a. a. O., S. 213 (Bericht von General Sorice) und S. 265 (Bericht des früheren faschistischen Nationalrats Fanelli); Puntoni, a. a. O., S. 154 (Eintragung vom 16. August 1945).

<sup>&</sup>lt;sup>204</sup> Tamaro, a. a. O., S. 309-310.

<sup>208</sup> Badoglio, a. a. O., S. 89.

<sup>&</sup>lt;sup>206</sup> Bastianini war es auch gewesen, der auf besonderen Wunsch des Königs unmittelbar nach dem 25. Juli den Botschafterposten in Ankara übernehmen sollte, was durch einen Proteststurm der öffentlichen Meinung verhindert wurde. Von den hierüber berichtenden Autoren

war die auf dem Artikel 5 des Statuto beruhende außenpolitische Führungsrolle der Krone zwar wie die gesamte übrige Verfassung unter dem Faschismus beiseitegeschoben worden; doch waren gerade die traditionellen Einzelaudienzen aller aus Rom abreisenden hohen italienischen Diplomaten besonders in den kritischen außenpolitischen Jahren für die Krone eine der wichtigsten Informations- und, wenn auch schwachen, indirekten Beeinflussungsmöglichkeiten der faschistischen Außenpolitik gewesen. Das Eingreifen Viktor Emanuels galt daher nicht nur dem Schutz des politischen Übergangsprogramms der Monarchie, sondern vor allem in diesem kritischen Monat auch der Verteidigung ihrer damit verflochtenen außenpolitischen Funktionen, die soeben erst durch die Resolution des faschistischen Großrats vom 25. Juli in weitestem Umfang wiederhergestellt schienen. Es darf als Beweis für die Bedeutung, welche die innenpolitische Entwicklung im August 1945 für den König hatte, angesehen werden, daß er die Möglichkeit einer Abdankung erwog<sup>207</sup>, wie er dies während der Interventionskrise im Frühjahr 1915<sup>208</sup> und vor dem Marsch auf Rom Ende Oktober 1922200 getan hatte. Eine weitere Erhärtung des politischen Gewichts dieser Situation für den Monarchen war der Behelf, auf den er trotz seiner starken Abneigung gegen schriftliche Festlegung der eigenen Gedanken verfallen war<sup>210</sup>. In diesem Sinne sollte das von ihm am Morgen des 16. August Badoglio überreichte Memorandum für alle Fälle die von ihm unternommene Aktion und die Trennung der Verantwortung von Krone und Regierung belegen<sup>211</sup>. Aus dem Privatbrief eines freiwilligen Ratgebers der Krone war ein hochpolitisches Dokument geworden, dessen Verfasser, der stets skeptische König, kaum glauben mochte, auf diese Weise dem Eigengewicht der innenpolitischen Entwicklung Halt gebieten zu können. Die Regierung, so schrieb er, habe durch ihre ungerechtfertigten Verfolgungsmaßnahmen wichtige Elemente von der Krone entfernt, die dadurch der Gefahr der Isolierung ausgesetzt sei. Ein Ausdruck dieser Bitterkeit waren die gleichzeitig an Badoglio gerichteten schneidenden mündlichen Erklärungen, die wohl nicht weniger als ein persönliches Mißtrauensvotum bedeuten sollten, auch wenn sich der König den letzten Konsequenzen einer solchen Stellungnahme entzog. Auch wenn der Monarch den politischen Säuberungsprozeß innerhalb der hohen Beamtenschaft zum Stillstand gebracht hatte, waren, alles in

<sup>&</sup>lt;sup>211</sup> Puntoni, a. a. O., S. 154 zitiert hier die von Viktor Emanuel an ihn gerichteten Worte (Eintragung vom 16. August 1945).



sollen hier nur Lessona, a. a. O., S. 407-408 und Giuseppe Bastianini, Uomini, cose, fatti. Milano 1951, S. 207-208 genannt werden.

<sup>&</sup>lt;sup>207</sup> Puntoni, a. a. O., S. 154 auf Grund einer vertraulichen Mitteilung von Acquarone (Eintragung vom 15. August 1943).

<sup>&</sup>lt;sup>208</sup> E. R. Rosen, Italiens Kriegseintritt im Jahre 1915 als innenpolitisches Problem der Giolitti-Aera, in: HZ 187 (1959), S. 552.

<sup>&</sup>lt;sup>209</sup> Antonino Repaci, Mito e realtà della marcia su Roma, in: MLI, Jahrg. 1960, Nr. 59, S. 8-9.

<sup>&</sup>lt;sup>210</sup> Monarchistische Autoren bemühten sich anfangs nach der ersten Veröffentlichung des Dokuments, dasselbe als Fälschung auszugeben, da eine solche schriftliche Fixierung seines Standpunkts allen Gepflogenheiten des Herrschers zuwiderlaufen würde.

Viktor Emanuel III. und die Innenpolitik des ersten Kabinetts Badoglio im Sommer 1943

allem genommen, die Bestrebungen des gemäßigten Faschismus und Acquarones, Badoglio aus dem Viminalpalast zu vertreiben, fehlgeschlagen. Die Vertrauenskrise nahm deshalb ihren Fortgang.

#### VΙ

Wenn sich die Spannung zwischen Viktor Emanuel III. und Badoglio trotz der durch den König erreichten Verlangsamung der an sich schon höchst vorsichtigen Säuberungspolitik der Regierung unmittelbar bis in die Tage vor dem Waffenstillstand vom 8. September verfolgen läßt, dann liefert die Unterredung Acquarones mit Gorla, die einen Monat zuvor stattgefunden hatte, auch in dieser Hinsicht den Ansatzpunkt zum Verständnis eines wichtigen Aspekts der innenpolitischen Entwicklung. Zweifellos bezog sich die Bemerkung des Ministers, Badoglio tendiere zu sehr nach links, auf die im Quirinal mit großer Unruhe beobachtete Gestaltung der Beziehungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Arbeiterschaft.

Die ersten Ankündigungen des Kabinetts auf diesem Sektor der Innenpolitik bewegten sich eindeutig innerhalb des Schemas des "Beamtenkabinetts". Die Korporationen, so hieß es am 29. Juli, würden verschwinden, doch die Arbeitnehmerverbände unter Anpassung an die veränderte Lage aufrechterhalten bleiben, jedoch auf Anordnung Badoglios der Aufsicht der Präfekten anvertraut werden. Außerdem wurde die Möglichkeit der Ernennung von Kommissaren an der Spitze der einzelnen Konföderationen der Arbeitnehmerverbände angedeutet<sup>212</sup>. Hinter dieser allgemein gehaltenen Mitteilung verbarg sich offenbar die Absicht, den gesamten Apparat einem Vertreter der Ministerialbürokratie kommissarisch zu unterstellen 213. Doch hatte Badoglio den Einwendungen des von ihm befragten letzten Generalsekretärs der vom Faschismus beseitigten Confederazione Generale del Lavoro, des Allgemeinen Arbeiterverbandes, Bruno Buozzi<sup>214</sup>, anscheinend sofort nachgegeben. Buozzi hatte zu bedenken gegeben, daß ein Beamter nicht in der Lage sein würde, die Syndikate aus ihrer korporativ-bürokratischen Verfilzung zu lösen, was allein einer vom Vertrauen der Massen getragenen gewerkschaftlichen Führung gelingen könne. Es ist auffallend, wie rasch der Regierungschef von seinen ursprünglichen Plänen Abstand nahm, wohl in der Hoffnung, durch solche den Gewerkschaftsführern gemachten Konzessionen die politische Unruhe des Antifaschismus in Schach halten und besonders die seines linken Flügels auf gewerkschaftliche Pro-

Vierteljahrshefte \$/1



<sup>&</sup>lt;sup>212</sup> Hierzu die beiden bei Tamaro, a. a. O., S. 287–288 wiedergegebenen Kommuniqués der Agentur Stefani vom 29. Juli 1943.

<sup>&</sup>lt;sup>213</sup> Vgl. die von Luraghi, a. a. O., S. 68 auf Grund von Protokollen im Archiv der Kommunistischen Partei Italiens zitierten Äußerungen von Bruno Buozzi auläßlich eines Aufenthalts in Turin am 9. August 1943.

<sup>&</sup>lt;sup>214</sup> Emilio Lussu, I sindacati, in A. Battaglia . . . , Dieci anni dopo. 1945-1955 (Saggi sulla vita democratica italiana). Bari 1955, S. 466; über Buozzis Erlebnisse in Italien im Jahre 1942 vgl. Luraghi, a. a. O., S. 40.

bleme ablenken zu können. Es war ihm außerdem gewiß klar geworden, welche Bedeutung für die Sozialisten, Kommunisten und Christlichen Demokraten die Besetzung der Schlüsselpositionen der Gewerkschaften besaß. Die dann eingeleiteten Verhandlungen führten zu der Ernennung des früheren Reformsozialisten Buozzi zum Kommissar, des Kommunisten Giovanni Roveda und des Christdemokraten Gioacchino Quarella zu Vizekommissaren der wichtigsten Arbeitnehmervertretung, der Konföderation der Industriearbeiter<sup>215</sup>. Eine Entscheidung, in der sich offenbar der Einfluß des zuständigen Ressortministers Piccardi deutlich abzeichnete. Nachdem aber die neuen Kommissare sogleich ihre Stellungnahme dahin präzisierten, daß sie wohl von ihren Syndikaten Besitz ergriffen, ohne damit jedoch eine Verpflichtung zur politischen Zusammenarbeit mit der Regierung anzuerkennen, mußte das Mißtrauen gegenüber Badoglios Einlenken in der Umgebung des Königs erheblich verstärkt werden, obwohl der Monarch selbst dem ursprünglichen Drängen des Regierungschefs auf eine Beteiligung der Kommunisten an der Gewerkschaftsführung nachgegeben hatte 2152. Vom Quirinal aus gesehen hatte die Regierung den ursprünglichen Kurs staatlicher Kontrolle der Arbeitnehmerverbände aufgegeben, nicht nur ohne irgendwelche Gegenleistungen dafür zu erhalten, sondern darüberhinaus hatte sie einen Mann wie Roveda in eine gewerkschaftliche Machtposition gebracht, der als einziger prominenter Vertreter seiner Partei am 26. Juli auf dem Mailänder Domplatz die vorsichtig taktierende kommunistische Linie vorübergehend verlassen und von einem direkten Druck der Massen in der institutionellen Frage gesprochen hatte<sup>216</sup>. Für Badoglio hingegen mochte die Erwägung im Vordergrund stehen, auf diese Weise über eine, wenn auch kaum definierbare, Tuchfühlung mit einer verantwortungsbewußten gewerkschaftlichen Führung zu verfügen, die ein Abgleiten der Arbeiterschaft in folgenschwere Radikalisierung im eigenen Interesse zu verhüten bestrebt sein würde. Entgegen einem solchen, sich realistisch bescheidenden Maximalprogramm wurde im Quirinal von Filippo Naldi eine völlig wirklichkeitsfremde Politik vorgetragen, wobei der nach mehr als anderthalb Jahrzehnten aus Frankreich zurückgekehrte frühere Leiter des "Resto del Carlino", einer der führenden Zeitungen des Landes, dem Monarchen den Aufbau einer königstreuen Arbeiterbewegung als durchführbar darstellte<sup>217</sup>. In einer derart beschaffenen Atmosphäre mußte die Ablehnung der Maßnahmen Badoglios um so schärfer werden, je mehr die Gewerkschaftsführer in ihren Autonomiebestrebungen unter dem Druck der Parteien von internen Richtlinien zu öffentlichen Erklärungen übergingen.

Zur gleichen Zeit, als die Parteien in der zweiten Augustwoche den politischen Trennungsstrich zwischen sich und der Regierung zogen, wurde auf Veranlassung der Aktionspartei in der Sitzung vom 12. August eine Entschließung angenommen, in der alle Mitglieder antifaschistischer Parteien, die sich für kommis-

<sup>&</sup>lt;sup>217</sup> Puntoni, a. a. O., S. 150-151 (Eintragung vom 5. bis 4. und 6. August 1943).



<sup>&</sup>lt;sup>215</sup> Lussu, a. a. O., S. 467.

<sup>&</sup>lt;sup>215a</sup> Dies war, Piccardi zufolge, die Hauptbedingung Buozzis gewesen. Vgl. Cancogni, a. a. O.

<sup>&</sup>lt;sup>216</sup> Catalano, a. a. O., S. 37.

sarische gewerkschaftliche Tätigkeit zur Verfügung gestellt hatten, verpflichtet wurden, diese unter anderem nur unter der Bedingung auszuüben, daß sie ihre Aufgaben im Namen des Nationalausschusses übernähmen und eine solche Mitarbeit in keiner Weise eine Billigung der Politik der Regierung darstelle<sup>218</sup>. In einer weiteren Erklärung des Ausschusses nahm dieser die Zusicherungen der Kommissare zur Kenntnis, daß diese ihre Arbeit unabhängig von der im Amt befindlichen Regierung und in Übereinstimmung mit den programmatischen Direktiven des Ausschusses für eine Wiederherstellung der freien Ausübung der gewerkschaftlichen Rechte gestalten würden<sup>219</sup>. Wenn Carlo Ragghianti in diesen Entschlüssen eine Niederlage Badoglios erblickt, so räumt er dennoch ein, daß die weitere Zusammenarbeit der Kommissare mit der Regierung das Aufbegehren der Volksmassen im August und September 1943 in Schranken hielt 220, wobei ihm anscheinend entgeht, daß ein solches Ergebnis in jenen Wochen ein zentrales Anliegen Badoglios darstellte. Es bleibt in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß die genannten Beschlüsse wohl der Regierung sofort bekanntgegeben werden, sonst aber von Seiten des Ausschusses intern blieben, während ihr wesentlicher Inhalt in einem detaillierten offiziellen Kommuniqué am 14. August der Öffentlichkeit mitgeteilt<sup>221</sup> und wenige Tage später in einer gesonderten Erklärung der Kommissare der Industrieund Landarbeiter, der Kredit- und Versicherungsangestellten, der freien Berufe und Künstler nachdrücklich wiederholt wurde<sup>222</sup>, in beiden Fällen jedoch ohne Nennung des Nationalausschusses und seiner Resolutionen. Es ist anzunehmen, daß die hierin zum Ausdruck kommende, wenn auch begrenzte Koexistenz von Regierung und Kommissaren in der Hauptsache auf die vermittelnde Tätigkeit Piccardis zurückging, wodurch sich Badoglios Maximalprogramm behaupten konnte. Dieses wiederum galt im Quirinal als ungenügend, wenn nicht gefährlich.

Befürchtungen dieser Art mußten sprunghaft ansteigen, als am 18. und 19. August die industrielle Hauptfront des Landes in Bewegung geriet: die Arbeiterschaft von Turin und Mailand proklamierte eine allgemeine Arbeitsniederlegung und organisierte, insbesondere in Turin, Massenkundgebungen in den Straßen der alten piemontesischen Hauptstadt<sup>223</sup>. Im Königspalast wurden die Streiks und Demonstrationen im wesentlichen als Symptome des sozialen Kampfes gedeutet, wobei die Arbeiterschaft durch die Ernennung Buozzis und Rovedas dazu verleitet worden sei, von nun an von der Regierung ein Nachgeben auf der ganzen Linie zu erwarten<sup>224</sup>. Eine solche Interpretation der Ereignisse in den Industriezentren beruhte auf einer weitgehenden Fehldeutung ihrer Motivierung. Der nach dem Norden geeilte Pic-



<sup>&</sup>lt;sup>218</sup> Ragghianti, a. a. O., S. 33, der in diesem Zusammenhang eine von Riccardo Bauer während der Sitzung vorgenommene Aufzeichnung zitiert: "Buozzi dichiara che mette i sindacati a servizio del Comitato".

<sup>&</sup>lt;sup>219</sup> Ders., a. a. O., S. 34.

<sup>220</sup> Ebenda.

<sup>&</sup>lt;sup>221</sup> Vgl. Tamaro, a. a. O., S. 306-307.

<sup>&</sup>lt;sup>222</sup> Ders., a. a. O., S. 265.

<sup>223</sup> Luraghi, a. a. O., S. 74-76; Tortoreto, a. a. O., S. 20.

<sup>&</sup>lt;sup>224</sup> Puntoni, a. a. O., S. 155 (Eintragung vom 19. August 1943).

cardi und die ihn begleitenden Kommissare Buozzi und Roveda fanden sich einer durch die verheerenden alliierten Luftangriffe vom 15. und 16. August auf Turin 226 und vom 13., 15. und 16. August auf Mailand zutiefst aufgewühlten Arbeiterschaft gegenüber. Diese hatte in den Angriffen einen Beweis mangelnder Bereitschaft der Regierung zu Friedensverhandlungen erblickt und meldete politische Forderungen an, wie Befreiung aller politischen Gefangenen und kürzlich verhafteten Arbeiter, Zurückziehung der Truppen und Entfernung aller faschistischen Elemente aus den Turiner Fabriken, Beschleunigung der politischen Säuberung, ein gewisses Ausmaß von Pressefreiheit, sowie Protest gegen die Fortsetzung des Krieges<sup>226</sup>. Die eigentliche gewerkschaftliche Forderung, die sofortige Konstituierung von Betriebsausschüssen (commissioni interne) in den Fabriken, fand sich erst am Ende des Katalogs. Die durch die Intervention Piccardis und der Kommissare erreichte Beruhigung konnte den Monarchen nur mit Mißtrauen und Erbitterung erfüllen. Er übersah, daß Badoglios Zurückhaltung in der Gewerkschaftspolitik Früchte getragen hatte: das gemeinsame Erscheinen des Ministers und der Kommissare war ungeachtet aller vorangegangenen Erklärungen der Gewerkschaftsführer im Grunde genommen keine rein technische, sondern eher eine politische Zusammenarbeit gewesen 227. Was dem König vor Augen stand, war nur, daß das Militär in Turin die Fabriken verlassen hatte und daß die Wiedererrichtung der bereits illegal entstandenen und überall entstehenden Betriebsausschüsse zwangsläufig zu deren Legalisierung führen mußte. Einerseits schien somit das Prestige der Militärbefehlshaber, Bollwerk eines Regimes, das der König in seiner Auseinandersetzung mit Badoglio am 16. August in bezeichnender Reihenfolge als Militär- und Beamtenregierung charakterisiert hatte, schwer angeschlagen zu sein; und mit den Betriebsausschüssen würde andererseits diejenige Institution der Arbeiterschaft wiederentstehen, die am längsten in den zwanziger Jahren dem Druck des faschistischen Gewerkschaftsverbands Widerstand geleistet hatte<sup>228</sup>. Ihre Rückkehr bedeutet daher die endgültige Niederlage der ursprünglich nach dem 25. Juli im Bereich der industriellen Produktion angebahnten Politik.

Es besteht Grund zu der Annahme, daß Acquarone diese Entwicklung zum Anlaß einer abermaligen Offensive nahm, um nunmehr Badoglio endgültig zur Strecke zu bringen. Ende August wurde General Carboni dringend zu dem Minister gebeten, der ihm "mit müder und gereizter Stimme" eröffnete, daß man mit Badoglio nicht mehr zusammenarbeiten könne. Der Regierungschef verstünde nichts. Carboni solle sich bereit halten, denn der König werde ihn sehr bald zu sich rufen und mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragen 229. Die hier wieder an die Oberfläche gelangende Krise nahm jedoch den gleichen Verlauf wie die erste ergebnislose Konfrontierung im selben Monat. Am 26. August kam es zu einem erneuten



<sup>&</sup>lt;sup>226</sup> Luraghi, a. a. O., S. 72.

<sup>&</sup>lt;sup>226</sup> Ders., a. a. O., S. 77; Tortoreto, a. a. O., S. 20; Catalano, a. a. O., S. 44.

<sup>&</sup>lt;sup>227</sup> Breve storia di cinque mesi . . ., a. a. O., S. 23-24.

<sup>&</sup>lt;sup>228</sup> Lussu, a. a. O., S. 467.

<sup>&</sup>lt;sup>229</sup> Carboni, a. a. O., S. 249.

Zusammenstoß zwischen Viktor Emanuel und Badoglio. Doch der Monarch gebrauchte die gleiche, letztlich stumpfe Waffe des rein verbalen Protests unter vier Augen: Badoglio stütze sich auf unsichere Elemente<sup>230</sup>. Daß die Worte noch schärfer als bei der ersten Auseinandersetzung und ohne jede Rücksichtnahme ausgesprochen wurden, war ohne Bedeutung, solange Viktor Emanuel vor dem entscheidenden Schritt der Entlassung zurückscheute. Zu einer wirklichen Klärung kam es daher wiederum nicht. Anfang September verzeichnet das Tagebuch General Puntonis noch einmal einen kritischen Kommentar des Monarchen nach einer Besprechung mit Badoglio, Ambrosio und Acquarone. Die Tätigkeit des Regierungschefs, so bemerkte er zu seinem Adjutanten, sei wenig aufrichtig und Badoglio nicht auf der Höhe der Situation<sup>231</sup>. Worauf sich diese Sätze bezogen, ist unklar, doch scheinen sie durch die kurz zuvor erfolgte Unterzeichnung des Waffenstillstands mit den Alliierten und die sich daraus ergebenden politisch-strategischen Probleme verursacht worden zu sein. Ihre tiefere Bedeutung entstammt trotzdem der innenpolitischen Sphäre, vor allem, wenn man berücksichtigt, daß am 3. September Buozzi und der kommissarische Leiter der Industriellenkonföderation, Senator Mazzini, das Abkommen unterzeichnet hatten, wodurch der juristische Status der Betriebsausschüsse in der Industrie geregelt, und der letzte vom Faschismus der Arbeiterschaft aufgezwungene Zaum beseitigt wurde<sup>282</sup>.

Zwei Tage später setzte General Eisenhowers Bekanntgabe des am 5. September abgeschlossenen Waffenstillstands von Cassibile und das im Interesse der Kontinuität des Staates überstürzt erfolgte Ausweichen der königlichen Familie, der hohen militärischen Führung und des Generalstabs, sowie des Regierungschefs, nicht jedoch des übrigen Kabinetts von Rom nach dem Süden der Amtszeit des ersten Kabinetts Badoglio ein Ende. Doch die innenpolitische Erbschaft der Fünfundvierzig Tage lastete während der kommenden neun Monate des "Regno del Sud" auf der Regierungstätigkeit des Marschalls und mehr denn je auf den Beziehungen zwischen Viktor Emanuel III. und Pietro Badoglio<sup>233</sup>.



<sup>&</sup>lt;sup>230</sup> Puntoni, a. a. O., S. 158 (Eintragung vom 26. August 1943).

<sup>&</sup>lt;sup>231</sup> Ders., a. a. O., S. 160 (Eintragung vom 6. September 1945).

<sup>232</sup> Lussu, a. a. O., S. 467.

<sup>&</sup>lt;sup>283</sup> Die umfangreiche Materialsammlung von Gianfranco Bianchi, 25 luglio, Crollo di un regime, Milano 1963, konnte für die hier vorgelegte Arbeit nicht benutzt werden, da sie erst kurz nach deren Abschluß erschien.

# Dokumentation

## HITLER ÜBER DIE JUSTIZ

Das Tischgespräch vom 20. August 1942

Das nachfolgend wiedergegebene Dokument fand sich in den Geheimakten des ehemaligen Reichsjustizministeriums und stellt eine Abschrift des vom damaligen Ministerialrat Heim im Führerhauptquartier "Werwolf" auf Weisung Bormanns aufgezeichneten "Tischgesprächs" Hitlers vom 20. August 1942 mittags dar\*. An diesem Tage wurden der damalige Präsident des Volksgerichtshofes Dr. Thierack, der nach der Machtergreifung bis zur Verreichlichung der Justiz sächsischer Justizminister gewesen war, und der damalige Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts Dr. Rothenberger zu ihrer Ernennung zum neuen Reichsjustizminister bzw. neuen Staatssekretär und zu ihrer Vereidigung von Hitler im Hauptquartier empfangen. Hitler nahm diesen Besuch zum Anlaß, um den beiden Neuernannten im anschließenden Mittagsgespräch seine Vorstellungen von Recht und Justiz zu entwickeln.

Die vorliegende Abschrift wurde in der "Gruppe III C" (Justiz) der Parteikanzlei – wahrscheinlich vertraulich – für Thierack gefertigt, um diesem eine möglichst genaue Berücksichtigung der Auslassungen Hitlers als Richtlinien für die einzuschlagende Justizpolitik zu ermöglichen<sup>1</sup>. Der Leiter der Gruppe III C war damals Ministerialrat Herbert Klemm, der Thieracks persönlicher Referent und Adjutant in dessen Zeit als sächsischer Justizminister gewesen war und der schließlich Anfang 1944 auch Rothenberger als Staatssekretär im Reichsjustizministerium ablösen sollte.

Die Originale der Aufzeichnungen, die gewöhnlich als "Tischgespräche" bezeichnet werden und von denen die vorliegende Abschrift seinerzeit angefertigt wurde, befinden sich heute – angeblich in einer von Bormann korrigierten Fassung – im Besitz des schweizerischen Staatsbürgers M. François Genoud und sind der deutschen zeitgeschichtlichen Forschung und der Öffentlichkeit nicht zugänglich. Von ihnen wurden lediglich eine von M. Genoud besorgte französische, eine mit einer Einführung von H. R. Trevor-Roper versehene englische und zwei mit letzterer identische amerikanische Ausgaben veröffentlicht<sup>2</sup>. Die Aufzeichnung vom 20. August

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Libres Propos sur la Guerre et la Paix, Paris, Teil I 1952, Teil II 1954; Hitler's Table



<sup>\*</sup> Original der Abschrift mit Unterschrift einer damaligen Sekretärin der Gruppe III C (Justiz) der Parteikanzlei befindet sich im Archiv des Bundesjustizministeriums. Sign. R 22 Gr. 5/112.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> So laut Angaben des Ministerialrats a.D. Heim, dem das Dokument zur Bestätigung der Authentizität vorgelegen hat. Daß der Leiter der Gruppe III C, Klemm, Thierack von gesprächsweisen Äußerungen Hitlers über Justizangelegenheiten, die er von Bormann erfuhr, zu unterrichten pflegte, geht aus den Akten des Reichsjustizministeriums hervor.

1942 liegt daher nur im französischen und englischen Wortlaut der genannten Editionen gedruckt vor.

Abgesehen vom wissenschaftlichen Wert der Originalität wirkt die Fassung in der Ursprache vor allem für den deutschen Leser lebendiger und anschaulicher, einmal weil das Kolorit mundartlicher Eigenheit und nationalsozialistischer Terminologie durch die Nicht-Übersetzbarkeit von Worten wie "Bazi", "Sauhähndl" oder typischer NS-Vokabeln wie "gesundes Volksempfinden", "Gesinnungsverbrechen" usw. verlorengeht, zum anderen weil die von Hitler im Erzählerstil gebrauchte direkte Rede und Gegenrede zumindest im englischen Text verschiedentlich in indirekte Rede gesetzt wurde. Neben unbedeutenden Redewendungen, die bei der Übersetzung wohl zwangsläufig wegfallen oder umschrieben werden mußten ("Ich denke, ich falle vom Stuhl . . . "; "Da kann man nur sagen, dieses kleine Würstchen ist hilflos" usw.), fehlen in der fremdsprachigen Fassung verschiedene Gedanken Hitlers ganz, - so die Alternative von kasuistischer und Rahmengesetzgebung (in der englischen) oder die für ihn typische Vorstellung von Staat und Gesellschaft als biologischem "Organismus". Auch kleine, aber charakteristische Einzelheiten sind in den Auslandsausgaben weggelassen, etwa Hitlers Schilderung, welches Aufsehen sein Auftreten vor Gericht in der mittelfränkischen Kleinstadt Roth erregte, oder seine leicht selbstironische Bemerkung bei der Erwähnung der Prügel, die er in seinem Leben bezogen habe: "Es war notwendig, es wäre sonst nicht gegangen mit mir." Derartige Weglassungen müssen durchaus nicht zu Lasten der Editoren gehen, sie können ihre Ursache in der Tatsache haben, daß den ausländischen Veröffentlichungen die von Bormann überarbeitete Fassung der Aufzeichnungen Heims zugrunde gelegen hat3. Bedenklicher ist allerdings schon, wenn in der englischen Ausgabe - durch eine unzulässige Zusammenziehung von mehreren Ausrufen Hitlers zu einem Satz - Hitlers Vater, der bekanntlich ein kleiner Zollbeamter war, zum Landgerichtspräsidenten und Justizrat befördert wird (vgl. unten Text des Dokuments S. 100 und Anm. 29).

Die wiedergegebenen Äußerungen Hitlers sind zunächst einmal für seine Auffassung von der Rechtspflege kennzeichnend. Die Justiz hat nicht der höheren Idee von Recht und Gerechtigkeit zu dienen: der Satz "Pereat mundus, fiat justitia" müsse "ausgerottet" werden. Sie ist für ihn lediglich Instrument und soll ausschließlich den Fortbestand der von ihm gestalteten totalen Herrschaftsordnung



Talk 1941–1944, London 1955; Hitler's Secret Conversations 1941–1944, New York 1955 und 1961. Von diesen sogenannten "Bormann-Vermerken" zu unterscheiden sind die Aufzeichnungen des damaligen Oberregierungsrats Dr. Henry Picker, der vom März bis Juli 1942 Heim im Auftrage Bormanns vertrat. Pickers eigene Mitschriften wurden zusammen mit den ihm von Bormann übergebenen Niederschriften Heims aus dem Zeitraum Juli 1941 bis März 1942 im Auftrage des Instituts für Zeitgeschichte von Gerhard Ritter veröffentlicht (Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942, Bonn 1951; in chronologischer Anordnung ungekürzt neu herausgegeben von Percy E. Schramm, Stuttgart 1963).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Heim bestreitet allerdings, daß seine Aufzeichnungen nochmals von Bormann korrigiert worden seien.

sichern. Natürlich dient die Justiz stets -- und nicht zuletzt gerade durch die Erfüllung der Forderung nach Gerechtigkeit - der Ordnung menschlichen Zusammenlebens. Sie lebt nun einmal in der Spannung, einerseits die naturrechtlichen Ideale von Gerechtigkeit und unantastbarem Freiheitsbereich für den einzelnen verwirklichen zu wollen, andererseits die sich ständig verändernde gesellschaftliche Ordnung schützen zu sollen, deren Prinzipien sich in der jeweiligen Rechtsetzung niederschlagen. Nur dürfen die Merkmale für die Unterscheidung von Recht und Unrecht nicht von einer beliebigen zweckhaften Ordnung her bestimmt werden, die schließlich auch Unrecht legitimieren kann, sondern gerade umgekehrt muß die Unterscheidung von Recht und Unrecht für die Justiz das Primäre und die Grundlage der zu erhaltenden Ordnung bleiben. Für Hitler dagegen ist Recht "was dem Volke nützt" und er argumentiert dabei aus seiner politischen Anschauung heraus mit Beispielen, die die emotionale Sphäre des Menschen ansprechen, daher auch heute dem unbefangenen Leser im ersten Moment überzeugend vorkommen mögen und jedenfalls damals bei der breiten Masse zur Begründung bestimmter Maßnahmen ausreichten, - so, wenn er die Reaktion der Frau zitiert, deren mühsam zusammengespartes Feldpostpäckchen bei der Post abhanden gekommen ist und die den Dieb, "den Saukerl", gehängt wissen will. Wird aber einmal die Todesstrafe für Diebstahl und Unterschlagung bejaht, warum soll sie dann z. B. nicht auch auf Weiterverbreitung einer der Führung ungelegenen Tatsache stehen, da sie die "Wehrkraft zersetzen" könnte? Ist einmal der Damm normaler Strafwürdigkeit und gerechten Strafmaßes – mit welchen Argumenten auch immer – durchbrochen, gibt es kein Halten mehr. Indem Hitler so das Recht von der Ausrichtung auf die Gerechtigkeitsidee löst, degradiert er das Gesetz zu einer von inneren Werten entblößten utilitaristischen Organisationsnorm und die Justiz zum Büttel für die Sicherung seiner eigenen Macht. Aus seinem Munde klingen die Worte wie Hohn, daß die Justiz nicht zur "Hure des Machthabers" zu werden brauche, da dieser "ja selber gebunden" sei (!) und da "ein Richterkorps von hohem Verantwortungsbewußtsein und von Verantwortungsfreudigkeit . . . nicht Schandtaten decken" werde. Daß es im Bereich der Justiz Männer gegeben hat, die an der Idee der Gerechtigkeit, an den traditionellen Grundsätzen ihres Standes und an ihrem richterlichen Eid, Unschuldige zu schützen und Schuldige zu bestrafen, festhielten und sich nicht für Unrechtshandlungen mißbrauchen ließen, wird niemand bestreiten. Aber gerade die völlige Ungebundenheit des "Führers" an rechtsstaatliche und Verfassungsschranken zwang die Justiz als Ganzes in die Rolle eines Instruments des Machthabers hinein. Hitler hat daher nur allzu recht, wenn er im nächsten Satz feststellt, daß die Justiz nicht in der Lage sei, Verbrechen der Machthaber zu verhindern. Ihre Rolle als rein ausführendes Organ - und nicht etwa als eine Instanz, die auch die Handlungen der Führung auf Grund von Gesetzen kontrolliert - sollte die Rechtspflege, wie Hitler ausführt, u. a. durch die Aufhebung der Bindung des Richters an das Gesetz erfüllen. Hierbei ist interessant, daß auch die Gesetze nationalsozialistischer Prägung, deren Inhalt oft genug gegen rechtsstaatliche Grundsätze verstieß, zur Erfüllung der Aufgabe nicht ausreichten, die Hitler der deutschen



Justiz stellte. Der Richter, so fordert Hitler, habe der Staatsraison zu dienen und eine Tat nicht nach dem Grad des verursachten Schadens und der Subsumierbarkeit unter das Gesetz, sondern unter eigentätiger Ergänzung des Gesetzgebers nach der "Gesinnung" des Täters abzuurteilen. Bei gewissen "Gesinnungsverbrechen" scheide der Täter automatisch aus der Volksgemeinschaft aus. Schon seinem ersten Reichsjustizminister, Dr. Gürtner, hatte Hitler erklärt, daß er z. B. Landesverrat als ein Gesinnungsdelikt ansehe und "jeder Landesverräter . . . daher ohne Rücksicht auf den Umfang des von ihm angerichteten Schadens exekutiert werden" müsse. Er werde "jeden Landesverräter für den Fall einer zu milden Bestrafung durch die ordentlichen Gerichte durch ein SS-Kommando abholen und erschießen lassen"4. Hitler vergleicht ferner gewisse Delikte mit "ansteckenden Seuchen", deren Umsichgreifen von Anfang an mit "barbarischsten Mitteln" entgegengetreten werden müsse. Diese Vorstellungen Hitlers vom Volk als einem Organismus, an der der Richter als "Träger der völkischen Selbsterhaltung" tätig sein solle, gipfelt in seiner Forderung, daß der Richter dem entgegenzutreten habe, was Hitler unter der durch den Krieg bedingten "negativen Auslese" verstand. Während draußen an der Front die besten Volksteile fielen, würden die schlechten Teile in den Gefängnissen und Zuchthäusern "konserviert". Der zwangsläufigen Geringschätzung des menschlichen Lebens an der Front dürfe in der Heimat nicht die "Überschätzung des Lebens der schlechten Elemente" an die Seite gestellt werden, wenn man folgender "Gesamtgefahr" entgegentreten wolle: Da die breite Masse passiv und weder gut noch böse sei und immer die aktiven Extreme den Ausschlag gäben, führe die negative Auslese letzten Endes zu einer Herrschaft der Minderwertigen wie 1918, als "fünf- oder sechshundert Strolche eine ganze Nation vergewaltigten". Diese abstrusen Vorstellungen verbindet Hitler mit der Forderung, daß der Richter gleich einem Arzt die "Ausmerze" der destruktiven Elemente durchzuführen habe, - wobei man sich aber immer vor Augen halten muß, daß nicht das objektive Gesetz, sondern die subjektive Entscheidung der nationalsozialistischen Machthaber den Maßstab über gut und böse, über lebenswert und lebensunwert abgeben sollte. Für diese, dem Wesen der Justiz von Grund auf widersprechende Aufgabe sollte ein neuer Richterstand herangezogen werden, der "bestbezahlte im Staat", ein "Elitestand", der nicht bei jedem Urteil nach der Deckung durch ein Gesetz schiele, sondern "Mut zur Verantwortung" zeige.

In dem letzten Gedanken zeigt sich bei Hitler deutlich die Einwirkung der Denkschrift Rothenbergers vom 31. März 1942 über eine Justizreform mit Stärkung der Richterstellung, die dieser als Hamburger Oberlandesgerichtspräsident unter Umgehung des ihm vorgesetzten Reichsjustizministeriums auf dem Wege über Parteinstanzen an Hitler hatte heranbringen können und die bei Hitler, der sie "beachtlich" fand<sup>5</sup>, wohl auch den Anstoß für die Ernennung Rothenbergers zum Staats-



<sup>\*</sup> Vgl. Tischgespräch vom 7. 6. 1942 mittags (Picker a. a. O., S. 249).

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> So Hitler zu Lammers am 7. Mai 1942, Nürnbg. Dok. NG-075, ebenda Rothenbergers Denkschrift; seine Korrespondenz mit Gauleiter Kaufmann und der Parteikanzlei über die Vorlage der Denkschrift s. NG-765.

sekretär gegeben hat. In dieser Denkschrift hatte Rothenberger ausgeführt, daß auch der autoritäre Staat einen starken, mit Autorität ausgestatteten Richter brauche, der seine Befugnis unmittelbar vom Führer als dem obersten Gerichtsherrn und Richter ableite. Hier dürfe es nur eine Zwischeninstanz geben, einen sogenannten "Richter des Führers", der dem deutschen Richter die authentische Auslegung der Gesetze und den Willen des Führers vermittle und an den sich der Richter in laufenden Prozessen um bindende Auskunft wenden könne. Rothenbergers Gedanke dabei war, die Stellung der Justiz im nationalsozialistischen Herrschaftssystem – vor allem gegenüber dem Polizeiapparat Himmlers – dadurch zu stärken, daß er die Weisungsfreiheit des Richters gegenüber der Einmischung sonstiger Staatsund Parteistellen außerhalb der Justiz mit der Preisgabe der Weisungsfreiheit gegenüber Hitler bzw. gegenüber einem von diesem Beauftragten erkaufte. Schließlich hatte Rothenberger nach Hitlers bekannter Philippika gegen die Justiz, gehalten vor dem Reichstag am 26. April 1942, als einer der ersten Oberlandesgerichtspräsidenten in seinem Bezirk die Steuerung der Justiz durch "Vor- und Nachschau" eingeführt und die Lenkung der Justiz durch die Justizverwaltung selbst als Allheilmittel auch auf Reichsebene propagiert. Gerade in der Beseitigung der prinzipiellen Unabhängigkeit des Richters kam Rothenbergers Denkschrift den Vorstellungen Hitlers weitgehend entgegen, - ferner in einem weiteren Punkt: Rothenberger hatte vorgeschlagen, die Zahl der Richter etwa um die Hälfte zu vermindern, um einen gutbezahlten, hochqualifizierten und aus dem allgemeinen Beamtenstand herausgehobenen Auslese-Richterstand mit Persönlichkeiten zu schaffen, die fern jeder sklavischen Bindung an das geschriebene Gesetz mit weitgehender Ermessensfreiheit auf Grund von Generalklauseln selbständig urteilten. Das bedinge natürlich eine ganz andersgeartete Ausbildung und Auswahl des Richters, von der auch Hitler hier mehrmals spricht. Eine solche Verminderung der Richterzahl unter materieller und standesmäßiger Besserstellung der verbleibenden Richter war Hitler zu diesem Zeitpunkt sicher recht: - als Gelegenheit, die renitenten Richter loszuwerden und die willfährigen zu behalten. Der Einfluß der Ideen Rothenbergers ist ferner in der Äußerung Hitlers unverkennbar, daß erst ein Mann mit Lebensreife und nach einer praktischen Bewährung im Staats- und Parteidienst Richter werden dürfe. Auch der Vorschlag eines ehrenamtlichen Friedensrichters für die volksnahe Erledigung von Bagatellsachen des täglichen Lebens dürfte auf die Denkschrift Rothenbergers zurückgehen, der die beim Personalabbau anfallende Mehrbelastung der verbleibenden Richter durch Reform des Instanzenaufbaus und vor allem durch ehrenamtliche Tätigkeit auf der untersten Ebene auszugleichen plante. Die Sanktionierung dieser Idee durch Hitler schlug sich in der Errichtung des Amtes "Rechtsprechung durch das Volk" im Dezember 1942 nieder, das unter Anknüpfung an historische Vorbilder die Einsetzung von Laienrichtern überprüfen sollte, seine Ar-

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Die Gründe für die Nichtverwirklichung dieser Reformpläne und für die Entlassung Rothenbergers als Staatssekretär nach 16-monatiger Amtszeit können hier nicht dargelegt werden. Auf sie wird der Verfasser in seinem Beitrag zum Forschungsvorhaben über die Justiz im Dritten Reich (vgl. diese Zeitschrift 11 (1963), S. 98 ff.) eingehen.



beit jedoch im Zeichen des totalen Kriegseinsatzes im August 1944 wieder einstellte.

Das Dokument ist zugleich auch ein Beitrag zur Kennzeichnung der Rolle, die die "Tischgespräche" bei der Regierungsmethode Hitlers spielten? Es zeigt sich nämlich, daß verschiedene Formulierungen der Aufzeichnung des Gesprächs vom 20. August 1942 in der ersten Ansprache des neuen Reichsjustizministers Thierack vor den Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälten auf der Berliner Tagung vom 29. September 1942 – teilweise wörtlich – wiederkehren, – so die Worte vom Richter als "Träger der völkischen Selbsterhaltung", von der Justiz als "Hure der Machthaber", und der Gedanke, daß sie den Machthaber nicht daran hindern könne, schlecht zu handeln. Dort tauchen auch dieselben Beispiele der "Seuchengefahr" (– "wie es der Führer bezeichnet" –), nämlich Verdunkelungstaten und Kellereinbrüche, wieder auf. Die folgenden Ausführungen Thieracks auf dieser Tagung über die "negative Auslese" mit dem Bild der beiden extremen Pole und der breiten Masse, die weder gut noch schlecht sei, dürften wohl eindeutig auf diesen Ausführungen fußen:

"Der Krieg ist, von diesem Problem aus gesehen, eine negative Auslese . . . insofern, als die Besten des Volkes fallen. Wenn Sie das Volk als Ganzes betrachten, so ist es ein Block. Dieser Block ist in seinem ganz großen Kern – ich möchte sagen - eine amorphe Masse, eine Masse, die weder gut noch schlecht, die weder [warm] noch kalt ist. Aber an den Polen dieses Blockes leben rechts und links fluktuierende Elemente. Das sind die Elemente, die im Grunde ein Volksschicksal bestimmen . . . Aber richtig ist, daß beide Pole ganz heterogene Pole sind, d. h. der eine Pol wird von den Idealisten des Volkes gebildet, von denjenigen Menschen, die den Wert des Volkes schlechthin ausmachen, und sichtbar machen, der andere aber von den sogenannten asozialen Elementen. Die Idealisten werden im Kriege genau so eingesetzt wie die Masse, der Kern des Volkes. . . . es ist immer wieder dasselbe; wenn Sie vor Ihrer Kompanie stehen, und es gilt, irgend eine schwierige Unternehmung durchzuführen, . . . und Sie wenden sich, was der soldatische Führer ja immer tut, mit einer kurzen Ansprache an Ihre Männer: Das und das ist zu tun; wer ist freiwillig bereit? dann treten immer wieder dieselben hervor, das sind die Idealisten . . . Draußen an der Front fallen unsere Besten, unsere Idealisten, und drinnen sitzen unsere Asozialen in den Zuchthäusern und werden konserviert. Ein Widerspruch in sich! . . . Diese Frage muß gelöst werden . . .

Also rechnen Sie damit, daß unsere so gut konservierten Asozialen alsbald ihr Asyl bei uns verlassen werden, und zwar unter diesem großen Blickpunkt . . . "8.



<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Darüber, daß die aufgezeichneten gesprächsweisen Äußerungen Hitlers oftmals von Bormann als regelrechte Weisungen an verschiedene Dienststellen gegeben wurden und reale Auswirkungen zeitigten, s. Picker a. a. O., S. 12 und Dallin, Deutsche Herrschaft in Rußland, Düsseldorf 1958, S. 151.

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Akten des Reichsjustizministeriums R 22 Gx. 5/344. Wort in Eckklammer fehlt im Original. Über die "negative Auslese" im Kriege hat sich Hitler zwar verschiedentlich ausgelassen, so in "Mein Kampf" (2. Bd., Ausgabe von 1933, S. 582f.) und im Tischgespräch vom 22. 5. 1942 mittags (Picker a. a. O., S. 245), trotzdem sind die Ausführungen Thieracks offensichtlich auf die unmittelbare Äußerung Hitlers ihm gegenüber zurückzuführen.

Hitlers Forderung einer Korrektur der "negativen Auslese" hatte zehn Tage vor dieser Ansprache Thieracks ihren ersten Niederschlag in der Vereinbarung gefunden, die dieser am 18. September 1942 mit Himmler getroffen hatte und auf die sich der letzte Satz seiner zitierten Ausführungen bezieht. Die Vereinbarung sah vor, daß alle im Bereich der Justiz befindlichen Sicherungsverwahrten, ferner gewisse Kategorien von Strafgefangenen "zur Vernichtung durch Arbeit" an die Konzentrationslager abgegeben werden sollten. Die Überstellung der Justizgefangenen an die Polizei wurde in der Folgezeit verwirklicht und für ihre ordnungsgemäße Durchführung im Reichsjustizministerium eine eigene Abteilung, die "Abteilung XV", geschaffen 10.

Aus der vorliegenden Aufzeichnung ergibt sich ferner die Bestätigung der Tatsache, daß Hitler die Methode der Gestapo, von Angeklagten Geständnisse durch körperliche Mißhandlungen zu erpressen, bejaht. In dieser Frage der sogenannten "verschärften Vernehmung" hatte es zwischen der Justiz und Himmlers Polizeiapparat bereits frühzeitig Auseinandersetzungen gegeben. Die Gerichte hatten sich in zahlreichen Fällen beschwert, daß die Vernehmungsprotokolle der Gestapo nicht verwendbar waren, weil die Aussagen der Angeklagten nachweislich durch körperliche Qualen erzwungen worden waren. Der damalige Reichsjustizminister Dr. Gürtner hatte daraufhin versucht, diesen Methoden mit der Begründung Einhalt zu gebieten, daß nach geltendem Strafgesetz Beamte mit schweren Strafen bedroht werden, wenn sie im Amt Mißhandlungen zur Herbeiführung von Geständnissen und Aussagen vornehmen (§ 343 StGB). Es sei "nicht angängig, einem Teil der Polizeibeamtenschaft stillschweigend die Erlaubnis zur Erpressung von Aussagen durch körperliche Mißhandlung der Häftlinge zu erteilen. Eine derartige Maßnahme würde die Achtung vor den bestehenden Gesetzen auf das Empfindlichste erschüttern und damit notwendig zur Verwirrung und Demoralisierung der betreffenden Beamten führen". Im übrigen seien solche erpreßte Aussagen für die Arbeit der Gerichte praktisch wertlos: "Die Hochverratssenate erklären, nachdem sie aus zahlreichen Verfahren die Überzeugung gewonnen haben, daß die polizeilichen Aussagen und Geständnisse der Angeklagten durch Mißhandlungen erpreßt sind, in immer stärkerem Umfange die polizeilichen Aussagen der Angeklagten für wertlos und messen ihnen in ihren Urteilen keinerlei Beweiswert mehr bei." Gürtner forderte daher ein "einschränkungsloses Verbot" dieser Art Verhör an alle Polizeibehörden<sup>11</sup>. Die längeren Auseinandersetzungen zwischen Justiz und Polizei wurden schließlich durch Hitler, der durch rationale und beamtenethische Argumente eines

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Schreiben Gürtners an Frick vom 14. Mai 1935, Nürnbg. Dok. PS-3751 (IMG. XXXIII, S. 56f.). Zu dieser Auseinandersetzung vgl. auch G. F. Kramer, "The Influence of National Socialism on the Courts of Justice and the Police" (in: The Third Reich, London 1955, S. 628); ferner dessen Affidavit vom 18. 2. 1947, NG-949.



<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Aufzeichnung Thieracks (Nürnbg. Dok. PS-654, IMG. XXVI, S. 201) und Niederschrift durch das RSHA, Amt I, vom 21. 9. 1942 (Akten des RJM, R 22 Gr. 5/L 10).

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> Vgl. Rundverfügung des Reichsjustizministers vom 22, 10, 1942 (Nürnbg, Dok. PS-648) und eidesstattliche Erklärung des Min. Dir. Engert vom 16, 12, 1946 (NG-471).

Ressortministers naturgemäß nicht zu beeinflussen war, zugunsten Himmlers und dessen Polizei entschieden und die "verschärfte Vernehmung" durch entsprechende Erlasse des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD sanktioniert<sup>12</sup>.

Bemerkenswert ist schließlich Hitlers Stellungsnahme zum Anwaltsberuf. Wenn einer der von Hitler so viel geschmähten "Justizräte" in einem Begleitschreiben zu einer Denkschrift über den Anwaltsberuf für Lammers im September 1942 die Hoffnung aussprach, der Führer werde "sich vielleicht gern daran erinnern, daß er in Zeiten schwerster Kämpfe Männer gefunden hat, die sich als unabhängige freie Anwälte mutig und entschlossen vor oder besser neben seine Person und seine Sache gestellt haben "13, so lassen die vorliegenden Ausführungen Hitlers über seine Erfahrungen mit Rechtsanwälten davon nicht das Mindeste verspüren. Im Gegenteil zeigt er für diesen Berufsstand nur Geringschätzung und fordert, daß der Rechtsanwalt in Zukunft genauso "Staatsperson" werden müsse wie der Richter<sup>14</sup>. In der Tat gab Thierack daraufhin bereits am 28. August 1942 dem Präsidenten der Reichs-Rechtsanwaltskammer Dr. Neubert zu verstehen, "daß die Stellung des Rechtsanwalts im künftigen deutschen Rechtsleben eine völlig anders gerichtete und wahrscheinlich eine staatliche sein" werde<sup>15</sup>. Allerdings wichen Thieracks Vorstellungen über die Neugestaltung der Rechtsanwaltschaft, wie er Bormann gestand, von denen Hitlers in manchen Dingen ab16. Als anläßlich seiner Rede vom Januar 1943 in der Breslauer Jahrhunderthalle seine Ausführungen in der Presse dahingehend wiedergegeben wurden, daß es in der kommenden Rechtsprechung "eine Vertretung persönlicher Interessen gegen Bezahlung nicht geben" würde, ermächtigte er Neubert, diese Behauptung in den "Mitteilungen der Reichs-Rechtsanwaltskammer" zu dementieren: er würde eine "Verbeamtung der Anwaltschaft nicht als eine glückliche Lösung betrachten", allerdings müsse "die Rechtsanwaltschaft näher an den Staat herangebracht werden, um als Gehilfe des Richters bei der Rechtsfindung zu erscheinen. Habe der Anwalt tadelfrei sein Amt ausgeübt, so müsse er am Ende seines Lebens das Recht auf ein Ruhegehalt haben."17 Die ersten Maßnahmen des neuen Ministers zur "Heranführung" der Anwaltschaft an den Staat erfolgten durch die Verordnung vom 1. März 1943<sup>18</sup>, die u. a. die Aufsichtsbefugnisse des Reichsjustizministers gegenüber diesem Stand erweiterte, die



<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> So z. B. durch den Erlaß des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 1. 7. 1937 – B. Nr. PP (II) 301/37 g. Rs. –, der durch den Erlaß vom 12. 6. 1942 – B. Nr. IV-226/42 geh. Rs – ersetzt wurde und "unter Beachtung der Verschlußvorschriften zu vernichten" war (PS-1531, IMG. XXVII, S. 326).

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Abschrift des Schreibens in den Akten des RJM (R 22 Gr. 5/398).

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Vgl. Hitlers Bemerkungen über die Rechtsanwälte im Tischgespräch vom 22. 7. 1942 abends: "Eine andere Möglichkeit, den Juristenberuf wieder zu einem anständigen zu machen als seine Verstaatlichung, gebe es nicht." (Picker, a. a. O., S. 260.)

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> Thieracks Aufzeichnung über die Besprechung: RJM-Akten R 22 Gr. 5/337.

<sup>16</sup> Vermerk Thieracks vom 6. 11. (1942) ebenda.

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Mitteilungen der Reichs-Rechtsanwaltskammer Jg. 1943, Nr. 1/5 vom 31. 3. 1943.

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Verordnung zur Änderung und Ergänzung der Reichs-Rechtsanwaltsordnung vom 1.3. 1945 (RGBl. I, S. 125).

94

Ehrengerichtsbarkeit über Rechtsanwälte den Dienststrafgerichten übertrug, den Reichsjustizminister ermächtigte, Rechtsanwälte nach Vollendung des 65. Lebensjahres in den Ruhestand zu versetzen und die Versorgung der in den Ruhestand getretenen Anwälte der Reichs-Rechtsanwaltskammer auferlegte. Über die endgültige Stellung des Rechtsanwalts und seinen Ausbildungsgang herrschten bei der Justizführung wohl noch keine klaren Vorstellungen<sup>19</sup>. Man darf jedoch mit Sicherheit annehmen, daß sich seine Position auch weiterhin vom freien Anwalt weg in Richtung auf den Anwalt als "Staatsperson" entwickelt hätte, wie sie Hitler in der vorliegenden Aufzeichnung konzipiert.

Lothar Gruchmann

#### Dokument

Abschrift.

Werwolf, den 20. 8. 1942, mittags H./Wa.

Gäste: Dr. Lammers, Dr. Thierack, Dr. Rothenberger.

Der Chef sprach sich dem Sinne nach u. a. in folgenden Gedankengängen aus: Ich habe da gelesen, ein Mann hat drei Monate Gefängnis wegen Tierquälerei bekommen, weil er ein fremdes Huhn, das in seinen Garten gekommen war, durch einen Schlag verletzt hatte²º. Ich finde das nicht richtig. Ich finde, daß eine Hasenjagd demgegenüber eine maßlose Grausamkeit ist. Meines Erachtens müßte man jeden Jäger, der ein Tier anschießt, ohne es zu töten, dann genau so behandeln. Wenn man sich vorstellt, daß die Leute mit Halali begrüßt werden, während der andere drei Monate Gefängnis bekommt, da habe ich das Empfinden, das Volk wird es nicht verstehen! Der Jäger drängt sich dazu, das Wild umzubringen, um seiner Mordlust zu frönen, der andere erwehrt sich einer Störung, ohne daß er das Tier töten will. Daß einen ein Hähndl²¹, das da immer hereinkommt, wahnsinnig ärgern kann, das weiß ich. Wir hatten in meiner Jugend in Leonding²² einen Garten, daneben saß eine Frau, die jagte unentwegt ihre Hühner durch unseren Garten durch. Eines Tages habe ich einen alten Vorderlader geladen und habe da hereingeschossen. Nun habe

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Ort in der Nähe von Linz am Zusammenfluß von Traun und Donau, wo Hitlers Vater als pensionierter Zollbeamter in einem kleinen Haus mit Garten zusammen mit der Familie seinen Lebensabend verbrachte (vgl. A. Bullock, Hitler, Düsseldorf 1953, S. 20f.).



<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Vgl. z. B. die Ausführungen Rothenbergers auf der Berliner Justiztagung am 29. 9. 1942 (s. Anm. 8 u. Deutsche Justiz. 1942, S. 664) und Thieracks Breslauer Rede vom 5. 1. 1943 (Nürnbg. Dok. NG-275).

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> In einem Schreiben an Thierack vom 2. September 1942 hat Bormann auf diesen Fall nochmals Bezug genommen, um ihn einem Hitler zu milde scheinenden anderen Urteil gegenüberzustellen. Das Schreiben führt den bezeichnenden Betreff: "Gerichtsurteil gegen den Gastwirt Ernst X. und Urteil gegen den Arbeiter Martin Y., wegen Tierquälerei (Hähndl-Fall)" (RJM, R 22 Gr. 5/577).

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Die richtige Schreibweise des von Hitler gebrauchten österreichischen Ausdrucks ist: Hendel.

ich gelesen, man hat in solchem Fall das Recht, das Hähndl einzufangen und erst gegen Schadenersatz zurückzugeben. Ein solcher Prozeß wegen einem Sauhändl!

Anders, wenn es sich um einen Mann handelte, der dauernd im Leben Einbrüche macht und nun eine Henne klaut, da kann ich sagen: Er schadet durch seine Tätigkeit dem Durchhalten im Krieg!

Ich glaube, daß die Justiz immer Rücksicht nehmen muß auf den gegebenen und nicht immer gleichbleibenden Zweck!

Ich habe selber viel mit der Justiz zu tun gehabt, weil ich manches absitzen mußte. Der Mufti in Landsberg hat mir einmal gesagt, es sei nicht klar, ob man die Strafe verhängen soll als Rache, als Abschreckungs- oder als Besserungsmittel. Ich sagte ihm, für den Betroffenen ist das egal!

Da glaube ich nun wirklich, daß man unabänderliche und starre Gesichtspunkte nicht aufstellen kann. Wenn im Frieden ein Junge mit 18 Jahren einer Frau ein Täschchen entreißt, so werde ich ihm [sic!] deshalb nicht zum Tode verurteilen. Nun haben wir Krieg, wir haben die Verdunkelung. Frauen arbeiten im größten Ausmaß in der Wirtschaft mit. Wenn nun hier nicht durch die abschreckendsten Maßnahmen verhindert wird, daß man ihnen die Verrichtung ihrer Aufgaben erschwert, dann können wir die Kriegsproduktion nicht mehr aufrechterhalten. Um ein Beispiel zu erwähnen: Der Berliner Verbrecher<sup>23</sup> hat es doch dahin gebracht, daß sich viele Frauen in der Nacht nicht mehr von der Fabrik nach Hause trauen aus Angst, daß ihnen etwas zustößt. Es ist etwas Ungeheuerliches: der Mann kämpft an der Front, die Frau kann es nicht wagen, nach Hause zu gehen!

Daher muß man da sehr variabel sein.

Es kann so weit kommen, daß gewisse Dinge, welche die Gefahr einer Seuche annehmen, Kindesraub z. B., Autofallen, zu einer Pest werden; dann Zehntausende umbringen ist viel schlimmer, als gleich entscheidend durchzugreifen. Oft handelt es sich darum, ein Flämmchen, das eine Flamme zu werden droht, beizeiten rücksichtslos auszutreten! Nehmen wir Kellereinbrüche. Ich bin heute gezwungen, in den Großstädten die Keller durchzubrechen. Wenn es um sich greift, daß man das zum Raube an den Kleinen benützt, so hört der Luftschutz auf. Genau, wie wenn ich Einbruchdiebstähle dulde. Die Heimatfront bricht damit zusammen. Ein einziger gezielter Bombenreihenwurf bedeutet heute zweitausend Tote. Das Leben der Männer draußen gilt gar nichts. Derselbe Staat, müssen die sich sagen, der diesen Einsatz fordert als etwas Selbstverständliches, ist außerstande, das Leben unserer Angehörigen in Schutz zu nehmen! Man muß hier also mit brutalster Vernunft unterscheiden. Wenn einer einem Hähndl auf den Kopf haut, so ist das nicht ein Vergehen, das ansteckend wirkt. Das ist ein Einzelfall ohne Infektionsgefahr. Während ich im anderen Falle sagen muß, wenn einer planmäßig die Lauben ausräubert, wo ein armer Teufel sein bißchen Gemüse baut: da kann man nicht brutal genug vorgehen, um dergleichen Versuche überhaupt zu ersticken!

Ogorzow, der in den Jahren 1940/41 mit acht Morden, sechs Mordversuchen und achtzehn nachgewiesenen Sittlichkeitsverbrechen zum Schrecken der arbeitenden weiblichen Bevölkerung Berlins geworden war und schließlich am 24. Juli 1941 vom Sondergericht Berlin zum Tode und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt wurde (VB, Berliner Ausgabe vom 18. u. 24. bis 26. 7. 1941). Die Übersetzer der englischen und französischen Ausgaben der Tischgespräche haben den Ausdruck: "der Berliner Verbrecher" als pars pro toto genommen und dementsprechend falsch im Plural übersetzt: "In Berlin at one time the criminals became so bold that women did not dare to go out alone after dark", bzw. "Ainsi, à Berlin, les criminels ont obtenu ce résultat que de nombreuses femmes n'osent plus quitter leur travail la nuit venue, par crainte des attentats".



Man muß also sehen – das muß durch Belehrung geschehen und durch einen Eingriff der obersten Justizbehörden –, daß man die Nation in Kenntnis setzt davon, daß der Staat entschlossen ist, mit den barbarischsten Mitteln jeden Versuch der Störung auszulöschen, wobei man immer die zwangsläufige Geringschätzung des menschlichen Lebens an der Front und die Überschätzung des Lebens der schlechten Elemente als eine Gegebenheit vor Augen haben muß, die eine Gesamtgefahr bedeutet:

Der Richter ist der Träger der völkischen Selbsterhaltung. Jeder Krieg führt zu einer negativen Auslese. Das Positive stirbt in Massen. Schon die Wahl der gefährlichen Waffen ist eine Auslese: Die ganz Tapferen werden Flieger, gehen zur U-Boot-Waffe. Nun ist aber auch in der Waffe jederzeit der Ruf: Wer meldet sich freiwillig? Und immer gibt es wieder die braven Männer, die dann fallen. Während der Zeit wird der absolute Gauner seelsorgerisch an Leib und Seele betreut. Wer in ein Gefängnis einmal hineingekommen ist, hat die absolute Sicherheit, daß ihm nichts mehr geschieht. Stellt man sich das auf drei, vier Jahre fortgesetzt vor, so findet allmählich eine Verschiebung im Gleichgewicht der Nation statt: ein Raubbau auf der einen Seite; die absolute Konservierung auf der anderen Seite!

Gefängnis ist jetzt keine Strafe. Im Wolchow-Kessel liegt man im Wasser, statt auf einer Pritsche, ohne Schlaf, hoffnungslos der Witterung preisgegeben, oft ohne Nahrung!

Nun ist es doch in einem Volk so: Die breite Masse ist weder gut noch böse. Sie besitzt weder den Mut noch die Schlechtigkeit zu ganz Gutem und ganz Bösem. Die Extreme bestimmen den Ausschlag. Wenn ich das Gute dezimiere, während ich das Schlechte konserviere, dann kommt das, was 1918 war, daß fünf- oder sechshundert Strolche eine ganze Nation vergewaltigen. Der idealistische Gegenpol ist nicht mehr da!

In Berlin machen die Parteigenossen das Achtfache von dem aus, was an Nichtparteigenossen fällt; die große Zahl meiner SA-Führer, die Unzahl von Kreisleitern und Ortsgruppenleitern!

Wenn ich auf der anderen Seite nicht rücksichtslos das Geschmeiß ausrotte, dann tritt eines Tages eine Krise ein. Ich bin sicherlich nicht brutal veranlagt, aber in dem Punkt bin ich Vernunftsmensch. Ich habe mein eigenes Leben tausendmal eingesetzt; daß ich davongekommen bin, ist Glück; aber ich muß mir sagen: man darf unter keinen Umständen im Krieg irgendwelcher Sentimentalität verfallen! Im Frieden kann ich sagen: Das war einmal ein Fehltritt! Im Krieg handelt es sich um ein eisernes Prinzip, das keine Ausnahme duldet! Das kann mir persönlich leid tun<sup>24</sup>, aber es bleibt nichts anderes übrig.

Nachdem der Weltkrieg vorbei war, habe ich die menschliche Einstellung vielmehr noch gehabt als die Justiz. Man muß in all' diesen Dingen doch sehr kühl und logisch denken, im Krieg sehr stark geleitet von der Erkenntnis, daß es Dinge gibt, die nicht einreißen dürfen und wo man keine Gnade walten lassen darf, vielmehr hart sein muß bis zum Äußersten. Bei einem Landesverräter, da kann es nicht darauf ankommen, wie groß der Schaden zu sein vermag. Es gibt gewisse Gesinnungsverbrechen, damit scheidet ein Mensch aus der Volksgemeinschaft aus. Daß ein Landesverräter mit dem Leben davonkommt, muß, schon um endgültig abschreckend zu wirken, in diesem Staat ausgeschlossen sein. Das ist man denen schuldig, die Weib und Kind zu Hause lassen und ihr Leben in die Schanze schlagen. Da kann ich hart wie ein Kieselstein sein. Das muß in die ganze Justiz hineinkommen. Sie muß verstehen, im Volkssinn zu handeln. Einer hat einen Hasen geschossen, der hat drei Jahre Gefängnis bekommen. Ich hätte den Mann genommen und in eine Wildschützenkompagnie [sic!]

<sup>&</sup>quot;. . . et cela peut même conduire à des erreurs que l'on reconnaîtra plus tard, mais . . . ".



<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> An dieser Stelle im engl. und franz. Text folgende Einschiebung. ". . and it may well lead to errors which one will later regretfully acknowledge. But . . .".

der SS geschickt<sup>25</sup>. Ich bin nicht ein tiefer Verehrer der Wildschützen, ich lebe vegetarisch, aber ich sehe in ihnen ein romantisches Element der Jägerei. Ich hätte manche Ortsgruppe überhaupt nicht, wenn ich die Wildschützen ausschalten würde. Auf der anderen Seite sehe ich ein, wir wollen den Wald nicht zerstören lassen. Meine Sympathie gehört dem Förster. Es ist sehr interessant, daß im allgemeinen das Volk, vom Kind angefangen, eine sehr gesunde Einstellung hat zu der Frage, ob eine Maßnahme zur Erhaltung des Gemeinwohls erforderlich ist. Wenn heute eine Frau ihrem Mann etwas herausschickt, dreimal, und das wird gestohlen, die Frau sagt sofort: Der Saukerl, den muß man umbringen! Das ist ein primitives Gefühl. Sie spart sich das ab, da geht so ein Bazi her und nimmt es ihr. Das ist gesundes Volksempfinden. Die Volksgemeinschaft wird nicht getragen von literarisch überzüchteten dekadenten Leuten. Aber es ist eigenartig, begegnet solchen Leuten selbst etwas, dann ist ihre Einstellung gleich eine andere. Ich habe einen Mann gekannt, den Komiker Pallenberg, ein Jude, ein richtiger Judenverteidiger. Auch so eine intellektuelle Zwittererscheinung. Er hatte sein Geld in eine holländische Bank gebracht, es ging verloren und er wurde Antisemit! 28

Der Fall Seefeld. Ich sagte Gürtner, wissen Sie, wenn das 36 Fälle sind, dann muß man doch feststellen, wie der Mann die Leute umgebracht hat. 12 Fälle waren nachgewiesen. Gürtner zögerte. Ich sagte ihm, ich möchte, daß der Mann vernommen wird von der Gestapo; es wird ihm nichts passieren, er kriegt vielleicht Prügel. Hätte ich alle die Prügel, die ich bekommen habe, auf einmal bekommen, ich wäre draufgegangen. Es war notwendig, es wäre sonst nicht gegangen mit mir. Der Kerl hat dann 107 Fälle zugegeben, das hätte der Herr Minister nicht erfahren; aus der Erklärung des Mörders ergab sich, daß er sich eines Mittels bedient hatte, das unserer Wissenschaft gar nicht bekannt war<sup>27</sup>. Ich erwähne das nur, damit wir uns darüber klar sind: Man muß auch auf dem Gebiet manchesmal hart sein.

Vierteljahrshefte 7/1



<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Seit Frühjahr 1940 wurden wegen Wilddieberei Bestrafte in einer unter dem Kommando des damaligen SS-Obersturmführers Dirlewanger stehenden Sonderformation der Waffen-SS zusammengefaßt, die später durch russische Hilfswillige, Konzentrationslagerhäftlinge (Berufsverbrecher und Asoziale), zu Bewährung verurteilte ehemalige SS-Angehörige u. a. ergänzt wurde (vgl. H. Auerbach, Die Einheit Dirlewanger, in dieser Zeitschrift 10 (1962), S. 250ff.).

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Es handelt sich um den 1877 in Wien geborenen jüdischen Charakterkomiker Max Pallenberg, Ehemann der bekannten Schauspielerin Fritzi Massary, der 1934 bei einem Flugzeugunglück ums Leben kam. Hitlers Behauptungen über die Einstellung Pallenbergs konnten nicht nachgeprüft werden. Daß ein Jude "Antisemit" werden konnte, schlägt allerdings den Prinzipien zünftiger NS-Rassenlehre ins Gesicht, wonach ein "Artfremder" niemals die Gesinnung eines "Ariers" annehmen konnte.

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Es handelt sich um den Fall des Adolf Seefeld, der vom Schwurgericht Schwerin am 22. 2. 1936 wegen Mordes in 12 Fällen zum Tode und wegen Sittlichkeitsverbrechen zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, ferner zu Entmannung und Sicherungsverwahrung verurteilt und schließlich am 23. 5. 1936 hingerichtet wurde. Da weder ein Geständnis Seefelds vorlag noch unmittelbare Tatzeugen vorhanden waren, erfolgte die Verurteilung auf Grund von Indizien. Die Leichen der 12 Knaben, die in den Jahren 1933–1935 in den Wäldern Mecklenburgs und Brandenburgs gefunden wurden, wiesen keine äußeren Anzeichen gewaltsamen Todes auf, so daß die Todesursache zunächst ungeklärt blieb und meist Erfrieren angenommen wurde. Wegen fortgeschrittener Zersetzung der inneren Teile der erst nach einiger Zeit aufgefundenen Leichen verliefen chemische Untersuchungen ergebnislos. Bei der einzigen frisch aufgefundenen Leiche konnte keine Einwirkung von Gift festgestellt werden. Da die Indizien für Giftmord nicht ausreichten, nahm das Gericht Tod durch Erwürgen an.

98

Justiz ist kein Selbstzweck. Sie dient der Erhaltung der menschlichen Gesellschaftsordnung, eines Organismus, dem wir Kultur und Fortschritt verdanken. Richtig ist jedes Mittel, das diesem Zweck nützt. Falsch alles, was ihm nicht mehr gerecht wird. Es ist nicht die Aufgabe der Justiz, milde oder hart zu sein. Es ist einfach ihre Aufgabe, diesem Zweck zu genügen.

Der Gesetzgeber kann nicht die letzte Möglichkeit zum Verbrechen erfassen und jeden Fall vorweg vorgedacht haben. Da muß der Richter den Gesetzgeber ersetzen. Der Gesetzgeber hat gewiß nicht gewollt, daß ein Schädling freigeht. Da muß man mit den Mitteln vorgehen, die in dem Fall geeignet erscheinen, eine Sühne dem Betreffenden aufzuerlegen und die Gesellschaft zu schützen. Entweder, der Gesetzgeber stellt ein Gerippe auf, jede Möglichkeit ist durchdacht und niedergelegt. Das wird einen Juristen erziehen schlechtesten Typs, einen Juristen, der nicht den Mut zur Verantwortung besitzt. Der zweite Weg: daß man ein allgemeines Rahmengesetz erläßt! Dann muß aber die Erziehung des Juristen eine andere werden wie bisher.

Das Richterkorps muß eine Auslese der Nation darstellen; mit Fingerspitzengefühl und Instinkt muß der Richter den Gesetzgeber begreifen und ergänzen. Notwendig ist, daß der Richter von der obersten Stelle aus Einblick erhält in die Absichten und Ziele der Gesetzgebung und in die ganze Art der gewünschten Tendenz, in der die Urteilsfällung sich zu vollziehen hat. Im Frieden kann es der Fall sein, daß man allgemein menschliche Gesichtspunkte mehr wie früher in Betracht zieht. Das zu steuern, ist kein Einbruch in richterliche Befugnisse, sondern die Herstellung einer Übereinstimmung zwischen dem Wunsch des Gesetzgebers und der richterlichen Aufgabe, die die gleichen Ziele zu verfolgen hat. Ausrotten muß man den Gedanken, der Richter sei dazu da, ein Recht zu sprechen, selbst auf die Gefahr hin, daß darüber die Welt zugrunde geht. Das ist ein heller Wahnsinn. Umgekehrt müßte es sein: die menschliche Gesellschaftsordnung zu sichern, ist die primäre Aufgabe!

Der Richterstand müßte der bestbezahlte sein im Staat, ein Elitestand, der in seiner ganzen Erziehung nicht auf Deckung eingestellt ist durch den Gesetzgeber, sondern zum Mut, die Verantwortung zu tragen!

Man könnte sagen, dann wird die Justiz nur zur Hure der Machthaber! Das braucht sie nicht zu werden! Der Machthaber ist ja selber gebunden. Ein Richterkorps von hohem Verantwortungsbewußtsein und von Verantwortungsfreudigkeit wird nicht Schandtaten decken. Passiert das, so kann die Justiz das nicht verhindern. Weder die römische noch die mittelalterliche noch die neue Justiz hat das gekonnt. Wenn ein

Der OStA führte in seinem Schlußplädoyer aus, daß Seefeld neben den 100 Sittlichkeitsverbrechen (die Seefeld gestanden hatte) und den zur Anklage stehenden 12 Morden ungefähr weitere 30 Morde zur Last gelegt werden kömnten. (Vgl. die Berichte im VB vom 22. 1. bis 24. 2. 1936). Vor seiner Hinrichtung wurde Seefeld der Gestapo übergeben mit der Begründung, daß "sich bei Seefeld Zweifel aufgetan hatten über seine mögliche Identität mit einem kommunistischen Geheimagenten gleichen Namens". Wie zu erwarten, verlief die Vernehmung "in bezug auf seine politische Tätigkeit negativ", doch gestand er "eine große Anzahl weiterer Knabenmorde" (VB vom 25. 5. 1936). Im Tischgespräch vom 22. 5. 1942 mittags (Picker, a. a. O., S. 245) äußerte Hitler, nachdem die Gestapo Seefeld 12 Stunden ohne Wasser an der Heizung habe stehen lassen, habe er 107 Fälle zugegeben und "den Beamten die Stellen gezeigt, wo er all die Kinderleichen vergraben hatte". Ob Seefeld tatsächlich 107 Morde gestanden hat, oder ob Hitler hier die Sittlichkeits- und die Mordfälle miteinander vermengt hat, konnte vom Verfasser nicht geklärt werden. Laut VB soll Seefeld die Ermordung durch Gift gestanden und das Gift vor den Augen der Gestapobeamten zubereitet haben (VB vom 25. 5. 1936).



Staat keine innere Organisation hat, die auf eine Auslese des Besseren hinzielt, die Justiz kann den Gesetzgeber nicht bessern; aber: Wenn ein anständiger Gesetzgeber da ist, kann ihn die Justiz ungemein unterstützen und dadurch mitwirken, die Volksgemeinschaft zu festigen und damit die Grundlage der Ideale, aus denen eine anständige Staatsverfassung hervorgeht. Der Richter hat da eine gewaltige Aufgabe. Er muß so verantwortungsfreudig sein, wie der Träger der Legislative selber; aufs engste mit dem Träger der Gesetzgebung zusammenarbeiten, damit sie gemeinsam die Gesellschaftsordnung vor destruktiven Elementen beschützen und bewahren mit den Mitteln, die durch die Zeit bedingt sind. Dann braucht auch der Gesetzgeber nicht immer wieder neue Gesetze zu machen. Er wagte gar nicht mehr, Gesetze zu erlassen mit ausgesprochener Abgrenzung von Gefängnis zur Zuchthaus- und von der Zuchthaus- zur Todesstrafe. Es müßte genügen ein Rahmengesetz, darnach von Gefängnisbis zur Todesstrafe erkannt werden kann. Ganz einheitlich urteilt die Justiz: nur Gefängnis oder Zuchthaus oder Todesstrafe kommt in Frage! Wenn der Richter Todesstrafe verhängt und mir ansinnt: begnadige, das ist für mich sehr peinlich! Das ist eine Inkonsequenz des Gesetzgebers. Habe ich ein Rahmengesetz und der Richter begreift, worum es sich handelt, so wird er in Zweifelsfällen sich sofort mit seinem Minister in Verbindung setzen. Die Justiz muß aufs engste mit der Staatsräson zusammenarbeiten. Die Staatsräson ist nun einmal etwas Bedeutendes.

Wir müssen von den sogenannten Senaten mehr wegkommen!<sup>26</sup> Die Erziehung auf der Hochschule muß ganz anders werden!

Ich halte es für dringend erforderlich, daß man den einzelnen Richter verantwortlich tätig sein läßt erst, wenn er eine gewisse Lebensreife erlangt hat. Für ausgeschlossen halte ich, daß es einen Richter gibt, der nicht auch in der Bewegung Staatserhaltungs-Dienst getan hat.

Der Richter muß sich auskennen in der Sphäre, über die er befinden soll. So wie das heute ist, fehlen ihm die Voraussetzungen, einen tieferen Einblick in das Leben zu erhalten. Eine der Voraussetzungen dafür ist, daß er wirtschaftlich in einer Stellung lebt, die ihm diesen Einblick gibt. Automobilprozesse z. B. – ich habe Fälle erlebt, wo der Richter meinte, der Tachometer werde durch Gas angetrieben! Er wußte bloß, daß man irgendwo Benzin und irgendwo Wasser hineinschütten muß. Wie soll der Mann da über eine solche Sache urteilen? Der Sachverständige, den er sich anhört, ist vielleicht ein alter Gauner, der es nur darauf abgestellt hat, daß ein paar Lokaltermine mehr herauskommen!

Angebracht scheint mir das Abspalten vieler kleiner Dinge an ehrenamtliche Richter, die möglichst in der Nation drinstehen. Was wird heute nicht von der Partei sowieso geschlichtet! Früher hat man Ehrenkonsuln gehabt. Warum soll man nicht auch Leute finden, die in der Lage sind, diese Bagatellgeschichten ehrenamtlich aus der Welt zu schaffen?

Ich bin der Meinung, so wie der Richter eine Staatsperson ist, so muß es auch ein-



<sup>28</sup> Das Kollegialprinzip der Gerichte mit Abstimmungsverfahren bei der Entscheidung (§§ 192ff. GVG) und Zweidrittelmehrheit im Strafverfahren (§ 263 StPO) war den Nationalsozialisten als ein mit dem Führerprinzip nicht übereinstimmendes demokratisches Residuum stets ein Dorn im Auge. Bereits die Denkschrift des NS-Rechtswahrerbundes vom März 1937 (Neuordnung des Strafverfahrensrechts, Berlin 1937) hatte gefordert, daß der Vorsitzende bei der Urteilsfindung alleinverantwortlich entscheiden solle. In der Tat wurden besonders durch die Verordnungen zur Vereinfachung der Rechtspflege im Kriege die Kollegialgerichte allmählich weitgehend durch den Einzelrichter ersetzt. In den Kollegialgerichten blieben zwar Abstimmung und Zweidrittelmehrheit im Strafverfahren bestehen, – letztere verlor aber an Bedeutung, da die meisten Gerichte nur noch mit drei Richtern besetzt waren.

mal der Anwalt werden! Wenn man meint, ja, der kann das nicht, dann muß ich sagen, dem Richter traue ich zu, daß er nach seinem Gewissen Recht spricht. Warum soll dann einer nicht nach bestem Wissen und Gewissen einem anderen raten, wie er sich zu verteidigen hat? Ich habe meine Erfahrungen gesammelt. Zwei haben miteinander Streit, nur einer kann Recht haben. Da hängt es nun daran, wer zu dem gewiegteren Anwalt kommt! Dann, der Streitwert! Als ich meinen ersten Prozeß machte, dachte ich, der Rechtsanwalt ist ein Ehrenmann. Er sagte mir: Das ist doch ein höherer Streitwert! Ahnungslos meinte ich: Ja, wenn Sie das denken! Die Folgen sah ich nachher; aber das ist doch ganz unanständig! Ich habe Dinge erlebt, wo Bäuerlein ausgepreßt worden sind. Da kann man nur sagen, dieses kleine Würstchen ist hilflos. Die quetschen ihn aus bis der arme Kerl nichts mehr hat und dann ist der Prozeß zu Ende! Nun bilde ich mir ein, unser ganzes Rechtswesen müßte man davon säubern. Genau so wie der Richter muß der Anwalt eine Staatsperson sein und auch der Anzt

Dokumentation

Letzten Endes kann es nur ein Interesse geben: daß, was richtig ist, klargestellt wird. Ich habe einmal einen Anwalt gehabt, der brachte den Mut nicht auf; nach ungefähr zwei Tagen Prozeß bin ich mir vorgekommen, als ob ich der Angeklagte wäre. Ja, wenn da noch Laiengerichte da sind! Früher hat man sich gedacht, das ist der Inbegriff des Wünschenswerten! Bis 1918 bin ich einem Juristen entgegengetreten mit der Vorstellung, das ist das höhere Leben! Überhaupt allen Staatsbeamten! Mein alter Herr war ein Ehrenmann. Landgerichtspräsident, Justizrat!29 Ich wußte gar nicht, daß ein Justizrat eine private Sache ist, der Gauner verteidigt. Bei einem Prozeß, wo ich als Zeuge auftrat gegen einen Soldatenrat Sauper, einen Schweinehund - ich hatte die Anklageschrift gefertigt -30, steht der Justizrat auf und legt mir ein paar Fragen vor, die ich armseliger Idiot beantwortet habe. Sie sind im Feld gewesen? Sie haben das Verwundeten-Abzeichen? Das EK I? Was für eine Stellung hatten Sie überhaupt? Wenn damals sich einer vom Frontdienst gedrückt hat, was war der in Ihren Augen? Den habe ich auf das Schärfste verachtet! Da steht er auf und sagt: Ich lehne diesen Zeugen ab, er ist befangen! Ich denke, ich falle vom Stuhl; der Soldatenrat wurde freigesprochen. Da war noch ein Offizier oben, der warf seinen Stuhl um, kam auf mich zu und gab mir die Hand: Gehen wir, da haben wir nichts mehr verloren! So habe ich meine Erfahrungen gesammelt. Ich bin berühmt dafür, daß ich langsam durch die Ortschaften durchfahre. Eines Tages bekam mein Fahrer einen Strafbefehl, weil er unvorschriftsmäßig rasch durch einen Ort in der Nähe Nürnbergs gefahren sei. Es kam zur Verhandlung. Ja, sagte der Richter, Herr Hitler, warum haben Sie Einspruch erhoben? Weil es nicht wahr ist, daß wir mehr als 30 km gefahren sind. Der Richter: Hier sind noch alle verurteilt worden, weil sie zu schnell gefahren sind; da kann ich mit Ihnen doch keine Ausnahme machen! Ich hatte mir den Rechtsanwalt mitgenommen, der mir von meinem Verband gestellt wurde; von dem Verband, der alljährlich riesige Summen von uns erhielt. Damit er nicht hinzufahren brauchte, holte ich ihn mit meinem Auto und fuhr ihn hin. Das Gericht hat die Strafe von dreißig Mark auf zehn Mark vermindert und ich kriege nach drei Wochen von meinem Rechtsanwalt eine Rechnung über vierhundert Mark. Darauf habe ich gesagt: Wenn mir noch einer mit einem Einspruch kommt! Der Staatsanwalt kam zu mir: Hochinteressant, daß ich Sie persönlich einmal kennenlerne! Den

<sup>&</sup>lt;sup>30</sup> Hitler bezieht sich hier offenbar auf seine Tätigkeit bei der Untersuchungskommission über die Revolutionsvorgänge beim 2. Infanterie-Regiment in München 1919 (vgl. Bullock, a. a. O., S. 61).



<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Diese Stelle lautet in der englischen und amerikanischen Ausgabe unrichtig: "I reminded myself that my father was a man of honour, a Chairman of the Assizes and a Justizrat."

## Hitler über die Justiz

nächsten Tag schrieben die Zeitungen in Roth a. Sand<sup>31</sup>: Gestern spülten die Wogen der Weltgeschichte in unser friedliches Städtchen hinein! Ich bin der Ansicht, daß man abwechslungsweise einen Mann Anwalt und Richter sein läßt. Als Staatsdiener muß er das können. Hat er einen absoluten Gauner zu verteidigen, dann kann er noch sagen: Man könnte einen Milderungsgrund vielleicht darin und darin finden. Aber, daß er den mit Engelszungen verteidigt, nein!

Es sind hier große Reformen notwendig. Man kann das nicht auf einmal machen. Alle Reformen gehen parallel mit der Erziehung eines neuen Richterstandes! F. d. R. d. A.:

gez. Unterschrift.

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
viertzuaheshefte für
Zeitgeschichte

Jahrgang 12 (1964), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964\_1.pdf

<sup>&</sup>lt;sup>31</sup> Es handelt sich um den kleinen mittelfränkischen Ort Roth südlich Nürnbergs.

## Notizen:

#### ZUM TODE VON LUDWIG DEHIO

Der im November vergangenen Jahres Verstorbene hat seit der Begründung der "Vierteljahrshefte" zu ihrem weiteren Herausgeberkreis gehört. Er war in den Jahren vor 1933 als Leiter des Hausarchivs in Berlin wesentlich mit Arbeiten zur preußischen Geschichte, vor allem zu Problemen des preußischen Verfassungskonfliktes, hervorgetreten. Den tiefen Einbruch, den auch für ihn die nationalsozialistische Zeit vom persönlichen, vom nationalen, vom weltgeschichtlichen Standpunkt bedeutete, hat er, im Abseits stehend, ohne den leisesten Kompromiß überstanden und mit scharfer Beobachtungsgabe auf seinen historischen Wurzelgrund analysiert. So lag es nahe, daß ihm die Aufgabe anvertraut wurde, die unterbrochene Tradition der "Historischen Zeitschrift" als des führenden Fachorgans wieder aufzunehmen, "dem Ernst der Stunde und der wiederkehrenden Freiheit des Geistes verpflichtet", wie es im Geleitwort zum 1. Heft (Bd. 169) hieß. Von 1947 an hat Ludwig Dehio für ein Jahrzehnt als Herausgeber gewirkt und schon damit und durch seine eigenen Beiträge seinen Namen in die "Zeitgeschichte" eingeschrieben.

Noch mehr gilt dies vom Schrifttum dieser Jahre, zumal von der großartigen, an Ranke anknüpfenden, aber jeder Dogmatisierung fernen und von neuen Erfah-

rungen geprägten Studie über "Gleichgewicht oder Hegemonie" (1948; Neuaufl. mit Nachwort 1961), die mit künstlerischer Gestaltungskraft einem Grundproblem der neueren Staatengeschichte sowohl in der historischen Wirklichkeit wie in der Geschichtsauffassung und ihrer Einmündung in politische Entscheidungen oder Fehlentscheidungen nachging. Mit Recht hat der Engländer Barraclough Dehio in die vorderste Reihe der deutschen Historiker gestellt, "die es nach 1945 unternahmen, die geltenden Theorien, die in Deutschland selbst vor mehr als einem Jahrhundert entstanden waren, kritisch zu sichten". Die vorwärtsweisende Seite dieser Kritik wurde dann wieder aufgenommen in der Aufsatzsammlung "Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert" (1955), die bei strengster Selbstzucht, ja Skepsis des Autors zugleich für die Bereitschaft zeugt, "sich dem fließenden Element der Gegenwart anzuvertrauen" und Maßstäbe aufzustellen für die "Wegegabel", zu der das letzte Stück der Sammlung hinführt.

Wir stehen vor der schmerzlichen Tatsache, daß diese in der zeitgeschichtlichen Auseinandersetzung so wesentliche Stimme zum Verstummen gebracht worden ist. Sie wird im gedruckten Wort lebendig bleiben.

H. R.

# GERHARD KROLL +

Am 10. November 1963 verstarb plötzlich und unerwartet während einer Reise in Israel der erste Generalsekretär des "Deutschen Instituts zur Erforschung des Nationalsozialismus", des späteren Instituts für Zeitgeschichte, Dr. Gerhard Kroll.

Nachdem die Errichtung eines Instituts zur Erforschung der Ursachen und Auswirkungen der unmittelbar vorausgegangenen deutschen Katastrophe schon im Jahre 1947 von den drei Ländern der damaligen amerikanischen Besatzungszone beschlossen worden war, seine Verwirklichung aber infolge der Währungsreform und der Gründung eines deutschen Bundesstaates auf große finanzielle und verwaltungstechnische Schwierigkeiten stieß, war es vor allem Dr. Krolls unermüdlichen Bemühungen zu verdanken, daß diese Hindernisse überwunden und die praktischen Voraussetzungen

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
viertellahesherte für
Zeitgeschichte

für eine gedeihliche Entwicklung des Instituts geschaffen wurden. Seine weitreichenden politischen Beziehungen – Dr. Kroll war bayerischer Landtagsabgeordneter und Mitglied des Parlamentarischen Rates – kamen ihm dabei sehr zustatten.

Dr. Kroll, der in den Jahren 1949 bis 1951 die Geschäftsführung des Instituts innehatte, gab Anregungen für die ersten in dessen Auftrag entstehenden Arbeiten. Seine dynamische Persönlichkeit wird allen, die ihn kannten, in Erinnerung bleiben. Auch nach seinem Ausscheiden ist Dr. Kroll sachlich und persönlich mit dem Institut in Verbindung geblieben. Mit seiner großangelegten Untersuchung über die deutsche Wirtschaftspolitik der Krisenjahre 1929 bis 1936 (Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958) leistete er selbst einen wichtigen Beitrag zur zeitgeschichtlichen Forschung auf einem bisher zu wenig beachteten Sektor.

### ARBEITSSTELLE FÜR KULTURWISSENSCHAFTLICHE FORSCHUNG

Die Arbeitsstelle für Kulturwissenschaftliche Forschung e. V. in Freiburg, Erbprinzenstr. 18, hat eine Reihe von Forschungsvorhaben eingeleitet, die für einen Vergleich des durch den Akkulturationsprozeß eintretenden Kulturwandels in verschiedenen Regionen die Voraussetzungen schaffen soll. Die Arbeiten werden durch eine Bibliothek unterstützt, deren Bestände sich konzentrieren auf grundsätzliche kulturmorphologische Untersuchungen und Abhandlungen und eine Spezialbibliothek, die im Anschluß an die jeweiligen Untersuchungen aufgebaut und erweitert wird. Es sind bisher erschienen:

Ein Sammelband, herausgegeben von Dr. Gottfried-Karl Kindermann: "Kulturen im Umbruch — Studien zur Problematik und Analyse des Kulturwandels in Entwicklungsländern", in dem auch der Direktor der Arbeitsstelle für Kulturwissenschaftliche Forschung, Professor Dr. Arnold Bergstraesser, einen grundsätzlichen Aufsatz über "Gedanken zu Verfahren und Aufgaben der kulturwissenschaftlichen Gegenwartsforschung" beigesteuert hat (Freiburg 1962).

Ein ebenfalls von Dr. Gottfried-Karl Kindermann herausgegebener Band: "Konfuzianismus, Sunyatsenismus und chinesischer Kommunismus – Chinesische Dokumente", Freiburg 1963.

In Vorbereitung ist ein Sammelband über das Erziehungswesen in Nigeria. Eine Reihe von Arbeiten steht vor der Publikation.

## **PREISAUFGABE**

Der Senat der Hochschule für Politische Wissenschaften in München hat das Thema

Die Auswirkungen der Marshallplanhilfe in Deutschland

zur Preisaufgabe gestellt und lädt hiermit zur Teilnahme ein. Als Preis wurden 4000.— DM ausgesetzt. Der Ausgangspunkt für die Arbeit liegt in der politischen und wirtschaftlichen Situation, in der sich Deutschland bei Ende des Zweiten Weltkrieges befand. Diese Situation ist zunächst kurz darzustellen. Im Anschluß ist im einzelnen aufzuzeigen, mit

welchen Methoden und in welchem Ausmaß der Marshallplan realisiert wurde und wie er sowohl in politischer wie auch in wirtschaftlicher Hinsicht einen tiefgreifenden Wandel herbeigeführt hat.

Die Arbeit hat allen Anforderungen einer wissenschaftlichen Untersuchung zu genügen und ist bis 1. Oktober 1965 bei der Hochschule einzureichen. Die Beurteilung der Arbeiten obliegt einer Kommission, die der amtierende Senat der Hochschule bestellt. Nähere Angaben sind vom Sekretariat der Hochschule, München 2, Theresienstraße 29, zu erhalten.

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
viertemanksnerre für
Zeitgeschichte

Jahrgang 12-(1964), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964\_1.pdf

Mitarbeiter dieses Heftes

#### 104

### MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Arnold Bergstraesser, ordentl. Professor für wissenschaftliche Politik und Soziologie an der Universität Freiburg/Br., Freiburg/Br., Eichhalde 74.

Dr. Lothar Gruchmann, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München 27, Möhlstr. 26. Dr. Günter Moltmann, Professor an der Pädagogischen Hochschule Bielefeld, Lampingstr. 3.

Dr. Edgar R. Rosen, Professor, Department of History, University of Missouri at Kansas City, Kansas City, Missouri, USA.

Jahrgang 12 (1964), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964\_1.pdf

